

DOMINIK RIGOLL / LAURA HASSLER

Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten

Teil 2: Handlungen und Wirkungen¹

»NATIONALISMUS – EINE IDEE SUCHT HANDELNDE«

Es ist einiges passiert in Bezug auf die deutsche Rechte, seitdem das Manuskript für den ersten Teil dieses Forschungs- und Quellenberichts im Herbst 2021 abgeschlossen wurde. So ist das Urteil gegen Beate Zschäpe mittlerweile rechtskräftig. Das Oberlandesgericht München hatte die Rechtsterroristin im NSU-Prozess als Mitäterin zu lebenslanger Haft verurteilt. In Justiz, Medien und Politik wurden die von Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos mit Zschäpes Unterstützung begangenen zehn Morde meist als rassistisch, fremdenfeindlich oder rechtsextrem bezeichnet. Auch in den Studien, die wir für diesen Bericht ausgewertet haben, ist dies der Fall. Kaum thematisiert wurde bislang dagegen, dass die Mitglieder des NSU ihre Taten selbst als nationalistisch bezeichneten. In dem Video, in dem sie sich zu ihren Taten bekannten, ist an einem der Tatorte ein Schild zu sehen, auf dem »Nationalist bei der Arbeit« steht.² Auf einer Demonstration gegen die Wehrmachtausstellung in Dresden trugen Böhnhardt, Zschäpe, Mundlos und ihr späterer Unterstützer Jan Morgenroth 1998 ein Banner, auf dem »NATIONALISMUS – EINE IDEE SUCHT HANDELNDE« zu lesen war.³ Auch als Zschäpe sich im Zuge des Prozesses wenig glaubhaft von ihren Taten distanzierte, lautete ihre Formulierung, sie hege »keine Sympathien mehr für Nationalismus«.⁴

Zweifelsohne ist Zschäpe eine Rechtsextreme und Rassistin, deren Handeln im Netzwerk des NSU von einer Weltsicht geprägt war, die bestimmte Menschen als »fremd« markiert und ihnen die Existenzberechtigung in Deutschland abspricht. Aus zwei Gründen erscheint es aus unserer Sicht dennoch angebracht, ihre Selbstbezeichnung in den Fokus der Analyse zu stellen. Rechtsextremismus ist – genau wie Neonazismus, Neofaschismus oder Rechtspopulismus – ein Konzept, das nach 1945 in der politischen Sphäre entwickelt und von Teilen der Sozialwissenschaften übernommen wurde, um bestimmte Phänomene auf der rechten Seite des politischen Spektrums besser bekämpfen und zugleich untersuchen zu können. Was jedoch die Kräfte auf der äußersten Rechten des politischen Spektrums nach 1945

1 Wir danken Kirsten Heinsohn für ihre wichtigen Anmerkungen zu diesem Text. Außerdem danken wir allen, die uns Feedback auf den ersten Berichtsteil gegeben haben. Vgl. *Dominik Rigoll/Laura Haßler*, Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten. Teil 1: Ansätze und Akteur*innen, in: Afs 61, 2021, S. 569–611.

2 Vgl. das vom antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum (apabiz) in Berlin erstellte Transkript, URL: <<https://www.nsu-watch.info/material/transkript-des-nsu-bekennervideos/>> [23.1.2023].

3 Vgl. *Gideon Botsch*, »Nationalismus – eine Idee sucht Handelnde«. Die Nationalistische Front als Kaderschule für Neonazis, in: *Heike Kleffner/Anna Spangenberg* (Hrsg.), Generation Hoyerswerda. Das Netzwerk militanter Neonazis in Brandenburg, Berlin/Brandenburg 2016, S. 74–97, hier: S. 97.

4 *Frank Jansen*, »Hege keine Sympathien mehr für Nationalismus«, in: Tagesspiegel, 29.9.2016.

verband und noch verbindet, ist der Nationalismus.⁵ So ist jeder rechte Radikalismus, Extremismus und Populismus nationalistisch, weil er »die Nation« oder »das Volk« vor inneren und äußeren Gegner*innen zu schützen vorgibt, aber mitnichten jede Person rechts, die nationalistische Dinge sagt oder tut. Nationalistisches Handeln kann außerhalb eines ganzheitlich nationalistischen Weltbildes passieren, wenn etwa Fußballfans sich mit Nationalflaggen schmücken, Politiker*innen den »Standort Deutschland« fördern wollen oder die Brandt-SPD mit dem Slogan »Deutsche, wir können stolz sein auf unser Land« warb. Politikgeschichtlich betrachtet kann Nationalismus als eine politische Bewegung untersucht werden, die seit dem 18. Jahrhundert mit anderen Bewegungen wie dem Liberalismus, dem Sozialismus und dem Konservatismus konkurriert. Diese Feststellung soll nicht die verschiedenen, teils aufeinander bezogenen Entstehungskontexte dieser Bewegungen überdecken, sondern den politischen Nationalismus gleichsam aus dem Schatten der anderen Ismen hervorholen. Obwohl sie vielfältige Überschneidungen aufweisen – aber auch andere Mischformen dieser Bewegungen existieren –, plädieren wir dafür, den politischen Nationalismus als eigene Bewegung zu betrachten, die bislang vor allem für das 18. und 19. Jahrhundert erforscht wurde, viel weniger jedoch für das 20. und 21. Jahrhundert. Tatsächlich schien der Nationalismus als erfolgreiche politische Bewegung in Deutschland und vielen anderen Ländern im Jahr 1945 an sein Ende gekommen zu sein. Nun ist der politische Nationalismus fast überall auf der Welt wieder auf dem Vormarsch, und zwar sowohl in autokratischen Staaten als auch in liberalen Demokratien.

Rassismus dagegen ist (noch) keine politische Bewegung. Meist handelt es sich um ein soziales Konstrukt, einen Wissensbestand und eine Vorurteilsstruktur, die als gesamtgesellschaftliche Realität weit über den politischen Nationalismus hinausreicht. Wie die Historikerin Maria Alexopoulou in ihrer Studie »Deutschland und die Migration« am Beispiel der Stadt Mannheim auf der Grundlage von Zeitzeug*inneninterviews und Archivmaterial herausgearbeitet hat, war die westdeutsche Gesellschaft nach 1945 »stark von rassistischem Wissen über *Ausländer* geprägt, das schon weit vor 1933 entstanden war und über unterschiedliche Wege bis heute weitergegeben und neu produziert wurde«. Dieses Wissen existiere in Diskursen, »etwa als das ewige Gerücht über den kriminellen *Ausländer*«, in Institutionen, »beispielsweise über lange Zeit im deutschen Staatsangehörigkeitsrecht, das deutsches Blut als Kriterium der Zugehörigkeit festgelegt hatte«, in Strukturen, »etwa in der politischen Partizipation, von der Einwanderer*innen sehr lange bewusst ausgeschlossen wurden«, sowie in Praktiken, was unintendiertes Handeln weißer Menschen ebenso umfasst wie zielgerichtete Gewalttaten.⁶

5 Vgl. Dominik Rigoll/Yves Müller, *Zeitgeschichte des Nationalismus*. Für eine Historisierung von Nationalsozialismus und Rechtsradikalismus als politische Nationalismen, in: AfS 60, 2020, S. 323–351; Claudia Gatzka, *Nationalismus in der Zeitgeschichte*, in: Merkur 77, 2023, S. 5–20. Zum Nationalismus als verbindendes Moment der (mehr oder weniger) radikalen Rechten außerdem Tamir Bar-On, *The Radical Right and Nationalism*, in: Jens Rydgren (Hrsg.), *The Oxford Handbook of the Radical Right*, Oxford 2018, S. 17–41; speziell zu Deutschland vgl. Uwe Backes, *The Radical Right in Germany, Austria, and Switzerland*, in: ebd., S. 452–477, hier: S. 456.

6 Maria Alexopoulou, *Deutschland und die Migration. Geschichte einer Einwanderungsgesellschaft wider Willen*, Philipp Reclam jun. Verlag, Ditzingen 2020, 281 S., geb., 24,00 €, S. 14 f.

Gideon Botsch hat auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Selbstbezeichnungen rechter Akteur*innen – früher vor allem als »national«, heute eher als »patriotisch« – ernst zu nehmen. Während der historisch arbeitende Politologe auf diese Weise überzeugend die »äußerste Rechte«, die selbsterklärte »nationale Opposition«, seit Langem systematisch seziert und von der »demokratischen politischen Rechten« unterscheidet⁷, nehmen wir ergänzend dazu den politischen Nationalismus insgesamt in den Blick, um Schnittstellen zwischen organisiertem und integriertem Nationalismus besser analysieren zu können. Botsch hat auch früh betont, dass es aus historiografischer Sicht »sinnvoller« sein kann, »statt von ›Rechtsextremismus‹ oder ›Rechtsradikalismus‹ von ›radikalem Nationalismus‹ zu sprechen«, weil »Nationalismus« der hier entscheidende »Eigen- und Quellenbegriff« ist, »der den Untersuchungsgegenstand für den trans- oder internationalen synchronen Vergleich erschließt und zugleich im diachronen Vergleich anschlussfähig« macht.⁸ Auch hieran knüpfen wir unmittelbar an, wobei wir den Begriff »integral« gegenüber »radikal« bevorzugen. Denn die Problemlösungen einer Rechten, »die soziale und politische Fragen zu ethnisch-kulturellen Problemen verklärt«⁹, gehen in der Regel nicht an die Wurzel (lat. *radix*), sondern zielen aufs Ganze (lat. *integralis*, ganz). Außerdem nehmen wir zusätzlich partiale Nationalismen in den Blick, bei denen sich Nationalismus etwa mit Liberalismus, Konservatismus oder auch Sozialismus mischt. Auf diese Weise können wir zum Beispiel die rechten Flügel demokratischer Parteien in die Analyse integrieren.

Rassistisches Handeln und Wirken war und ist also kein Alleinstellungsmerkmal organisierter Rechter, egal ob in Deutschland oder woanders. Der politische Nationalismus hat jedoch sehr wohl ein Monopol auf die programmatische Ausgrenzung und mitunter auch Ermordung von Menschen aus rassistischen Gründen.¹⁰ Wie

7 Gideon Botsch, »Nationale Opposition« in der demokratischen Gesellschaft. Zur Geschichte der extremen Rechten in der Bundesrepublik Deutschland, in: Fabian Virchow/Martin Langebach/Alexander Häusler (Hrsg.), Handbuch Rechtsextremismus, Wiesbaden 2016, S. 43–82, hier: S. 44 f.; Gideon Botsch, Die extreme Rechte in der Bundesrepublik Deutschland. 1949 bis heute, Darmstadt 2012, S. 2–6.

8 Ders., Zeitgeschichtliche Impulse für die Rechtsextremismus-Forschung, in: Zeitgeschichte-online, Oktober 2019, URL: <<https://zeitgeschichte-online.de/themen/zeitgeschichtliche-impulse-fuer-die-rechtsextremismus-forschung>> [23.1.2023]. Zum Nationalismusansatz vgl. auch ders., Der rekonstruktive Nationalismus und die Demokratie. Zur Typologie des Nationalismus im 21. Jahrhundert, in: Christian Jansen/Marianne Zepp (Hrsg.), Kann es demokratischen Nationalismus geben? Über den Zusammenhang zwischen Nationalismus, Zugehörigkeit und Gleichheit in Europa von 1789 bis heute, Darmstadt 2021, S. 87–116; ferner ders., »Wann i' denk wie's früher war.« Nationalismus in der »postnationalen Konstellation«, in: Ralf von Appen/Thorsten Hindrichs (Hrsg.), One nation under a groove – »Nation« als Kategorie populärer Musik, Bielefeld 2020, S. 15–29. Erst nach Redaktionsschluss erreicht hat uns Gideon Botsch/Friedrich Burschel/Christoph Kopke/Felix Korsch (Hrsg.), Rechte Ränder. Faschismus, Gesellschaft und Staat, Verbrecher Verlag, Berlin 2023, 471 S., brosch., 30,00 €.

9 So treffend Matthias Quent, Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können, München 2019, S. 41. Ursprünglich waren es revolutionäre Demokrat*innen, also Angehörige der Linken, die sich – affirmativ – als Radikale bezeichneten, etwa im Kontext der 1848er-Revolution. Klassisch hierzu: Gustav Mayer, Radikalismus, Sozialismus und bürgerliche Demokratie, hrsg. v. Hans-Ulrich Wehler, Frankfurt am Main 1969.

10 Ähnlich verhält es sich mit Antisemitismus und Antirationalismus oder Antiintellektualismus, die zwar auch fast überall anzutreffen sind, meist aber von Rechten unterschiedlicher Couleur

die historische Nationalismusforschung der letzten Jahrzehnte herausgearbeitet hat, waren es Nationalist*innen, die seit dem 19. Jahrhundert rassistisches Wissen systematisch in ihre politische Programmatik integriert und einiges dafür getan haben, diese auch umzusetzen. Dabei überhöhten nationalistische Organisationen, Netzwerke und Einzelpersonen nicht nur die eigene Nation gegenüber anderen, sondern wendeten ihren Nationalismus auch nach innen, indem sie bestimmten Bevölkerungsgruppen das Recht absprachen, deutsch zu sein oder werden zu können. Sie bekämpften Sozialdemokrat*innen als »vaterlandslose Gesellen« und Katholik*innen als »Ultramontane«, deren Loyalität nicht dem deutschen Volk, sondern der Internationale oder dem Papst gelte. Sie griffen die zum Teil sehr alten Gerüchte über die »kriminelle Veranlagung« bestimmter Minderheiten auf, förderten ihre Verbreitung und pseudowissenschaftliche Legitimierung und formulierten eine Politik, die das sich hieraus vermeintlich ergebende Problem lösen sollte – allem voran die »Polenfrage« und »Judenfrage«. Sie schmiedeten das parteiübergreifende Bündnis, das 1913 im Deutschen Reich für das Staatsbürgerrecht das sogenannte Blutrecht durchsetzte – und damit eine der Voraussetzungen für die staatliche Verfolgung von jüdischen und anderen »fremdrassigen« Deutschen nach 1933. Sie formulierten aber auch ein positives Programm, das bestimmte Bevölkerungsteile fördern sollte, namentlich alle »gesunden«, »reinrassigen« und »national eingestellten« Deutschen. Politischer Nationalismus »glorifiziert« demnach nicht nur »die eigene Nation und setzt andere Nationen herab«, wie es etwa in einer Definition der Bundeszentrale für politische Bildung heißt, sondern propagiert und praktiziert eine weit darüber hinausreichende nationalistische Utopie.¹¹

Wie die Forschungen und Quellen zu nationalistischen Akteur*innen zeigen, die wir im ersten Teil des Berichts in den Blick genommen haben, konnte die deutsche Rechte nach 1945 an die oben skizzierten Traditionen nicht unmittelbar anknüpfen, weil offener Nationalismus unter der Militärbesatzung verboten war und im geteilten Deutschland als »diskreditiert« galt. Darauf hin befragt, welche Aktionsräume dem politischen Nationalismus angesichts der von den Alliierten etablierten und in den beiden deutschen Staaten teilweise weitergeführten Anti-rechts-Politik überhaupt noch blieben, verdeutlichten die besprochenen Arbeiten, dass dieser Nationalismus im Nachkriegsdeutschland regelmäßig Aggregatzustände einnahm, die sich stark von denen im Kaiserreich, in der Weimarer Republik und im Naziregime unterschieden. Nicht minder sprang aber ins Auge, dass die im 19. Jahrhundert angelegten und breitgetretenen Pfade von der Nachkriegsrechten durchaus genutzt wurden, auch wenn sie ihren Nationalismus an die für sie schwierigen Bedingungen in Ost und West anpassen musste. In diesem zweiten Berichtsteil stellen wir ausgewählte Bücher der letzten Dekade vor und arbeiten heraus, was sie Forscher*innen über die Handlungs- und Wirkungsmacht deutscher Nationalist*innen seit der Zerschlagung des »Nazismus und deutschen Militarismus« im Jahr 1945 zu sagen haben. Welche politischen Handlungen vollzogen Rechte und welche

in politisches Handeln überführt werden. Auch im Deutschland der Gegenwart sind es vor allem Rechte, die die Ablehnung wissenschaftlich empfohlener Maßnahmen gegen den Klimawandel und das Corona-Virus in ihre Programmatik integrieren.

11 Bundeszentrale für politische Bildung, kurz&knapp, Pocket Politik: Nationalismus, URL: <<https://www.bpb.de/kurz-knapp/lexika/pocket-politik/16503/nationalismus/>> [21.2.2023].

sozialen Auswirkungen hatte dieses Tun, inwiefern veränderte es also gesellschaftliche Diskurse, Strukturen, Institutionen und Praktiken? Über wie viel Handlungsmacht (Agency) verfügten einzelne Akteur*innen innerhalb ihres Lagers und worin bestand ihre gesamtgesellschaftliche Wirkungsmacht (Legacy)? Wann und weshalb waren sie in der Lage, die Bundesrepublik und die DDR weiter zu nationalisieren, sprich: nationalistischer zu machen? Wo und warum misslang ihnen dies?

Was wir meinen, wenn wir nach den Handlungen und Wirkungen der deutschen Rechten seit 1945, der Handlungs- und Wirkungsmacht von Nationalistinnen und Nationalisten im besetzten, geteilten und vereinigten Deutschland fragen, sei noch einmal am Beispiel des NSU illustriert (vgl. auch Abbildung 1 und 2). Das Netzwerk ermordete Menschen mit dem Ziel, die migrantische Community in Angst zu versetzen, was ihm zumindest teilweise gelang, wie der Beitrag von Stefan Zeppenfeld in diesem Band zeigt. Es gab allerdings auch nicht intendierte Auswirkungen wie zum Beispiel ein langsam wachsendes Bewusstsein für die Existenz von strukturellem Rassismus in den Sicherheitsbehörden. Aus Wirkungsmacht erwuchs Gegenmacht, die den Wirkungsraum der Rechten wieder einschränken konnte.

Michelle Hale Williams hat ein Begriffsinstrumentarium vorgeschlagen, mit dessen Hilfe der Einfluss randständiger Rechtsparteien – im Grunde aber auch anderer Minderheiten aller politischen Spektren – untersucht werden kann. Untersucht hat sie »The Impact of Radical Right-Wing Parties in West European Democracies« zwischen 1990 und 2002 auf der Grundlage von qualitativen Interviews, quantitativen Daten und einer vergleichenden Auswertung der Forschungsliteratur. Die Politologin zeigt, dass auch kleine Oppositionsparteien, wie seinerzeit der französische »Front National« (FN), politischen Impact haben können, wenn es ihnen gelingt, die öffentliche Debatte über Themen wie Migration durch nationalistische Forderungen nach rechts hin zu öffnen. Ohne an der Macht zu sein, betreiben sie so nicht nur *Agenda Setting*, sondern auch *Institution Shaping* und sogar *Policy Making*, wenn zum Beispiel andere Parteien rechte Claims teilweise (und stillschweigend) umsetzen. Williams arbeitet aber ebenso heraus, dass der Einfluss der sogenannten Republikaner (REP) in der Bundesrepublik auch deshalb viel geringer blieb als der des französischen FN oder der österreichischen FPÖ, weil die westdeutschen »Volksparteien« ohnehin eine nationalistische Migrationspolitik betrieben.¹²

Man kann auch – wie wir es im ersten Berichtsteil vorgeschlagen haben – davon sprechen, dass Nationalist*innen durch ihr Handeln einen politischen Rechtsruck aufbauen. Wo sie damit Erfolg haben, übersetzt sich der Druck von rechts in einen politischen und gesellschaftlichen Ruck nach rechts – also in eine Rechtsverschiebung dessen, was als »politische Mitte« wahrgenommen wird. Ihre Positionen und Inhalte entfalten also Wirkmacht. An diesem Rechtsruck sind immer auch partielle Nationalist*innen oder auch nicht-nationalistische Akteur*innen beteiligt, die zum Beispiel zulassen, dass die »Grenzen des Sagbaren« erweitert werden, oder sich integralnationalistischen Forderungen anschließen. Ein bekanntes Beispiel hierfür ist der sogenannte Asylkompromiss von 1993, der auch wegen des durch nationali-

12 Außer den Grünen hätten alle Parteien »in Migranten ein Problem« gesehen: Michelle Hale Williams, *The Impact of Radical Right-Wing Parties in West European Democracies*, New York 2015, S. 114. Eigene Übersetzung aus dem Englischen.

stische Pogrome gegen »Ausländer« ausgeübten Drucks zustande kam. Die Dynamik aus Rechtsdruck und Rechtsruck kann als Nationalisierung beschrieben werden, also ein Prozess, der bestimmte Bereiche der Gesellschaft nationalistischer macht. Er verlief historisch parallel zu Liberalisierungs- und Sozialisierungsschüben, die das Gemeinwesen liberaler und sozialer machten, ist im Gegensatz dazu bislang aber kaum erforscht.¹³ Konkret ist mit Nationalisierung ein Prozess gemeint, der (latent möglicherweise schon vorhandene) Einstellungen offen sag- und ausdrückbar macht oder gar politisch verankert, und zwar nicht nur in der politischen Sphäre, sondern auch in der kulturellen und in der des Alltags. Im politischen Diskurs der Gegenwart ist deshalb auch von einer »Normalisierung« nationalistischer Topoi die Rede, die eben noch als »extremistisch« skandalisiert wurden. Ob als rechtes *Policy Making* oder Nationalisierung bezeichnet, erleichtern diese Konzepte die Analyse der sogenannten politischen Mitte. Denn was als »Mitte« bezeichnet wird, ist historisch dynamisch und kann durch Handlungen politischer Akteur*innen nach rechts (oder auch nach links) verschoben werden. Wenn von Parteien die Rede ist, die nach links oder rechts rücken, ist dieser Eindruck auch ein Ergebnis einer solchen Verschiebung dessen, was als akzeptierte Mitte gilt.

Der Beitrag umfasst zwei Abschnitte, die sich auf komplementäre Weise mit der Historisierung des politischen Nationalismus in Deutschland seit 1945 beschäftigen. Der erste Abschnitt behandelt neun Publikationen zur Geschichte der deutschen Rechten zwischen den 1945er- und 1990er-Jahren, also von der Militärbesatzung bis zur Wiedervereinigung, zieht dabei aber immer auch Linien bis in die Gegenwart. Der zweite Abschnitt nimmt vier Arbeiten zur Gegenwartsrechten in den Blick und weist zudem auf Bezüge zur Geschichte dieser Rechten hin. Am Ende des zweiten Abschnitts besprechen wir außerdem zwei Überblickswerke, die sich aus nationalismushistorischer Perspektive mit dem internationalen Kontext beschäftigen, in dem sich die deutsche Rechte bewegt(e). Schließlich stellen wir die Frage, in welche Richtung sich die Forschung zur deutschen Rechten entwickeln könnte. Wir plädieren für eine erneuerte Nationalismusforschung, die auch an die Konzepte und Befunde derjenigen Historiker*innen und historisch arbeitenden Politolog*innen anknüpft, die bereits in den 1968er-Jahren, die in etwa vom Godesberger Programm der SPD 1959 bis zur Gründung der Grünen 1979 reichen, eine Reihe von Arbeiten zum deutschen Nationalismus veröffentlichten, deren Befunde aber keinen Eingang in die Standardwerke zur Gesellschaftsgeschichte der Bundesrepublik fanden.

I. Von der Geschichte zur Gegenwart der deutschen Rechten

Als sich vor einigen Jahren abzeichnete, dass sich die gegenwärtigen Erfolge des politischen Nationalismus in der Bundesrepublik möglicherweise verstetigen würden, haben Historiker*innen vor allem mit drei Publikationsarten reagiert. Erstens

13 Vgl. hierzu neben Rigoll/Haßler, *Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten*, Teil 1, auch Dominik Rigoll, *Public History von links nach rechts. Zur De:Nationalisierung des Zeithistorischen in Besatzungszeit und Bundesrepublik*, in: Frank Bösch/Stefanie Eisenhuth/Hanno Hochmuth (Hrsg.), *Public Historians. Zeithistorische Interventionen seit 1945*, Göttingen 2021, S. 87–105; ders./Müller, *Zeitgeschichte des Nationalismus*.

erschienenen Bände über die Geschichtspolitik der Rechten, wie »Schleichend an die Macht« von Claudia Gatzka und dem Grünen-Politiker Andreas Audretsch, oder »Gegenwartsgestrig« von einem Herausgeber*innenkollektiv des Gesprächskreises »Geschichte« der Rosa-Luxemburg-Stiftung.¹⁴ Zweitens wurde eine Reihe von Essays über Entwicklungen in der Geschichte der deutschen Rechten veröffentlicht, bei denen sich ein mehr oder weniger direkter Bezug zur Gegenwart herstellen ließ. Uffa Jensen schrieb aus emotionsgeschichtlicher Perspektive über »Zornpolitik« im Kaiserreich und arbeitete heraus, inwiefern »viele der gegenwärtigen Vorurteils- und Diskriminierungsphänomene interessante und wichtige Parallelen zu Entwicklungen im 19. Jahrhundert besitzen« (S. 19); Eckart Conze legte ein Buch über die »Schatten des Kaiserreichs« vor, das sich am Ende auch mit der Gegenwart beschäftigt, namentlich mit dem nationalistischen Revisionismus der AfD und der Hohenzollern; Andreas Wirsching gab ein Sammelbändchen über »Weimarer Verhältnisse?« mit heraus mit dem Ziel, »historische Lektionen für unsere Demokratie« zu formulieren; Michael Wildt setzte in »Volk, Volksgemeinschaft, AfD« seine langjährigen Forschungen zur »Volksgemeinschaft« im Nazismus in vergleichende Beziehung zum Volksbegriff der AfD.¹⁵ Drittens haben Historiker*innen Interventionen vorgelegt, die auf sehr unterschiedliche Weise dafür plädierten, dem (deutschen) Nationalismus nicht (nur) ablehnend gegenüberzustehen. Neben nationalistischen Publikationen wie »Der deutsche Donner« von Stefan Scheil sind hier vor allem die politisch liberalen Essays von Peter Alter über »Nationalismus« und Aleida Assmann über »Die Wiedererfindung der Nation« zu nennen, aber auch »Mit Rechten reden«, an dem der Historiker Per Leo mitwirkte, sowie, als konservative Wortmeldung, »Wer hat Angst vor Deutschland?« von Andreas Rödder.¹⁶

Einen Eindruck davon, wie die hier aus ganz unterschiedlichen Perspektiven in den Blick genommenen Phänomene in eine gemeinsame Geschichte des deutschen Nationalismus integriert werden können, vermitteln Norbert Frei, Franka Maubach, Christina Morina und Maik Tändler in ihrem Buch »Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus«.¹⁷ Die Autor*innen nehmen den Einzug der AfD in den Bundestag im September 2017 zum Anlass, danach zu fragen, was die von dieser »Zäsur« verkörperte »Renaissance rechten und rechtsradikalen Denkens«, namentlich »das Verlangen nach einer homogenen Nation und die Sehnsucht

14 Andreas Audretsch/Claudia C. Gatzka (Hrsg.), *Schleichend an die Macht. Wie die Neue Rechte Geschichte instrumentalisiert, um Deutungshoheit über unsere Zukunft zu erlangen*, Bonn 2020; Herausgeber*innenkollektiv des Gesprächskreises »Geschichte« der Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hrsg.), *Gegenwartsgestrig. Rechte Geschichtspolitik heute*, Berlin 2021.

15 Uffa Jensen, *Zornpolitik*, Berlin 2017; Eckart Conze, *Schatten des Kaiserreichs. Die Reichsgründung von 1871 und ihr schwieriges Erbe*, München 2020; Michael Wildt, *Volk, Volksgemeinschaft, AfD*, Hamburg 2017; Andreas Wirsching/Berthold Kohler/Ulrich Wilhelm (Hrsg.), *Weimarer Verhältnisse? Historische Lektionen für unsere Demokratie*, Ditzingen 2018.

16 Stefan Scheil, *Der deutsche Donner. Deutschlands Kampf mit sich und der Welt – 1796 bis 1946*, Schnellroda 2022; Peter Alter, *Nationalismus. Ein Essay über Europa*, Stuttgart 2016; Aleida Assmann, *Die Wiedererfindung der Nation. Warum wir sie fürchten und warum wir sie brauchen*, München 2020; Per Leo/Maximilian Steinbeis/Daniel-Pascal Zorn, *Mit Rechten reden. Ein Leitfaden*, Stuttgart 2017; Andreas Rödder, *Wer hat Angst vor Deutschland? Geschichte eines europäischen Problems*, Frankfurt am Main 2018.

17 Norbert Frei/Franka Maubach/Christina Morina u. a., *Zur rechten Zeit. Wider die Rückkehr des Nationalismus*, Berlin 2019.

nach einer fleckenlosen Geschichte« historisch bedeutet. Sie fragen sowohl nach den Gründen dafür, dass im vereinigten Deutschland »der Nationalismus – ein im 19. Jahrhundert entstandenes Konzept – wieder derart attraktiv geworden ist«, als auch nach den »Vorläufern« heutiger »Erfolge der Rechtspopulisten« und den »Bedingungen«, unter denen nach 1945 »rechte Denkweisen verfangen und Anhänger finden konnten« (S. 7 f.). Seit Kurt P. Taubers monumentaler Studie¹⁸ ist dies die erste Geschichte des deutschen Nachkriegsnationalismus, die beide deutsche Staaten im Blick hat und sich für organisierten wie integrierten Nationalismus gleichermaßen interessiert, wobei der Fokus – dem Forschungsstand entsprechend – auf rechte Parteien und NS-Kontinuitäten im Westen gerichtet ist, respektive auf den gesellschaftlichen Umgang mit beiden. Nationalistische Politik wird vor allem als NS-apologetische, rassistische und gegen die Sozialliberalisierung der Bundesrepublik gerichtete Politik untersucht. Mit Blick auf die Frage nach der Handlungs- und Wirkungsmacht des Nationalismus heißt es in der Einleitung, »dass es der Rechten ungeachtet ihrer hartnäckigen Bemühungen und mancher Konjunkturen über Jahrzehnte nicht gelungen ist, ihre zeitweiligen Erfolge in dauerhaften politischen Einfluss zu übersetzen«. Im Deutschland der Gegenwart sei das »besorgniserregend Neue« denn auch nicht so sehr die »alten Parolen«, die sich zum Teil »kaum verändert« hätten, sondern dass diese auf »Resonanz« stießen: »Plötzlich erzielten sie, von einer Welle getragen, politische Wirkungsmacht«. Daher könne die Geschichte der Bundesrepublik zwar weiter als »die Geschichte einer – im Großen und Ganzen – erfolgreichen Auseinandersetzung mit Autoritarismus und antidemokratischem Denken« erzählt werden – nicht mehr aber als bloße »Erfolgsgeschichte« (S. 8–10).

Tatsächlich liefert die Studie viele Beispiele dafür, dass es deutschen Rechten auch vor der AfD gelang, das Gemeinwesen in ihrem Sinne zu beeinflussen – indirekt, weil andere politische Kräfte um die Loyalität der »national« eingestellten Bevölkerung warben. Das Kapitel zur »Gegenwart der Vergangenheit in der Ära Adenauer« erinnert daran, dass CDU/CSU und SPD bei der Auseinandersetzung mit der NS-Zeit »eher getriebene als gestaltende Kräfte« waren – stets darauf bedacht, »den Rechten möglichst wenig Platz zu lassen«. Die Union etwa versuchte, ihre nationalkonservative Koalitionspartnerin, die »Deutsche Partei« (DP), und den nationalistischen Flügel der FDP »durch eigene Initiativen in Schach zu halten« (S. 23). Eine konfrontativere Anti-rechts-Politik praktizierten die Westalliierten, die zum Beispiel mit einer Verhaftungsaktion gegen den Versuch vorgingen, die FDP in eine nationalistische Sammlungspartei umzuwandeln – in eine AfD *avant la lettre*, wenn man so will. Auch das bekannte »Gruppenexperiment« von Max Horkheimer und Theodor W. Adorno sollte die »Nervenzpunkte des deutschen Nationalismus« (S. 34) freilegen, »um dem aufkeimenden deutschen Nationalismus zu begegnen«, wie es in einem Memorandum von 1950 heißt. Nicht nur sollte die Studie »spezifische Typen von Nationalismus und nationalistischen Personen [herausarbeiten]«, sondern auch »prüfen, durch welche Mittel eine Einwirkung im Sinne des Geistes internationalistischer Verständigung sich als fruchtbar erweist«.¹⁹ Im Kapitel über »Geschich-

18 Kurt P. Tauber, *Beyond Eagle and Swastika. German Nationalism since 1945*, Middletown 1967.

19 Das Schlüsseldokument ist hier und auch in »Zur rechten Zeit« zit. nach: Johannes Platz, *Die Praxis der kritischen Theorie. Angewandte Sozialwissenschaft und Demokratie in der frühen Bundesrepublik 1950–1960*, Trier 2012, S. 71.

te und politische Kultur in der DDR« wird deutlich, wie wichtig auch hier die Integration rechter Funktionseliten in Bereichen wie dem Militär war und welchen Stellenwert das Nationale bei allem internationalistischen Anspruch behielt. Während Walter Ulbricht am siebten Jahrestag der Bombardierung Dresdens gegen die »deutsch- und volksfeindliche Kriegspolitik der Adenauer-Regierung« wetterte und vor einem »von der Wallstreet« aus geplanten erneuten Krieg warnte (S. 63), stellten die Kurator*innen der Ausstellung am Kyffhäuser-Denkmal im thüringischen Steinthaleben die Nationale Volksarmee in die Tradition des antinapoleonischen Befreiungsnationalismus. Um nur ein weiteres, ungleich bekannteres Beispiel aus dem eben vereinigten Deutschland zu nennen: die im Mai 1993 auch als Reaktion auf rechte Pogrome beschlossene massive Einschränkung des Grundrechts auf Asyl.

In der Tat war mit dem »Untergang des Kommunismus« im Ostteil des Landes nicht nur der politische Liberalismus zurückgekehrt, sondern auch ein organisierter Nationalismus, der bisher unterdrückt oder nach Westen verdrängt worden war. Insofern »droht« Deutschland nicht nur, »von rechts zusammenzuwachsen« (S. 17). Vielmehr ist genau dies gerade in der Migrationspolitik bereits in den 1990er-Jahren geschehen, wie etwa die Studie von Patrice G. Poutrus zum »Umkämpften Asyl« zeigt. Wie Maria Alexopoulou in ihrer erwähnten Arbeit stellt Poutrus die Sicht derer in den Mittelpunkt, die durch Nationalismus ausgegrenzt werden. Sein Buch kann daher mit Gewinn als Ergänzung zu »Zur rechten Zeit« gelesen werden, das diese Perspektive nur antippt.²⁰ Davon abgesehen ist das Buch der wichtigste von Historiker*innen verfasste Kommentar zur aktuellen Rechtsentwicklung in Deutschland, weil die Autor*innen die Geschichte und die Gegenwart des deutschen Nationalismus nicht nur einander gegenüberstellen (wie in den Büchern von Eckart Conze, Michael Wildt und anderen der Fall), sondern diese historisierend miteinander verbinden. Was dem Buch indes fehlt, ist ein Kapitel über die 1945er-Jahre, in denen die Grundlagen des politischen Nationalismus in seiner organisierten und integrierten Form geschaffen wurden und auch die des politischen Umgangs mit ihm unter den Vorzeichen von Antifaschismus, Antinazismus und Antixtremismus.²¹ Offen bleiben musste bei einem solchen Überblickswerk auch die hier besonders interessierende, aber eben noch kaum erforschte Frage nach den längerfristigen Auswirkungen der andauernden Präsenz von – aber auch verschiedener Arten des Umgangs mit – organisiertem und integriertem Nationalismus in Deutschland. Inwiefern veränderte es die demokratischen Parteien und ihre Politik, wenn sie sich – aus welchen Gründen auch immer – nationalistische Forderungen aneigneten, beziehungsweise die SED, wenn sie mit der »National-Demokratischen Partei Deutschlands« (NDPD) eine Partei schuf, die diese Arbeit für sie übernehmen sollte? Inwiefern veränderte es den jeweiligen Staatsapparat, wenn in ihm über Jahrzehnte hinweg nicht nur ehemalige Nazis, sondern auch aktive Nationalist*innen geduldet wurden, etwa im Sicherheitsbereich? Um Fragen wie diese zu beantworten, müssen integrierte Nazis künftig nicht mehr als »Belastete« historisiert werden, die irgendwie das »politische Klima« verändern, sondern als integrierte

20 Patrice G. Poutrus, *Umkämpftes Asyl. Vom Nachkriegsdeutschland bis in die Gegenwart*, Bonn 2020, S. 161–200; Alexopoulou, *Deutschland und die Migration*.

21 Rigoll/Müller, *Zeitgeschichte des Nationalismus*; Tauber, *Beyond Eagle and Swastika*, Kap. III–IV.

Nationalist*innen, die sich einerseits in vielerlei Hinsicht anpassten, andererseits aber auch ihr unmittelbares Umfeld beeinflussen und womöglich längerfristig verändern konnten. Neben den bekannten Prozessen der Liberalisierung und Sozialisierung auch De:Nationalisierungsprozesse in den Blick zu nehmen, heißt insofern auch, Abschied von der westdeutschen Erfolgs- und der ostdeutschen Misserfolgsgeschichte zu nehmen.

Ein interessanter Beleg für die Existenz von Nationalisierungsprozessen in der SBZ/DDR ist Christoph Schreibers geschichtswissenschaftliche Dissertation »Deutsche, auf die wir stolz sind.« Untersuchungen zur NDPD.²² Tatsächlich wurde die NDPD 1948 in der SBZ auf Initiative von Stalin gegründet, der hoffte, mit einer SED-loyalen Rechtspartei zumindest Teile der »national« eingestellten Bevölkerung für den Sozialismus gewinnen zu können, sie vom Weggang nach Westen abzuhalten und nicht zuletzt die bürgerlichen Blockparteien zu schwächen, indem man ihnen ihren rechten Flügel nahm. Schreiber nutzt den großen NDPD-Bestand im Bundesarchiv leider kaum, da er bei seinen Recherchen noch wenig erschlossen war. Stattdessen greift er unter anderem auf Stasi-Akten und Akten der sogenannten Ostbüros von SPD und FDP zurück. Außerdem befragte er Zeitzeugen und nutzte veröffentlichtes Material – allem voran geschichtspolitische Schriften aus dem parteieigenen »Verlag der Nation«. Dieser publizierte auch eine Buchreihe zu historischen Persönlichkeiten, auf die der Obertitel der Studie verweist. Sie verkaufte sich relativ gut und mit Herbert Scurla verantwortete sie ein ehemaliger Nazi-Propagandist. Das Buch ist keine Gesamtdarstellung der NDPD, sondern fokussiert drei Aspekte der Parteientwicklung. Der erste Abschnitt besteht aus einer kleinen Parteigeschichte, die viele Probleme anspricht, die eine Vertiefung verdient hätten: Von einer Unterredung zwischen Stalin und SED-Führern, auf der durchaus kontrovers über die NDPD-Gründung gesprochen wurde²³, über Hinweise auf eine innerparteiliche Rechtsopposition (»Wir arbeiten versteckt und sind die große Mehrzahl«, heißt es 1953 in einer Art anonymen Drohbrief an die Parteiführung, S. 55) bis hin zum Ausblick auf die Jahre nach 1990, der nur das Verhältnis ehemaliger »Nationaldemokraten« zur PDS behandelt, nicht aber zur FDP und zur nationalistischen Rechten. Der zweite Abschnitt behandelt die Biografien der Aufbaugeneration der Partei und zeigt, dass der Anteil ehemaliger NSDAP-Mitglieder in der NDPD mit 8,6 % (im Jahr 1951) nur minimal höher war als in der SED. Den Begriff der »Ehemaligenpartei« deshalb als »nicht zutreffend« zu bezeichnen (S. 138), erscheint aber übertrieben, schließlich waren in der Partei auch andere »Ehemalige« aktiv, namentlich frühere Berufssoldaten der Wehrmacht wie Vincenz Müller, denen es erst ab 1943 erlaubt war, der NSDAP beizutreten. Der letzte und zugleich längste Abschnitt behandelt die »Geschichtsarbeit der NDPD«, die sich insbesondere den Befreiungsnationalismus des antinapoleonischen Widerstands anzueignen versuchte.

22 Christoph Schreiber, »Deutsche, auf die wir stolz sind.« Untersuchungen zur NDPD (Studien zur Zeitgeschichte, Bd. 108), Verlag Dr. Kovač, Hamburg 2018, 329 S., brosch., 98,80 €.

23 Vgl. Unterredung zwischen Stalin und der SED-Führung, 31.1.1947, abgedr. in: Jochen P. Laufer/Georgij P. Kynin, Die UdSSR und die deutsche Frage 1941–1948. Dokumente aus dem Archiv für Außenpolitik der Russischen Föderation, Bd. 3, Berlin 2004, S. 136–156, hier: S. 142–145.

Um etwas über die Handlungs- und Wirkungsmacht der NDPD in Erfahrung zu bringen, muss man die Studie gegen den Strich lesen, denn Schreiber macht sich die in der Politikwissenschaft aufgestellte These von der »Bedeutungslosigkeit« der Partei zu eigen und analysiert ihre Aktivitäten entsprechend als »Wege«, sich »mit Bedeutung aufzuladen« (S. 9). Dabei hat der Historiker viel Material zusammengetragen, das zeigt, dass die Partei insofern über Agency verfügte, als sie zur Genese eines Nationalismus beitrug, der mit dem autoritären Sozialismus in der SBZ/DDR konform ging. Sie formulierte eine Programmatik und Propaganda, die viele Begriffe der nationalistischen Rechten aufgriff (allem voran das Adjektiv »national«), die Dominanz der SED aber nie infrage stellte. Ihrem Anhang bot die NDPD eine Erzählung an, die es Nationalist*innen erlaubte, ihr Leben in der DDR als Teil eines »nationalen Befreiungskampfes« zu deuten, der im Westen um Bündnispartner warb. Um ihren sozialistischen Nationalismus unter die Leute zu bringen, verfügte die NDPD nicht nur über Mitglieberzeitungen wie »Der nationale Demokrat«, sondern auch über die überregionale »National-Zeitung«, regionale Blätter wie die »Sächsischen Neuesten Nachrichten« sowie über Zeitschriften wie die »Deutsche Illustrierte«, die allerdings nur kurz existierten. Legacy entfaltete die Partei insofern, als es ihr im Bündnis mit der SED tatsächlich gelang, die DDR ein wenig mehr im Interesse ihrer Klientel einzurichten, die staatssozialistische Ordnung also nationalistischer zu machen – und damit zugleich stabiler im Sinne der SED. Gesellschaftspolitisch wurde die von der NDPD versprochene Gleichstellung der »Ehemaligen« weitgehend umgesetzt (mitunter zum Nachteil von Verfolgten). Auch in der Kulturpolitik setzte die NDPD regelmäßig »nationale« Akzente. So ging 1952 die Benennung eines Sportparks in Berlin-Prenzlauer Berg nach dem nationalbewegten Friedrich Ludwig Jahn auf sie zurück. Bisweilen versuchten »Nationaldemokraten«, die Nationalisierung des DDR-Sozialismus aber auch weiter zu treiben als von der SED gewünscht. Am 17. Juni 1953 wirkten NDPD-Mitglieder der unteren Funktionärsebenen am Volksaufstand gegen das Regime mit, der freie Wahlen und die Vereinigung von West- und Ostdeutschland zu einem Nationalstaat forderte.

In politikwissenschaftlichen Studien wird die NDPD als bloßer »Satellit« der SED dargestellt – eine Bezeichnung, die schon 1979 im »DDR-Handbuch« des Bundesministeriums für innerdeutsche Beziehungen auftaucht.²⁴ In Überblicken zur Geschichte der SBZ/DDR kommt sie nur am Rande vor – aber auch bei der Darstellung zweier Schlüsselmomente: Ulrich Mählerl etwa erwähnt die Partei in seiner »Kleinen Geschichte der DDR« einerseits im ersten Kapitel und streicht heraus, dass sie »nationalistische Parolen« habe vertreten dürfen, um ehemalige Nazis für den Sozialismus zu gewinnen und den anderen Blockparteien abspenstig zu machen. Andererseits kommt sie im letzten Kapitel vor, denn die NDPD zählte zu den Volkskammerparteien, die am 13. November 1989 forderten, den Führungsanspruch der SED aus der Verfassung zu streichen und freie Wahlen abzuhalten.²⁵ In den Jahrzehnten davor war die NDPD zwar sicherlich noch stärker als andere Blockparteien ein Anhängsel der SED gewesen, ein »Transmissionsriemen«. Die Partei

24 Eckhard Jesse, Die Parteien in der SBZ/DDR 1945–1989/90, in: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.), Parteiendemokratie in Deutschland, Wiesbaden 1997, S. 84–105, hier: S. 90; Peter Christian Ludz (Hrsg.), DDR-Handbuch, Bd. 2, Köln 1979 (zuerst 1975), S. 761.

25 Ulrich Mählerl, Kleine Geschichte der DDR, München 2009.

war aber mehr als das, wie der Historiker Jürgen Frölich schon 1995 gezeigt hat.²⁶ Bei Schreiber kann man nachlesen, inwiefern die ostdeutschen »Nationaldemokraten« auf der Ebene der Parteipolitik treibende Kräfte in jener Entwicklung waren, die der Historiker Jan Palmowski vor allem aus alltagsgeschichtlicher Perspektive als »Erfindung der sozialistischen Nation« untersucht hat. Palmowski selbst problematisiert die Rolle der NDPD zwar nicht weiter, aber es fällt auf, dass einige Akteure, die an den von ihm untersuchten Nationalisierungsprozessen mitwirkten, der Partei angehörten – Lothar Bolz etwa, erster Parteivorsitzender, der von 1953 bis 1965 Minister für Auswärtige Angelegenheiten und von 1950 bis 1967 stellvertretender Ministerpräsident der DDR war. Funktionäre der Partei betätigten sich aber auch als Heimathistoriker, waren in den 1980er-Jahren in lokalen Umwelt- und Denkmalschutzinitiativen aktiv, die das Regime misstrauisch beobachtete. Einige beteiligten sich sogar am Nationalisierungsschub von 1989/90, der »friedlichen Revolution«. Vor diesem Hintergrund lässt sich Schreibers Studie nicht nur mit Forschungen zur »Nationalisierung« der Sowjetunion verbinden und auf andere kommunistische Regime erweitern.²⁷ Sie kann auch als ein Beitrag zur Vor- und Frühgeschichte der Rechtsentwicklung in der Spät-DDR gelesen werden.

Mit einer der beiden »Nationaldemokratischen« Parteien auf der anderen Seite der Mauer beschäftigt sich Valérie Dubslaff in ihrer geschichtswissenschaftlichen Dissertation über die Frauen in der NPD.²⁸ Für den langen Zeitraum von der Parteigründung 1964 bis ins Jahr 2020 untersucht sie, aus welchen (biografischen) Beweggründen und in welchen Strukturen Frauen sich in der Partei organisierten, was die Ziele ihrer Arbeit waren, welche Ansichten sie verfolgten und welchen Einfluss sie letztlich in der Partei ausübten. In mühevoller Arbeit ist die Autorin den dünnen Spuren weiblicher Aktivitäten in der ohnehin dispersen Überlieferung zur nationalistischen Rechten gefolgt – unter anderem hat sie Nachlässe, die Quellen des Ministeriums für Staatssicherheit (MfS) und parlamentarische Archive konsul-

26 Jürgen Frölich, Transmissionsriemen, Interessenvertretung des Handwerks oder Nischenpartei? Zu Rolle, Bedeutung und Wirkungsmöglichkeiten der NDPD, in: Deutscher Bundestag (Hrsg.), Materialien der Enquete-Kommission »Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland« (1992–1994), Bd. 1, Baden-Baden/Frankfurt am Main 1995, S. 1542–1578.

27 Zur Nationalisierung des Kommunismus in der Sowjetunion Stalins vgl. Bernhard H. Bayerlein, Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus – Komintern, KPD und Sowjetunion 1929–1943: Neue Dokumente zur Konzeptualisierung einer verbundenen Geschichte, in: Hermann Weber/Jakov Drabkin/Bernhard H. Bayerlein u. a. (Hrsg.), Deutschland, Russland, Komintern, Bd. 1: Überblicke, Analysen, Diskussionen, Berlin/Boston 2014, S. 225–400, hier: S. 233 und passim. Zur DDR vgl. Jan Palmowski, Die Erfindung der sozialistischen Nation. Heimat und Politik im DDR-Alltag, Berlin 2016; Sven Brajer/Johannes Schütz, Old Concepts in Changing Societies? Continuities and Transformation of Nationalism in East Germany, 1871–2019, in: Frank Jacob/Carsten Schapkow (Hrsg.), Nationalism in a Transnational Age. Irrational Fears and the Strategic Abuse of Nationalist Pride, Berlin/Boston 2021, S. 41–68.

28 Valérie Dubslaff, »Deutschland ist auch Frauensache«. NPD-Frauen im Kampf für Volk und Familie 1964–2020 (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 131), De Gruyter Oldenbourg, Berlin/München etc. 2021, IX + 395 S., geb., 59,95 €. Zur anderen, gerade wegen ihrer Kurzlebigkeit in der frühen Nachkriegszeit (1945–1950) nicht minder interessanten »nationaldemokratischen« Rechtspartei vgl. Horst W. Schmollinger, Die Nationaldemokratische Partei [NDP], in: Richard Stöss (Hrsg.), Parteien-Handbuch. Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland 1945–1980, Opladen 1986, S. 1892–1921.

tiert und einschlägige Periodika systematisch ausgewertet. Entstanden ist eine Geschichte der NPD, die diese gesellschaftlich kontextualisiert, also in Beziehung setzt zu den Handlungen anderer zeitgenössischer (partei-)politischer Akteur*innen und größerer Entwicklungen in der Bundesrepublik. Geschlecht soll dabei als Analysekategorie dienen, um das Verhältnis der Partei zur Demokratie differenzierter zu betrachten. Diesen innovativen Ansatz hält sie leider nicht immer durch: Neben pointierten Analysen vergeschlechtlicher Praktiken und Machtverhältnisse in der Partei stehen nicht wenige eher deskriptive Passagen, bei deren Lektüre nicht immer deutlich wird, welchen Erkenntnisgewinn das Geschlecht der untersuchten Akteurinnen jeweils mit sich bringt. Auch werden durch die chronologische Gliederung der Arbeit, da diese sich an den Zäsuren der Parteigeschichte ausrichtet, spezifische Aspekte weiblicher Organisation und Wandlungsprozesse teilweise im Buch verstreut. Zumindest Ersteres dürfte allerdings auch der schwierigen Quellenlage geschuldet sein, die die Studie zwangsläufig auf die wenigen Frauen beschränkte, die in einer Position waren, in der sie Spuren im überlieferten Material hinterließen.

Sowohl über die Handlungs- als auch die Wirkungsmacht deutscher Rechter gibt Dubslaffs Untersuchung vielfach Aufschluss. Die Agency der Frauen innerhalb der NPD ist dabei explizites Erkenntnisinteresse der Studie, während Einordnungen zur gesellschaftlichen Wirkungsmacht der NPD eher zwischen den Zeilen zu suchen sind. Dubslaff zeigt, dass Frauen innerhalb der Partei systematisch von Führungspositionen ferngehalten, vornehmlich für Sekretariatsaufgaben eingesetzt und thematisch auf angeblich geschlechterspezifische Themen wie Frauen- und Familien- sowie Kulturpolitik beschränkt wurden. So ergibt sich die Besonderheit eines »weiblichen Rechtsextremismus« (S. 359) für Dubslaff auch nicht aus einem biologistischen Essenzialismus, sondern aus den sozialstrukturellen und politischen Bedingungen des Engagements in der Partei. Impulse für ihre Arbeit bezogen die Frauen nicht nur aus der Rechten. Obwohl sie die autonome Frauenbewegung ablehnten, griffen sie deren Protest- und Organisationsformen auf. Versuchten die in den 1960er-Jahren noch top-down-organisierten Frauen in den Strukturen der NPD zu wirken, dezentralisierten sie ihre Arbeit in den 1970er-Jahren zumindest zeitweise und schufen reine Frauenräume. Sie konnten in dieser Zeit erstmals größere Wirkmacht in der NPD entfalten und Interesse für ihre Themen bei den männlichen »Kameraden« wecken – die Bewegung von Frauen auch anderer politischer Lager hatte also einen Effekt, der ebenso auf die Rechte ausstrahlte. Die separaten Frauengruppen lösten sich bald von Formaten, die darauf fokussierten, politische Probleme »unter sich« zu besprechen, und gingen zu Aktivitäten wie Familienausflügen und geselligen Treffen über, bevor sie sich um 1980 auflösten – eine Entwicklung, die Dubslaff als Verlust ihres politischen Anspruchs beschreibt. Künftige Studien könnten untersuchen, inwiefern diese weiblichen Räume, die sich stark von den Vergemeinschaftungsformen der männlichen Parteikameraden unterschieden, vor dem Hintergrund von Frauenbewegungen umzudeuten wären, die gerade das Private zum Politischen erklärten. Anhand öffentlicher Aktionen kann Dubslaff den Wandel gegenderter Praktiken im Untersuchungszeitraum zeigen. Zum Beispiel brachten sich die NPD-Frauen wegen des offensiven und körperlichen Charakters nicht in die Demonstrationen der »Aktion Widerstand« ein, sondern agierten als

»ideologische Multiplikatorinnen« bevorzugt über die Organisation von Veranstaltungen und das Erstellen und Verteilen von Schriften (S. 154 f.). Die Entstehung der Skingirls in den 1990er-Jahren zeigt jenseits der früheren Existenz einzelner »viril« auftretender Frauen in der Ästhetik einen Wandel von Geschlechterrollen in der Rechten, der für die Frauen auf der Handlungsebene neue Möglichkeiten schuf, wie etwa den Einsatz von körperlicher Gewalt oder den öffentlichen übermäßigen Genuss von Alkohol. In der Beurteilung der Wirkmacht der Frauen in der NPD schwankt Dubslaff in ihrem Urteil. Laut Titel sei der Nationalismus schon immer »auch Frauensache« gewesen, doch zeigt die Arbeit zugleich, dass die weiblichen NPD-Mitglieder in der Partei systematisch in ihrem Einfluss beschränkt wurden. In der Mobilisierung der Wähler*innen waren sie – wie die NPD insgesamt – in ihren Handlungsmöglichkeiten eingeschränkt. Mit Blick auf aktuell populäre weibliche Führungsfiguren rechter Parteien wie Marine Le Pen, Giorgia Meloni, aber auch Frauke Petry und Alice Weidel, steht die Frage im Raum, ob es nicht auch die Marginalisierung von Frauen war, die die Agency und damit auch Legacy der NPD schmälerte.

Während in den Sozialwissenschaften in den letzten Jahrzehnten vielseitig, aber fachbedingt gegenwartsbezogen zu Geschlecht und extremer Rechter geforscht wurde, ist das Gros der historisch angelegten Studien zur Rechten der Bundesrepublik eher geschlechtsblind.²⁹ Vergleichsweise jung sind Studien, die Männlichkeiten in den Blick nehmen.³⁰ Impulse gehen seit 2000 vom »Forschungsnetzwerk Frauen und Rechtsextremismus« aus, einem Zusammenschluss interdisziplinärer Expertinnen aus Wissenschaft und Praxis. Wie gewinnbringend der Zugriff über die Analysekategorie Geschlecht ist, zeigen nicht nur die Ergebnisse, sondern gerade auch die neuen Fragen, die der geschlechtergeschichtliche Blick aufwirft. Interessant ist in dieser Hinsicht etwa Dubslaffs Befund, dass die Partei für viele Frauen nur eine von vielen Stationen einer nationalistischen Biografie war – zu unattraktiv stellte sich für einen Großteil rechter Frauen die Parteiarbeit dar. Sie engagierten sich in einer Reihe von Vorfeldorganisationen, die gleichwohl mit der NPD verbunden waren, indem sie ihre Inhalte verstärkten und als Multiplikatorinnen dienten. Ebenso bemerkenswert sind die familiären Netzwerke: Auffällig viele der NPD-Frauen hatten einen Ehemann, der ebenfalls in der Partei aktiv war, und lernten dort teils neue zukünftige Ehepartner kennen. Untersuchenswert

29 Vgl. etwa *Ursula Birsl* (Hrsg.), *Rechtsextremismus und Gender*, Opladen 2011, und *Renate Bitzan*, *Selbstbilder rechter Frauen. Zwischen Antisexismus und völkischem Denken*, Tübingen 2000. Historische Forschung zu Nationalismus und Geschlecht existiert sowohl für die Zeit des Nazismus als auch zum Kaiserreich und der Weimarer Republik. Vgl. etwa *Claudia Koonz*, *Mütter im Vaterland. Frauen im Dritten Reich*, Reinbek 1994; *Karen Hagemann/Stefanie Schüler-Springorum* (Hrsg.), *Heimat-Front. Militär und Geschlechterverhältnisse im Zeitalter der Weltkriege*, Frankfurt am Main 2002; *Raffael Scheck*, *Mothers of the Nation. Right-Wing Women in Weimar Germany*, Oxford 2004; *Elissa Mailänder Koslov*, *Gewalt im Dienstalltag. Die SS-Aufseherinnen des Konzentrations- und Vernichtungslagers Majdanek 1942–1944*, Hamburg 2009, sowie den Klassiker von *George L. Mosse*, *Nationalismus und Sexualität. Bürgerliche Moral und sexuelle Normen*, München/Wien 1985.

30 *Susanne Kaiser*, *Politische Männlichkeit. Wie Incels, Fundamentalisten und Autoritäre für das Patriarchat mobilmachen*, Berlin 2020; *Robert Claus/Esther Lehnert/Yves Müller* (Hrsg.), »Was ein rechter Mann ist...«. *Männlichkeiten im Rechtsextremismus*, Berlin 2011.

wäre etwa, inwiefern Frauen spezifische Geschlechterrollen, die ihnen führende Parteipositionen zumeist verwehrten, eigensinnig nutzten, um auf anderen Wegen, etwa Heiratspolitik, Einfluss zu gewinnen. Verorten lässt sich Dubsaffs Studie aber auch in den Forschungen, die sich – wie das Buch des Publizisten Thomas Wagner über »1968 und die Neuen Rechten« und das des Politikwissenschaftlers Christoph Schulze über die »Autonomen Nationalisten« – für die Aneignung ursprünglich als links geltender Praktiken durch deutsche Nationalist*innen interessieren.³¹ Ein Desiderat wäre hier eine Geschichte der rechten Anti-68er in der Bundesrepublik und anderen westlichen Ländern, wo es sie ebenfalls gab.³²

Das Beispiel des Hamburger Politanwalts und Multiaktivisten Jürgen Rieger (1946–2009) zeigt, dass schon einzelne Nationalisten über Handlungsmacht verfügten, wenn sie sich ständig neu organisierten und vernetzten. Die Studie, die der Politologe Christoph Schulze ihm gewidmet hat, ist keine klassische Biografie, sondern nähert sich ihrem Gegenstand in zehn systematischen Kapiteln und einem Dokumentenanhang.³³ Neben veröffentlichtem Material hat er unter anderem Bestände im »Archiv der deutschen Jugendbewegung« im hessischen Witzenhausen, im »antifaschistischen pressearchiv und bildungszentrum berlin« (apabiz) und im Niedersächsischen Landesarchiv ausgewertet. Nach einer Skizze von Riegers »Lebensstationen« zeichnet Schulze die »Politisierung« des Gymnasiasten nach, die nach Selbstauskunft im Einklang mit seinem Vater und Bruder mit der Lektüre von Schriften des »Rasseforschers« und Naziideologen Hans F. K. Günther sowie mit Aktivitäten für die irredentistische »Aktion Oder-Neiße« einsetzte. Es folgen Kapitel über Riegers Rassismus, der vielfach an »Rasse-Günther« anknüpft, und die von ihm begründete »Rassen-Religion« mit extrem judenfeindlichem Gehalt. Sodann wird Rieger als »Gewalt- und Straftäter« porträtiert, den ein »Vernichtungsantemitismus« (S. 72) antrieb, als politischer »Rechtsanwalt«, der Gleichgesinnte vor Gericht verteidigte, als »Bewegungsförderer«, der dank seiner »wohlhabenden Familie« über ein »beträchtliches Vermögen« (S. 91) verfügte, das er oftmals politisch investierte, sowie als »Organisator und Mittler«, der sich nach außen hin konfrontativ, nach innen durchaus integrativ verhielt. Die letzten Kapitel behandeln Riegers kompliziertes Verhältnis zur NPD und sein »Nachleben« in der organisierten Rechten.

Zeitgeschichtlich ist Rieger interessant, weil er die mannigfaltige »Kontinuität des Rechtsextremismus« (S. 9) von der Bonner zur Berliner Republik repräsentiert und zugleich illustriert, wie verschränkt hier die »Vorgeschichte der Gegenwart«

31 Thomas Wagner, *Die Angstmacher. 1968 und die Neuen Rechten*, Berlin 2017; Christoph Schulze, *Etikettenschwindel. Die Autonomen Nationalisten zwischen Pop und Antimoderne*, Baden-Baden 2017. Zum konservativen Flügel, den anderen 68ern vgl. außerdem Anna von der Goltz, *The Other '68ers. Student Protest and Christian Democracy in West Germany*, Oxford 2021.

32 Vgl. zu den USA und Frankreich insbesondere Rebecca E. Klatch, *A Generation Divided. The New Left, the New Right, and the 1960s*, Berkeley/Los Angeles etc. 1999, und Mathieu Dubois, *Génération politique. Les »années 68« dans les jeunesses des partis politiques en France et en RFA*, Paris 2014.

33 Christoph Schulze, *Rassismus in nationalsozialistischer Tradition. Der Neonazi Jürgen Rieger (1946–2009)* (ZeitgeschichteN, Bd. 23), Metropol-Verlag, Berlin 2020, 144 S., brosch., 16,00 €. Vom selben Autor vgl. auch *ders.*, *Rechtsextremismus. Gestalt und Geschichte*, S. Marix Verlag, Wiesbaden 2021, 223 S., geb., 20,00 €.

stets mit der »Nachgeschichte des Nationalsozialismus« ist.³⁴ Rieger agierte sowohl als ein rechter Vordenker, der Programmatiken aus der Zeit der Weimarer Republik und des Naziregimes an die neue Situation anpasste, als auch als rechter Pionier, der neue Handlungsräume zu erschließen versuchte und in ihnen ausprobierte, wie das Gedachte umgesetzt werden konnte. Er tat dies in unzähligen Organisationen, deren Spannbreite von den »CSU-Freundeskreisen« (!) über die »Nationalistische Front« (NF) bis hin zu den »Jungen Nationaldemokraten« und der NPD reicht. Mit der »Artgemeinschaft« schuf er sogar eine heidnische Pseudoreligion, eine ganz auf Rassedenken bezogene »Glaubens-Gemeinschaft«, der er von 1989 bis zu seinem Tod vorstand. Rieger nahm an Zusammenkünften rechter Netzwerke teil, darunter insbesondere die »Göttinger Runde«, die »Sababurg Runde«, die »Lippoldsberger Dichtertage« und die »Hetendorfer Tagungswochen«, wobei er letztere maßgeblich organisierte. Er war für unzählige Publikationen verantwortlich, die sich mit Rassismus und Religiosität beschäftigten, aber auch mit Nationalismus und Negationismus sowie mit der ganz konkreten Frage, wie sich »Patrioten und nationale Aktivisten« (S. 103) in einer ihnen feindlichen Demokratie verhalten sollten. Auf lange Sicht trugen derlei Tätigkeiten dazu bei, die Handlungsmacht der Rechten zu erweitern. Wirkmacht über den organisierten Nationalismus hinaus entfaltete Rieger möglicherweise vor allem durch seine Gewalttaten: Die Aktivisten und Journalisten etwa, die er tätlich angriff, mochten auf diese Weise eingeschüchtert oder im Gegenteil in ihrem Engagement bestätigt worden sein. Sicher ist, dass seine Aktivitäten in einer kleinen nationalistischen Avantgarde auf lange Sicht dazu beitrugen, den Handlungsspielraum der integralen Rechten zu erhöhen. Rieger erschloss neue Pfade, die erst heute, Jahre nach seinem Tod, von vielen genutzt werden. So wirkte er unter anderem daran mit, Immigration zu einem rechten Kampagnenthema zu machen, und sprach früh vom »Volkstod« durch Bevölkerungsaustausch. In den Strukturen, die er schuf, bewegten sich Zschäpe und andere Nazis nachfolgender Kohorten. Symbole der »Artgemeinschaft« finden sich – markenrechtlich geschützt – auf Thor-Steinar-Produkten wieder.

Schulze arbeitet überzeugend heraus, wie Rieger als »militanter Neonazi und fanatischer Rassist« (S. 7) einen »Rassismus in nationalsozialistischer Tradition« zugleich weiterdachte und praktizierte. Etwas in den Hintergrund rückt dabei, dass Rieger sein politisches Handeln als das eines Nationalisten verstand, eines »nationalen Deutschen« und »Patrioten«, der Wert darauf legte, dass sein Rassedenken das Nationale nicht infrage stellte, sondern stärkte. Im Vorwort zu seiner programmatischen Schrift »Sittengesetze unserer Art« heißt es: »Auch für Sittengesetze gilt das Wort Friedrichs des Großen: »Die Gesetze müssen zum Geist der Nation passen, oder man darf nicht auf ihre Dauer hoffen.««³⁵ Sehr deutlich wird bei der Lektüre hingegen, wie lohnend es sein kann, das Handeln und Wirken einzelner gut vernetzter Rechter als Analysesonde in den organisierten Nationalismus im

34 Yves Müller, »Normalfall« Neonazi – Oder: Gibt es eine zeithistorische Rechtsextremismus-Forschung?, in: Zeitgeschichte-online, Oktober 2019, URL: <<https://zeitgeschichte-online.de/themen/normalfall-neonazi-oder-gibt-es-eine-zeithistorische-rechtsextremismus-forschung>> [21.2.2023].

35 Jürgen Rieger, Sittengesetze unserer Art, Hamburg 2003, S. 15.

Nachkriegsdeutschland zu nutzen.³⁶ Die Studie kann hier in einer Biografik verortet werden, für die Ulrich Herberts bekannte Best-Biografie steht, aber auch neuere Arbeiten zu Friedrich Grimm und Werner Naumann³⁷ – alle Nazis, die ihrem Nazismus auch nach 1945 treu blieben und ihn zugleich an die neue Situation anpassten. Auch der Beitrag von Katharina Trittel über Hans-Michael Fiedler in diesem Band ist hier zu nennen. Zu diskutieren wäre vor diesem Hintergrund, warum man Rechte wie Rieger oder später Zschäpe weiter »Neonazis« nennt und sie von »Altnazis« wie Werner Best unterscheidet, also eine in der Nachkriegszeit noch Sinn ergebende Begrifflichkeit auch nach mehreren Generationen immer weiter verwendet. Sinnvoller erscheint es, den – in der politischen Debatte viel zu oft verwendeten – Begriff »Nazi« schlicht auf diesen in der Tradition des Nazismus stehenden Personenkreis zu beschränken. Bei anderen politischen Gruppen verzichtet man schließlich auch auf das Präfix »Neo«. Ähnliches gilt für die in der Forschung bisweilen übernommene Unterscheidung zwischen der »Erlebnisgeneration« derjenigen Rechten, die das Naziregime aus persönlicher Anschauung kannten, und der »Bekennntnisgeneration« der Nachgeborenen. Abgesehen davon, dass Generationserzählungen leicht nationalistische Einseitigkeiten reproduzieren, indem sie die Perspektive von Frauen, Linken und Eingewanderten ausblenden³⁸, führen diese Begriffe den Nationalismus nach 1945 auf die Tradition des Nazismus eng und versperren mitunter den Blick auf längere Linien wie auch auf die vielen Metamorphosen des Nationalismus in der Demokratie. Eine breite Rezeption ist Schulzes Studie nicht nur wegen der Fülle an Informationen zu wünschen, die sie zu Rieger und seinen Netzwerken enthält, sondern auch, weil sie neue Forschungsfelder aufzeigt, deren Bearbeitung lohnend erscheint. Zum Beispiel erfährt man, dass Rieger als »Jazz-Fan« (S. 13) nach dem Abitur in die USA reiste – und möchte erfahren, was er von dort mitbrachte. Der Umstand schließlich, dass er von 1978 bis 1996 im Vorstand des »Blankeneser Grundeigentümer-Vereins« saß (S. 93), wirft

36 Vgl. auch die vom Argument-Verlag herausgegebene Reihe »Gestalten der Faschisierung«, die sich bisher mit Peter Sloterdijk, Sahra Wagenknecht und Björn Höcke befasst hat, sowie die biografischen Porträts in *Ralf Fücks/Christoph Becker* (Hrsg.), *Das alte Denken der Neuen Rechten. Die langen Linien der antiliberalen Revolte*, Wochenschau-Verlag, Frankfurt am Main 2020, 287 S., brosch., 19,90 €.

37 *Ulrich Herbert*, Best. Biographische Studien über Radikalismus, Weltanschauung und Vernunft 1903–1989, Bonn 1996; *Dominik Rigoll*, Internationalismus von rechts. »Deutsch-französische Versöhnung« unter nationalistischen Vorzeichen am Beispiel von Friedrich Grimm (1888–1959), in: *Anne Couderc/Corine Defrance/Ulrich Pfeil* (Hrsg.), *La réconciliation/Versöhnung. Histoire d'un concept entre oubli et mémoire/Geschichte eines Begriffs zwischen Vergessen und Erinnern*, Brüssel 2022, S. 241–261; *Günter J. Trittel*, »Man kann ein Ideal nicht verraten...«, Werner Naumann – NS-Ideologie und politische Praxis in der frühen Bundesrepublik, Göttingen 2013. Aus nationalistischer Perspektive vgl. ferner *Werner Bräuninger*, Kühnen. Portrait einer deutschen Karriere. Die Biographie, Gerhard Hess Verlag, Bad Schussenried 2016, 718 S., brosch., 39,80 €. Erst nach Redaktionsschluss erreichte uns der als E-Book frei zugängliche Sammelband von *Gideon Botsch/Christoph Kopke/Karsten Wilke* (Hrsg.), *Rechtsextrem: Biografien nach 1945*, Berlin/München etc. 2023.

38 Zur nationalistischen Dimension des Generationsbegriffs vgl. auch *Rigoll*, *Public History* von links nach rechts, sowie *Christina Benninghaus*, Das Geschlecht der Generation. Zum Zusammenhang von Generationalität und Männlichkeit um 1930, in: *Ulrike Jureit/Michael Wildt* (Hrsg.), *Generationen. Zur Relevanz eines wissenschaftlichen Grundbegriffs*, Hamburg 2005, S. 127–158.

ein Schlaglicht auf die soziale Integration dieser politisch hochgradig organisierten Rechten.

Ein gutes Beispiel dafür, wie deutsche Nationalist*innen ihre Handlungs- und Wirkungsmacht immens erweitern konnten, wenn sie sich international vernetzten und Allianzen jenseits der organisierten Rechten schmiedeten, liefert die Historikerin Stéphanie Courouble Share in ihrer Studie zum Negationismus als »Geschichte eines internationalen Netzwerks«.³⁹ Wie vor ihr schon die Historikerin Elke Mayer, deren Doktorarbeit über die »Entstehung der Holocaust-Leugnung in der Bundesrepublik« jedoch wenig zitiert wird⁴⁰, setzt Courouble Share mit den Okkultations- und Negationspraktiken des Naziregimes ein – von der Nutzung einer codierten Sprache (»Endlösung«, »Sonderbehandlung«) über die systematische Zerstörung von Beweismitteln bis hin zu Desinformationspropaganda. Zur Verdunkelung und Leugnung ihrer Verbrechen zerstörten die Nazis so viele Beweise für den Völkermord an den jüdischen Europäer*innen und zeichneten die Gegner des »Dritten Reiches« – besonders die Jüdinnen und Juden – als die eigentlichen Verbrecher*innen. Negationismus ging hier mit einem Konspirationismus einher, der die eigenen verbrecherischen Handlungen oder Planungen (»Weltherrschaft«!) auf die Jüdinnen und Juden projizierte. Die ideellen, materiellen und personellen Grundlagen der späteren Holocaust-Leugnung wurden also schon vor 1945 geschaffen, nach der durch die Anti-Hitler-Allianz herbeigeführten Kriegswende. Personell deshalb, weil die Angehörigen der europäischen Kerntruppe des Negationismus bereits in der Nazidiktatur als Propagandisten aktiv waren: Courouble Share konzentriert sich auf den Franzosen Maurice Bardèche, zur Gruppe zählten aber auch der Brite Oswald Mosley und der Deutsche Friedrich Grimm. Das Buch endet mit einer Skizze des organisierten und integrierten Negationismus im ersten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts, das von einem Netzwerk ganz anderer Art geprägt ist: dem Internet.

Courouble Share will verstehen, wie Leugner*innen der Shoah »in die Öffentlichkeit verschiedener Demokratien eindringen und wie die Reaktionen – politisch, staatlich, rechtlich, assoziativ, medial, intellektuell – auf das Phänomen ausfielen« (S. 31). Ohne die beiden Begriffe zu nutzen, fragt also auch sie nach der Agency und Legacy des Negationismus. Um die Frage zu beantworten, hat sie vor allem negationistische Publikationen und Veröffentlichungen über diese ausgewertet. Sie referiert aber auch die reale Dokumentation und Erforschung von Naziverbrechen – vorangetrieben ab 1933 von Pionieren wie Alfred Wiener, Isaac Schneersohn, Franz Neumann, Ernst Fraenkel, Eugen Kogon, David Rousset, Léon Poliakov, Gerald Reitlinger und Raul Hilberg. Deutsche Nationalisten spielen in der globalen Verflechtungsgeschichte, die sich um das organisierte Anzweifeln dieser Forschungen und die Diskreditierung der Forschenden entspannt, eine Schlüsselrolle. Auf die Verbrechensvertuschung im Krieg folgte in den 1945er-Jahren die hunderttausendfach artikuliert Lüge vor Gericht oder bei der Entnazifizierung, nichts von dem gewusst zu haben, was allein Heinrich Himmler in den Konzentrationslagern

39 Stéphanie Courouble Share, *Les idées fausses ne meurent jamais... Le négationnisme, histoire d'un réseau international*, Editions Le Bord de l'eau, Lormont 2021, 530 S., brosch., 26,00 €.

40 Elke Mayer, *Verfälschte Vergangenheit. Zur Entstehung der Holocaust-Leugnung in der Bundesrepublik Deutschland unter besonderer Berücksichtigung rechtsextremer Publizistik von 1945 bis 1970*, Frankfurt am Main/Berlin etc. 2003.

verantwortet habe. In den 1950er-Jahren waren westdeutsche Zeitschriften wie »Nation Europa« und »Die Europäische Nationale«, aber auch das in Argentinien erscheinende Naziexilanten-Blatt »Der Weg«, wichtige Foren, in denen Propagandapublizisten die Zahl der jüdischen Opfer anzweifeln und die Nazi-Propaganda restaurierten, »die Juden« hätten Deutschland 1939 den Krieg erklärt. Deutsche Rechte frischten auch ihre aus der Nazizeit stammenden Kontakte mit arabischen Nationalisten auf, die sich ebenfalls für antijüdische Propaganda interessierten, sowie mit US-amerikanischen Rechten, etwa um das Verbot von Schriften in der Bundesrepublik zu umgehen. »The Big Swindle of the Six Million« von Heinrich Malz und Karl Heinrich Peter erschien 1954 in den USA und wurde dort von dem Historiker Harry Barnes rezipiert, der eine von der Linken her kommende Negationismus-Variante begründete. Barnes bestärkte auch den Harvard-Historiker David Hoggan darin, eine Studie über die Kriegsschuld der Alliierten zu schreiben. In den 1960er-Jahren tourte Hoggan mit seinen Thesen durch die Bundesrepublik, wurde vom rechten Grabert-Verlag verlegt und bekannte im SPIEGEL, er sei »ein amerikanischer Nationalist, der sich auch in Deutschland unter Nationalisten am wohlsten« fühle (S. 119).⁴¹ In den 1970er-Jahren brachte eine »deutsche Offensive« (S. 179) erstmals die glatte Leugnung des Judenmords. In den 1980er-Jahren übernahmen westdeutsche Ordinarien wie Hellmut Diwald und Ernst Nolte teilweise die negationistischen Thesen und warben für Verständnis für die »Revisionisten«, allerdings ohne Erfolg. In den USA setzte sich der linke Linguist Norman Chomsky für das Recht des französischen Holocaust-Leugners Robert Faurisson auf freie Meinungsäußerung ein – obwohl dessen Thesen falsch seien. Zustimmend zitiert wurden die Publikationen Faurissons von dem palästinensischen Sozialisten Mahmoud Abbas, der 1982 in Moskau eine Doktorarbeit über die »Zusammenhänge zwischen Zionismus und Nazismus« abschloss. Seit den 1990er-Jahren half nicht nur das Internet dabei, negationistische Propaganda in Teilen der Welt zu verbreiten, die kaum in die Shoah involviert gewesen waren, sondern auch der Islamismus.

Courouble Share rekonstruiert auf globaler Ebene, was Mayer am Beispiel des deutschen Negationismus ebenfalls gezeigt hat, nämlich dass die im Krieg einsetzenden transnationalen Negationsschübe aufeinander aufbauten und daher auf längere Sicht eine erstaunliche Handlungs- und Wirkungsmacht entfalten konnten, trotz der vergleichsweise kleinen Zahl organisierter Shoah-Leugner*innen. Ein vergleichbares Phänomen hat der Historiker Gavriel D. Rosenfeld in den Blick genommen, namentlich, wie der Topos vom »Vierten Reich« nach 1945 nicht nur in Nazi-Kreisen überlebte, sondern auch bei Gegner*innen und in der Popkultur, sodass es auf dieser Grundlage seit den 1970er-Jahren zu einer Restauration des Reichsgedankens kommen konnte. Letztere wurde nicht nur von »Reichsbürgern« und Aktivisten wie Michael Kühnen vorangetrieben, sondern auch von Rechtsintellektuellen wie dem Historiker Hans-Dietrich Sander, der 1980 sein Buch »Der nationale Imperativ« veröffentlichte.⁴² Auch die von Nicolas Lebourg vorgelegte Studie über die Reorganisation nazistischer Strukturen vor allem in Frankreich und den USA, aber

41 Rückübersetzung aus dem Französischen nach: o. V., Einfach schön, in: Der SPIEGEL, 12.5.1964.

42 Gavriel D. Rosenfeld, *The Fourth Reich. The Specter of Nazism from World War II to the Present*, Cambridge 2019. Hans-Dietrich Sander, *Der nationale Imperativ. Ideengänge und Werkstücke zur Wiederherstellung Deutschlands*, Krefeld 1980.

auch in Australien, Neuseeland, Südafrika und islamischen Ländern ist zu nennen. Der Historiker rekonstruiert die Zusammenarbeit zwischen alten und jungen Nazis, die sich zunächst auf die Suche nach einem europäischen Nationalismus, später dann nach einem »universellen Nazismus« (Roger Griffin) begaben, die beide dem historischen Nazismus als zeitgemäßes Substitut dienen sollten. Er zeichnet nach, wie sich der Nazi-Rassismus zu einer Ideologie entwickelte, die sich den Schutz der »Weißen« auf die Fahnen schreibt und heute vor allem außerhalb Deutschlands eine weite Verbreitung findet.⁴³ Überhaupt wäre zu prüfen, ob das Phänomen, das gegenwärtig als »weißer Nationalismus« historisiert und auch in seiner globalen Vernetzung untersucht wird⁴⁴, nicht eine der handlungs- und wirkungsmächtigen aktuellen Verkörperungen des Nazismus darstellt. Auch die Klärung der Frage, inwiefern der Antiislamismus als neuer Orientalismus den Antislawismus, Antisemitismus und Antikommunismus ablöst oder flankiert, ist ein Desiderat. In »Vernetzte Islamfeindlichkeit« hat der Religionswissenschaftler Oliver Wäckerlig gezeigt, dass heutige antiislamistische Netzwerke zum Teil aus antikommunistischen heraus entstanden.⁴⁵ Vor diesem Hintergrund wäre jedenfalls nicht nur dem Buch von Courrouble Share, sondern auch den Werken von Nicolas Lebourg und Gavriel D. Rosenfeld eine breitere Rezeption in Deutschland zu wünschen. Umgekehrt erscheint es angesichts aktueller Debatten um Fake News, Corona und Klimawandel sinnvoll, die Negation des Holocaust mit anderen Formen der Propaganda einerseits und der Wissenschaftsleugnung andererseits ins Verhältnis zu setzen, agier(t)en doch auch die Negationist*innen stets als Propagandist*innen und »Merchants of Doubt«.⁴⁶

Nicht ganz so spektakulär, aber nicht minder bedeutend für die Entwicklung der deutschen Rechten im geteilten und vereinigten Deutschland, ist das Thema von Martin G. Maiers ideengeschichtlicher Dissertation »Der herausgeforderte Konservatismus«. Auf der Grundlage ausgewählter Bücher und Beiträge in sieben Zeitschriften (»Criticón«, »Konservativ heute«, »Zeitbühne«, »Die politische Meinung«, »HPI – Hochschulpolitische Informationen«, »Der Staat« und »Merkur«) untersucht der Politologe, wie konservative Intellektuelle zwischen 1968 und 1994 auf die Neue Linke und den »Marsch durch die Institutionen« reagierten (der freilich auf einige wenige Institutionen beschränkt blieb und etwa beim Militär und den Sicherheits-

43 Nicolas Lebourg, *Les nazis ont-ils survécu? Enquête sur les Internationales fascistes et les croisés de la race blanche*, Paris 2019. Zu den Rückwirkungen dieser internationalen Verflechtungen in die Bundesrepublik Deutschland vgl. auch Michelle Lynn Kahn, *The American Influence on German Neo-Nazism. An Entangled History of Hate, 1970s–1990s*, in: *The Journal of Holocaust Research* 35, 2021, S. 91–105.

44 Daniel Geary/Camilla Schofield/Jennifer Sutton (Hrsg.), *Global White Nationalism. From Apartheid to Trump*, Manchester 2020.

45 Oliver Wäckerlig, *Vernetzte Islamfeindlichkeit. Die transatlantische Bewegung gegen »Islamisierung«*. Events – Organisationen – Medien, Bielefeld 2019. Vgl. auch Marc Thörner, *Rechtspopulismus und Dschihad. Berichte von einer unheimlichen Allianz*, Edition Nautilus, Hamburg 2021, 177 S., brosch., 16,00 €.

46 Naomi Oreskes/Erik M. Conway, *Merchants of Doubt. How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*, New York/Berlin etc. 2010. Ferner die Beiträge in Dominik Rigoll (Hrsg.), *Die Macht der Information. Politische Konflikte um sensible Akten im internationalen Vergleich, Debatten-Schwerpunkt in: Zeithistorische Forschungen* 10, 2013, S. 111–147, sowie Nils-Christian Kumkar, *Alternative Fakten. Zur Praxis der kommunikativen Erkenntnisverweigerung*, Berlin 2022.

behörden schlicht ausblieb).⁴⁷ Maier unterscheidet zwischen »Liberkonservatismus«, dem er auch »konservative« (S. 261) Sozialdemokraten wie Richard Löwenthal zuordnet, »Klerikalkonservatismus«, der im Untersuchungszeitraum marginal blieb, und einem »neurechten Konservatismus«, den man wohl auch als Nationalkonservatismus bezeichnen könnte – jedenfalls spricht Maier von einer »nationalen, aber nicht faschistischen Rechten« (S. 683). Zudem springt die besondere Bedeutung ins Auge, die neurechte Vordenker wie Armin Mohler und Caspar von Schrenck-Notzing dem Nationalen beimaßen. Manche der konservativen Intellektuellen schrieben »gegen die Demokratie« an – manche nur »gegen die Demokratisierung« als zentrale Forderung der 68er-Linken (S. 71–75). Die politisch-intellektuellen Konflikte, die Maier untersucht, betreffen die Bildungspolitik (hier protestierte der »Bund Freiheit der Wissenschaft« gegen sozialdemokratische Schulreformen), Sozialpolitik (hier wurde vor einer »Anspruchsinflation« gewarnt; S. 297), innere Sicherheitspolitik (Streitpunkte: »Radikalerlass« und RAF), äußere Sicherheitspolitik (vor allem Nachrüstung und Friedensbewegung), Vergangenheitspolitik (unter anderem beim Historikerstreit) sowie das Verhältnis von Konservatismus und sogenannter Neuer Rechter »auf dem Weg in die Berliner Republik« (S. 617).

In Bezug auf die spezifischen Handlungen rechter Intellektueller bietet Maiers Werk, das über 700 Textseiten umfasst, aber keinen Personenindex, ebenfalls viel Anschauungsmaterial. Regelmäßig agieren nicht nur liberalkonservative, sondern auch nationalkonservative Intellektuelle als Stichwortgeber. Sie entfalten ihre Handlungsmacht als intellektuelle Avantgarde. Ein Beispiel von vielen ist hier der nationalistische Revisionismus, den Maier unter anderem anhand von »Ernst Noltes Flirt mit dem Negationismus« untersucht (S. 574–580). Deutlicher herausgearbeitet hätte werden können, dass rechte Intellektuelle bisweilen auch wissenschaftlich verbrämte Verschwörungsmymen produzierten, wie etwa Helmut Schelsky in seinem 1971 zuerst in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschienenen Essay zur »Systemüberwindung« von links, der bis in den rechten Flügel der sozial-liberalen Koalition hinein auf viel Zuspruch stieß.⁴⁸ Mit Blick auf die Frage nach der Wirkungsmacht der deutschen Rechten nach 1945 trägt Maier nicht nur »Diskursfragmente einer Rechtsverschiebung« (S. 629) des intellektuellen Konservatismus durch Angehörige seines (mehr oder weniger) nationalistischen Flügels seit den 1980er-Jahren zusammen, sondern arbeitet auch die »Einflussgrenzen des neurechten Konservatismus« heraus. Uwe Backes etwa habe der Neuen Rechten nicht abgenommen, dass sie ohne die alten Feindbilder auskomme. Und Alexander Gauland empfahl Armin Mohler, er solle den Geschichtsrevisionismus einstellen, um die Deutschen in die Lage zu versetzen, »dieses Kapitel endgültig abzuschließen« (S. 676). Vom rechten Flügel der hessischen CDU aus konnte man die Neue Rechte um Mohler also auch deshalb kritisieren, weil ihr Gepolter beim stillschweigenden Schlussstrichziehen störte.

Maiers Buch lässt sich gut im Anschluss an die Dissertation von Darius Harwardt über »Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik«

47 Martin G. Maier, *Der herausgeforderte Konservatismus. Von 1968 bis zur Berliner Republik* (Hochschule, Bd. 12), BdWi-Verlag, Marburg 2019, 802 S., brosch., 34,00 €.

48 Vgl. Dominik Rigoll, *Staatsschutz in Westdeutschland. Von der Entnazifizierung zur Extremistenabwehr*, Göttingen 2013, S. 304–334.

und die Studie des Historikers Volker Weiß über die »Autoritäre Revolte« der sogenannten Neuen Rechten lesen. Weiß zeigt im Kapitel über »Armin Mohler – Die Erfindung einer Tradition«, wie es Mohler in der frühen Nachkriegszeit gelang, nationalistische Intellektuelle der Jahre 1918 bis 1945 als »konservative Revolutionäre« darzustellen, Bezeichnungen wie »Nazi« und »Konterrevolutionär« also durch »Konservativer« und »Revolutionär« zu ersetzen.⁴⁹ Dieses Phänomen eines kryptonationalistischen Pseudokonservatismus war nicht auf den deutschen Sprachraum beschränkt. In dem 1955 von dem amerikanischen Soziologen Daniel Bell herausgegebenen Sammelband »The Radical Right«, der übrigens eine wichtige Rolle bei der Etablierung des Rechtsradikalismusbegriffs in den Politik- und Sozialwissenschaften spielte, bezeichnet Bell den Ultraantikommunismus eines Joseph McCarthy als »neuen Nationalismus« (S. 46) und der Historiker Richard Hofstadter seziert den McCarthyismus als »pseudo-konservative Revolte« (Kap. 3). Hofstadter bezieht sich dabei explizit auf die Frankfurter Schule, die von »Pseudokonservativen« gesprochen hatte, die in Wirklichkeit »Reaktionäre« seien.⁵⁰ Vor diesem Hintergrund und angesichts der von Maier präsentierten Befunde zum Verhältnis von Konservatismus und Neuer Rechter erscheint es einigermaßen plausibel, dass der »radikalisierte Konservatismus«, den die Politikwissenschaftlerin Natascha Strobl in der Kurz-ÖVP und den US-Republikanern unter Donald Trump am Werk sieht, historisch betrachtet ein nationalisierter Konservatismus ist, also einer, der durch seine Allianz mit rechtspopulistischen oder rechtsextremen Kräften nationalistischer wurde als zuvor, also nach rechts rückte.⁵¹ Auch mit Blick auf das von Maier als klerikalkonservativ bezeichnete Spektrum erscheint es naheliegend, dass die »christliche Rechte«, zu der Lucius Teidelbaum ein lesenswertes Buch vorgelegt hat, nicht zuletzt nationalistische Christen sind, die nicht zufällig das Bündnis mit der AfD suchen, an deren Vorstand mit Beatrix von Storch eine der ihren sitzt.⁵² Ein Desiderat besteht zweifelsohne darin, auch in anderen Bereichen der Konservatismusgeschichte nach dem nationalkonservativen Element zu fragen: Wie viel Nationalismus steckte in der »Internationale der Konservativen«, die Johannes Großmann untersucht hat,

49 Volker Weiß, Die autoritäre Revolte. Die Neue Rechte und der Untergang des Abendlandes, Stuttgart 2017; Darius Harwardt, Verehrter Feind. Amerikabilder deutscher Rechtsintellektueller in der Bundesrepublik, Frankfurt am Main 2019.

50 Daniel Bell, The Radical Right. The New American Right, expanded and updated, New York 1963; Theodor W. Adorno, Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt am Main 1995, S. 205–219.

51 Natascha Strobl, Radikalisierte Konservatismus. Eine Analyse, Suhrkamp, Berlin 2021, 188 S., brosch., 16,00 €. Entsprechendes gilt für Constantin Gschler, Radikalkonservative Intellektuelle in der frühen Bundesrepublik, in: Erhard Schütz/Peter Uwe Hohendahl (Hrsg.), Solitäre und Netzwerker. Akteure des kulturpolitischen Konservatismus nach 1945 in den Westzonen Deutschlands, Essen 2009, S. 23–33.

52 Lucius Teidelbaum, Die christliche Rechte in Deutschland. Strukturen, Feindbilder, Allianzen (rechter rand, Bd. 18), Unrast-Verlag, Münster 2018, 95 S., brosch., 7,80 €. Vgl. außerdem Liane Bednarz, Die Angstprediger. Wie rechte Christen Gesellschaft und Kirchen unterwandern, München 2018. Vgl. auch Johann Hinrich Claussen/Martin Fritz/Andreas Kubik u. a., Christentum von rechts. Theologische Erkundungen und Kritik, Mohr Siebeck, Tübingen 2021, VI + 231 S., brosch., 19,00 €.

wie viel in den von Martina Steber erforschten »Sprachen der Konservativen«?⁵³ Und könnte es nicht sein, dass das »konservative Milieu«, dessen Auflösung im Nachkriegsdeutschland der Historiker Frank Bösch rekonstruiert hat, lediglich auf ein »nationales Milieu« geschrumpft ist, das seit 1990 wieder anwächst und konservative Elemente anzieht?⁵⁴ Für diese These spräche zum Beispiel, was seit einigen Jahren in Dresden-Loschwitz passiert, wo sich das konservative Bürgertum eines Uwe Tellkamp dem dort gut vernetzten Nationalismus annähert.⁵⁵

Ein anderes Phänomen, dessen Geschichte in der alten Bundesrepublik und der DDR an ein Ende gekommen zu sein schien, ist rechte Gewalt – jedenfalls kommt diese in den meisten Überblicksdarstellungen ebenso wenig vor wie ihre Opfer. Umso erfreulicher ist, dass sich das Memorium Nürnberger Prozesse des Themas angenommen hat und eine Ausstellung über »Rechtsterrorismus. Verschwörung und Selbstermächtigung – 1945 bis heute« zeigt.⁵⁶ Rechte Terroristinnen und Terroristen »verschwören sich mit Gleichgesinnten«, um »ein Klima der Angst zu erzeugen«, heißt es einleitend in dem auf Deutsch und Englisch verfassten Katalog, »oder ermächtigen sich selbst dazu und geben dabei vor, im Namen von ›Volk‹ und ›Rasse‹ zu handeln« (S. 25). Der Kunsthistoriker Thomas Eser, Direktor der Museen der Stadt Nürnberg, formuliert in seinem Grußwort gar, dass Rechtsterrorismus »als eine Verschwörung gegen die Menschheit begriffen werden« müsse: »Rechtsterroristen glauben, das »eigene Volk« müsse sich schützen, indem es vermeintliche »Eindringlinge« bekämpft und ermordet; sie wenden sich gegen den eigenen Staat und dessen Repräsentanten, weil sie sich von ihm verraten fühlen« (S. 11). Die zweite Besonderheit der Ausstellung besteht in dem großen Platz, den die Kurator*innen den 1945er-Jahren einräumen, wohingegen die bisherige Forschung meist mit den 1970er-Jahren einsetzt. Zudem gibt es einen Fokus auf Nürnberg, kontextualisierende Exkurse in andere Länder und einen Essay von Imanuel Baumann, der die rechte Gewalt der Bundesrepublik in der Geschichte der rechten Gewalt seit der Weimarer Republik verortet.

Ohne explizit gestellt zu werden, steht die Frage nach der Agency und Legacy rechter Gewalttäter*innen im Zentrum der Ausstellung, denn die Macher*innen sind sichtlich bemüht, neben den Täter*innen und ihren Taten auch die Betroffe-

53 Johannes Großmann, *Die Internationale der Konservativen. Transnationale Elitenzirkel und private Außenpolitik in Westeuropa seit 1945*, München 2014; Martina Steber, *Die Hüter der Begriffe. Politische Sprachen des Konservativen in Großbritannien und der Bundesrepublik Deutschland, 1945–1980*, Berlin 2017. Zum rechten Flügel des Konservatismus vgl. außerdem Helga Grebing, *Konservative gegen die Demokratie. Konservative Kritik an der Demokratie in der Bundesrepublik nach 1945*, Frankfurt am Main 1971; Kurt Lenk, *Rechts, wo die Mitte ist. Studien zur Ideologie. Rechtsextremismus, Nationalsozialismus, Konservatismus*, Baden-Baden 1994; Ludwig Elm, *Der deutsche Konservatismus nach Auschwitz. Von Adenauer und Strauß bis Merkel und Stoiber*, Köln 2007.

54 Frank Bösch, *Das konservative Milieu. Vereinskultur und lokale Sammlungspolitik in ost- und westdeutschen Regionen (1900–1960)*, Göttingen 2002. Eine Studie zum »nationalen Milieu« in den verschiedenen Regionen des besetzten, geteilten und vereinigten Deutschlands ist ein Desiderat.

55 Vgl. etwa Alexa Anders, *Rechte Annäherungen*, in: *Der rechte Rand*, Januar/Februar 2021.

56 Für die Museen der Stadt Nürnberg, hrsg. v. Imanuel Baumann, *Memorium Nürnberger Prozesse, Rechtsterrorismus – Verschwörung und Selbstermächtigung 1945 bis heute*, Michael Imhof Verlag, Petersberg 2022, 120 S., brosch., 19,95 €.

nen zu zeigen und wenn möglich zu Wort kommen zu lassen. Ihr Vorgehen ist dabei nicht chronologisch, sondern systematisch. Der erste Teil der Ausstellung »Revanchismus – die Rache der Unterlegenen« beschäftigt sich mit der nationalistischen Gewalt, die sich gegen die Alliierten richtete. Das Spektrum der Gewalttaten ist breit und reicht vom Bombenanschlag der sogenannten Gruppe »Odessa« auf den Sitz der amerikanischen Militärpolizei in Stuttgart 1946 über den fast tödlichen Anschlag eines Mitglieds der »Europäischen Befreiungsfront« auf den ukrainischen Wachsoldaten Iwan Iwanowitsch Schtscherbak am sowjetischen Ehrenmal in Westberlin 1970 bis hin zu den Bombenanschlägen von Angehörigen der »Hepp-Kexel-Gruppe« in den 1980er-Jahren. Ein Anschlag auf den Nürnberger Gerichtshof und die Befreiung von Rudolf Heß aus dem Kriegsverbrechergefängnis von Spandau waren zwar geplant, scheiterten aber, wobei Westmächte und Sowjets antinazistische Arbeitsteilung betrieben. Der Abschnitt »Vigilantismus – Feindschaft mit dem Staat« behandelt Gewalt, die sich gegen den »demokratischen Staat« (S. 41) richtete – von dem Brandanschlag gegen die Nürnberger Spruchkammer während des Verfahrens gegen Hitlers ehemaligen Vize-Kanzler Franz von Papen 1947 über (mutmaßlich) geplante Anschläge auf den Staatsanwalt und Nazi-Jäger Fritz Bauer respektive die »Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Verbrechen« in den 1960er-Jahren bis hin zum Oktoberfestattentat von 1980 und einem Drohbrief an einen bayerischen Bürgermeister 2020. »Antisemitismus – Hass auf Jüdinnen und Juden« behandelt unter anderem den Angriff auf den Gedenkort Friedhof Jammertal 1957, den Aktivismus der Klarsfelds in den 1968er-Jahren und den Anschlag auf die Synagoge von Halle 2019. »Rassismus – Gewalt gegen Vielfalt« schließlich, der letzte Teil der Ausstellung, schenkt nicht nur den Morden des NSU viel Raum, sondern erinnert auch an den Brandanschlag auf ein von türkeistämmigen Menschen bewohntes Haus im bayerischen Schwandorf 1988, dem vier Personen zum Opfer fielen, und an den Amoklauf eines jungen Nationalisten in Nürnberg 1982, der drei Todesopfer forderte.

Es wäre zu begrüßen, wenn die kleine, aber feine Ausstellung noch an anderen Orten gezeigt wird, denn den wenigsten dürfte bewusst sein, in welchem Ausmaß es in Westdeutschland schon seit 1945 rechte Gewalt gab – und dass neben vielen Verschwörungsmaythen, denen unlängst ebenfalls eine sehenswerte Ausstellung gewidmet wurde, auch reale Verschwörungen existierten, die zu erforschen genauso wichtig ist.⁵⁷ Es spricht sogar einiges dafür, die Nachkriegsgeschichte dieser Gewalt in Deutschland bereits mit dem Mord an Franz Oppenhoff am 25. März 1945 beginnen zu lassen, also kurz vor dem Ende der Nazidiktatur, aber schon unter alliierter Besatzung: Oppenhoff war der erste von den Amerikanern eingesetzte Oberbürgermeister (im Herbst 1944 in Aachen) und wurde von einem »Werwolf«-Kommando getötet, das noch von Himmler beauftragt worden war und dem neben den die Tat ausführenden SS-Männern auch ein HJ- und ein BDM-Mitglied angehörten.⁵⁸

57 Stiftung Kloster Dalheim (Hrsg.), *Verschwörungstheorien – früher und heute*. Katalog zur Sonderausstellung, Münster 2019; Armin Pfahl-Traughber, *Verschwörung/Verschwörungshypothese*, in: Helmut Reinalter (Hrsg.), *Handbuch der Verschwörungstheorien*, Leipzig 2018, S. 298–300.

58 Wolfgang Trees/Charles Whiting, *Unternehmen Karneval. Der Werwolf-Mord an Aachens Oberbürgermeister Oppenhoff*, Aachen 1982. Eine quellenengesättigte Geschichte des Mordes ist Desi-

Die Ausstellung zeigt, dass die etwa von dem Politologen Sebastian Gräfe geäußerte Annahme, wonach die »ersten rechtsterroristischen Gruppierungen in der Bundesrepublik« erst 1969/70 entstanden seien, also »fast zeitgleich zum Linksterrorismus« (S. 79), nur dann zutrifft, wenn man – wie die Extremismustheorie – eine sehr enge Definition von Rechtsterrorismus hat, respektive die rechten Netzwerke der Besatzungszeit und paramilitärische Strukturen wie den »Technischen Dienst« des »Bundes Deutscher Jugend« (BDJ) nicht im Blick.⁵⁹ Der Politikwissenschaftler Daniel Koehler datiert die Entstehung des deutschen Rechtsterrorismus ebenfalls auf die Jahre um 1968, obwohl er auch den Verfassungsschutzbericht des Bundesinnenministeriums von 1971 zitiert, dem zufolge es zwischen 1960 und 1970 immerhin 103 rechte Straftaten mit »terroristischen Motiven« gegeben habe (S. 75).⁶⁰ Vollkommen auf die falsche Fährte führt die vom Publizisten Olaf Sundermeyer verwendete Kapitelüberschrift »Das rote Vorbild – die RAF und die Neonazis« –, als bräuchten deutsche Rechte die Linke, um terroristisches Handeln zu lernen.⁶¹ Den besten historischen Überblick zum Thema bietet also weiterhin »Blut und Ehre« von Andrea Röpke und Andreas Speit. Die beiden Journalist*innen lassen die Geschichte rechter Gewalt immerhin in den 1950er-Jahren mit den »Rollkommandos« der »Sozialistischen Reichspartei« beginnen (S. 24).⁶² Der Politologe Fabian Virchow schließlich setzt in seinem lesenswerten Bändchen »Nicht nur der NSU« mit dem BDJ ein, dessen bewaffneter Arm 1952 aufflog und der den im hessischen Landesarchiv aufbewahrten Akten zufolge Listen mit (vor allem sozialdemokratischen) Personen führte, die am »Tag X kaltgestellt« oder »aus dem Verkehr gezogen« werden sollten (S. 12).⁶³ In dem von der Historikerin Sybille Steinbacher herausgegebenen Sammelband zum Thema heißt es zu Recht, die »Reorganisation des Nationalsozialismus« habe gleich nach 1945 eingesetzt, der Band selbst nimmt aber nur die Jahre ab dem Oktoberfestattentat in den Blick.⁶⁴

Der Journalist der Frankfurter Allgemeinen Zeitung Julius Bender setzt seine Reflexionen über rechten Terrorismus und den Umgang damit dagegen auf überzeugende Weise mit den »Werwolf«-Planungen der SS in der letzten Phase des Zweiten

derat. Vgl. ferner die verdienstvolle, im Juli 1945 mit der Schändung eines jüdischen Friedhofs im bayerischen Diespeck einsetzende Chronik von *Ronen Steinke*, Terror gegen Juden. Wie antisemitische Gewalt erstarkt und wie der Staat versagt, Berlin 2021, S. 149–235 – mit Dank an Jakob Schlieper für den Hinweis.

59 Sebastian Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen erlebnisorientierten Jugendlichen, »Feierabendterroristen« und klandestinen Untergrundzellen (Extremismus und Demokratie, Bd. 34), Nomos-Verlag, Baden-Baden 2017, 356 S., brosch., 64,00 €.

60 Daniel Koehler, Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The »National Socialist Underground« and the History of Terror from the Far-Right in Germany, London/New York 2017.

61 Olaf Sundermeyer, Rechter Terror in Deutschland. Eine Geschichte der Gewalt, Verlag C.H. Beck, München 2012, 271 S., kart., 16,95 €.

62 Andrea Röpke/Andreas Speit (Hrsg.), Blut und Ehre. Geschichte und Gegenwart rechter Gewalt in Deutschland, Ch. Links Verlag, Berlin 2013, 286 S., geb., 19,90 €.

63 Fabian Virchow, Nicht nur der NSU. Eine kleine Geschichte des Rechtsterrorismus in Deutschland, Landeszentrale für politische Bildung Thüringen, 2. Aufl., Erfurt 2020, 104 S., brosch., kostenfrei.

64 Sybille Steinbacher (Hrsg.), Rechte Gewalt in Deutschland. Zum Umgang mit dem Rechtsextremismus in Gesellschaft, Politik und Justiz (Dachauer Symposien zur Zeitgeschichte, Bd. 16), Wallstein-Verlag, Göttingen 2016, 251 S., brosch., 20,00 €, S. 8.

Weltkriegs an. Von dort zieht er in seinem Essay »Der Plan« eine Linie bis zu »The Way Forward«, einem im Jahr 2000 erschienenen Strategiepapier eines Blood-&-Honour-Aktivistin.⁶⁵ Auf 80 Seiten breitet der Autor ein Argument über Strategie und Kalkül des Rechtsterrorismus aus: Rechtsterrorist*innen werden ihm zufolge als dumm wahrgenommen, ganz im Gegensatz zu den studierten RAF-Täter*innen. Bender will hingegen zeigen, dass Rechtsterroristen in ihren Taten durchaus einer Strategie oder vielmehr einem Set an Kalkülen folgen. Als Quelle zieht er eine Auswahl veröffentlichter Pläne und Manifeste rechter Provenienz heran, kuratiert auf Basis der Angaben von Mitarbeitern deutscher Sicherheitsbehörden zum jeweiligen Grad der Popularität unter Rechten. Bender geht von der – für ein Essay ohne wissenschaftlichen Apparat und Anspruch akzeptabel – vagen Prämisse aus, dass die Terrorist*innen die Pläne, Manifeste und Handbücher nicht im Einzelnen befolgt oder gar gelesen haben müssen, sie aber einen Kanon an Strategien und Handlungsanleitungen bilden, die als bekannt gelten dürfen. Zum Zweck seines größeren Arguments fasst Bender die sehr unterschiedlich aufgebauten rechtsterroristischen Organisationen und teils widersprüchlichen inhaltlichen Positionen einzelner Akteur*innen zu einer im Großen monolithisch handelnden Szene zusammen – auch diese Vereinfachung ist für ein Essay zulässig. Aus Arthur Ehrhardts »Werwolf – Winke für Jagdeinheiten« – verfasst vermutlich in den letzten Monaten des Zweiten Weltkriegs – stamme etwa die Bestärkung darin, dass auch einsame Kämpfer gegen eine Übermacht tätig werden können. Von »Hans Westmar« (ein Pseudonym) und James Mason komme die aus dem Anarchismus entlehnte »Propaganda der Tat«, die Terrorismus als wirtschaftlich effizienten Weg begreift, die eigenen Inhalte über die Berichterstattung der »Systemmedien« zu verbreiten. Louis Beams »White Resistance Manual« (1992) lehre Gleichgesinnte, durch ihre Taten »nicht nur ein Angstverhältnis zwischen sich und ihren Opfern [zu] schaffen, sondern eine Spaltung der Gesellschaft [zu] betreiben, die in einem Bürgerkrieg endet« (S. 57).

Benders Kernargument behandelt also die mediale und gesellschaftliche Wirkmacht von Rechtsterrorismus: Die Täter*innen zwingen die wertende Gruppierung von Menschen, die ihren Taten zugrunde liegt, auch der übrigen Gesellschaft auf. In der medialen Berichterstattung werde die Unterscheidung reproduziert, da die Gruppe der Opfer sprachlich gefasst und damit markiert werden müsse. Menschen, die durch die Logik der Täter*innen Teil einer gefährdeten Bevölkerungsgruppe würden, begännen sich auch als solche zu fühlen und wahrzunehmen. Da Rechtsterrorist*innen als »wahnsinnig«, als »irrational« gälten, würden an ihrer statt Sicherheitsbehörden, Politiker*innen und die nicht direkt gefährdeten Bevölkerungsteile zur Verantwortung gezogen, gleich Eltern, deren Kind etwas kaputt gemacht hat. Wer wen (nicht) verantwortlich macht – auch das bleibt sehr holzschnittartig: die »Betroffenen«, die »Gesellschaft«. Das Ergebnis sei eine gesellschaftliche Spaltung, von der Rechte sich eines Tages eine gesellschaftliche Neuordnung erhofften. Bender gesteht zu, dass diesen Mechanismen nicht einfach zu entkommen ist: Die Berichterstattung kann rechte Morde nicht ignorieren, die Betroffenen der Gewalt können Angst und Misstrauen nicht einfach abschütteln. Aus der Lektüre der Plä-

65 Justus Bender, *Der Plan. Strategie und Kalkül des Rechtsterrorismus*, Verlag Matthes & Seitz, Berlin 2021, 80 S., brosch., 10,00 €.

ne ergebe sich aber ein anderer Gegenplan: Indem die Gesellschaft anerkenne, dass hinter den rechten Morden eine Strategie steckt, sie also nicht das Produkt von Wahnsinn gepaart mit Wahlllosigkeit sind, könnten die Täter*innen selbst zur Verantwortung gezogen und mit Wut und Empörung adressiert werden. Das solle nicht bedeuten, dass nicht Ermittler*innen und Behörden für Unzulänglichkeiten kritisiert werden dürften, würde aber einer Entfremdung von potenziellen Opfern und Sicherheitsbehörden entgegenwirken – eine Bemerkung, die vermutlich auf die groben Unzulänglichkeiten und Verstrickungen von Polizei und Verfassungsschutz in die Morde des NSU gemünzt ist. Bender übersieht dabei, dass nicht erst die Taten von Rechtsterrorist*innen die Gruppe der Opfer markieren. Vielmehr fallen ihre Taten und die sprachliche Reproduktion des »Otherings« über die Berichterstattung nur deshalb auf fruchtbaren Boden, weil es bereits reale Unterschiede gibt – Personen, die zu Opfern rechter Terrorist*innen werden, sind in der Regel Teil von Bevölkerungsgruppen, die ungleich behandelt werden, mit Vorurteilen behaftet sind oder gar weniger Rechte haben, sei es aus rassistischen Gründen oder aus der Menschenfeindlichkeit, die auch etwa Obdachlose, Menschen mit Behinderung oder Suchtkranke trifft. Bender pathologisiert rechte Täter*innen durchgängig als geistig Kranke und stellt sie einer Gesellschaft gegenüber, die in der Ablehnung der Taten eigentlich geeint sei. Er verdeckt damit sowohl die integrierten Rechten, insbesondere in den Sicherheitsbehörden, als auch rassistische Wissensbestände, die weite Teile der Gesellschaft durchziehen. So mag die Beurteilung der Taten weitgehend negativ ausfallen, diese sind jedoch Produkt einer Stimmung gegen die Opfergruppen, an der sich auch eine Reihe an Akteur*innen aus der sogenannten Mitte der Gesellschaft mitschuldig gemacht haben, wie Asal Dardan es anlässlich des dritten Jahrestages des rassistischen Attentats von Hanau treffend beschrieben hat.⁶⁶ Die Lektüre regt dennoch zum Nachdenken über mediale Aufmerksamkeitsstrukturen und gesellschaftliche Abwehrmechanismen an. Am Ende ist es für die Erforschung der Wirkmacht auch gar nicht ausschlaggebend, ob Rechtsterrorist*innen nun die Pläne kennen und befolgen: Gewinnbringend ist der Vorschlag, den Fokus auf den gesellschaftlichen Umgang mit den Taten zu richten sowie auf die Faktoren, die dazu führen, dass aus dem Rechtsdruck der Täter*innen ein gesellschaftlicher Rechtsruck wird, der Opfergruppen weiter marginalisiert.

In Bezug auf rechte Parteien sind zu dieser Frage am Schnittpunkt von Nationalismus- und Demokratiegeschichte zuletzt einige lesenswerte Studien erschienen. Unter den historischen Arbeiten hervorzuheben ist die kleine, aus einer Masterarbeit hervorgegangene Studie »Erfolgreich gegen rechts« von Angelina Flaig über die Freiburger »Bürgeraktion zum Schutz der Demokratie«, die auf unveröffentlichten Quellen und Zeitzeug*inneninterviews basiert. Der durchaus plausiblen, wenn auch nicht belegbaren These der Autorin zufolge hat diese Gruppe durch ihre auf inhaltliche Debatte setzenden Interventionen im Bundestagswahlkampf 1969 mit

66 Asal Dardan, Say Their Names. Drei Jahre Erinnerung an Hanau, in: Geschichte der Gegenwart, URL: <<https://geschichtedergegenwart.ch/say-their-names-drei-jahre-erinnerung-an-hanau/>> [19.2.2023].

dazu beigetragen, dass die NPD an der Fünfprozenthürde scheiterte.⁶⁷ Auch die auf umfangreichen Presserecherchen basierende Dissertation von Clemens Gussone bietet einen guten Einblick in die Logiken, nach denen das »Reden über Rechtsradikalismus« in der alten Bundesrepublik funktionierte.⁶⁸ Allerdings hätte dem Buch, das erst 1951 mit der Debatte um ein Verbot der SRP einsetzt, ein Kapitel über die 1945er-Jahre gutgetan, in denen es sowohl Erfolge rechter Parteien als auch rechte Gewalttaten gab und in denen sich der gesellschaftliche Umgang mit beiden herausbildete.⁶⁹ Weniger überzeugend ist die Doktorarbeit von Ralf Grünke zum »Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern«, denn der Politikwissenschaftler berücksichtigt nur, was andere Parteien über die REPs *gesagt* und nicht auch, was sie (mehr oder weniger stillschweigend) *getan* haben, etwa um nationalistische Wähler*innen zurückzugewinnen.⁷⁰ Wie die Beiträge von Ulrike Löffler, Janosch Steuwer, Maik Tändler und Moritz Fischer in diesem Band zeigen, wird die Bandbreite der Interaktion mit Rechten weiterhin besonders intensiv beforscht.

Schon vor knapp zehn Jahren hat Christoph Wowtscherk in einer zeithistorischen Dissertationsschrift nach den »langfristigen Ursachen« und den »kurzfristigen Bedingungen« der »fremdenfeindlichen Gewalt« in Hoyerswerda 1991 gefragt.⁷¹ Die Angriffe gegen die Bewohner*innen eines Vertragsarbeiterwohnheims und einer Geflüchtetenunterkunft, an denen Hunderte sich mit aktiver Gewalt, aber auch mit zustimmendem Applaudieren beteiligten, könnten nur in der »sozialgeschichtlichen Betrachtung Hoyerswerdas seit 1955« verstanden werden (S. 14). Wowtscherks grundlegendes Narrativ ist, dass sich durch den schnellen Ausbau der Musterstadt Hoyerswerda seit den 1950er-Jahren und dem damit verbundenen Zugang keine »verwurzelt[e]« (S. 56) Gemeinschaft habe bilden können, die stark genug gewesen wäre, um im Angesicht der krisenhaften Transformationszeit Schwache nicht zu Sündenböcken zu machen. Zusammen mit den »tradierten Beziehungen der Einwohner zu Ausländern« (S. 185), womit Wowtscherk die institutionalisierte Schlechterstellung von Vertragsarbeiter*innen und rassistische Ressentiments der Bürger*innen meint, habe diese Gemengelage im Vakuum einer geschwächten Polizei zum Pogrom – oder wie er es nennt: Protest – geführt. Die These löst aus drei Gründen Unbehagen aus. Erstens überzeugt die Betonung der unsicheren Transformationszeit nicht, da Hoyerswerda etwa im Vergleich zu benachbarten Städten von relativ geringer Arbeitslosigkeit betroffen war, wie Wowtscherk selbst einräumt. Auch die primäre soziale Bindung über den Arbeitsplatz, die der Autor als Argument für die Fragilität der Gemeinschaft nach der Erosion des Arbeitsmarkts

67 Angelina Flaig, *Erfolgreich gegen Rechts. Wie die Freiburger »Bürgeraktion zum Schutz der Demokratie« 1969 dazu beitrug, den Einzug der NPD in den Deutschen Bundestag zu verhindern*, Gerstetten 2019.

68 Clemens Gussone, *Reden über Rechtsradikalismus. Nicht-staatliche Perspektiven zwischen Sicherheit und Freiheit (1951–1989)*, Göttingen 2020.

69 Rigoll/Müller, *Zeitgeschichte des Nationalismus*.

70 Ralf Grünke, *Geheilte Mittel? Der Umgang von CDU/CSU und SPD mit den Republikanern*, Baden-Baden 2006.

71 Christoph Wowtscherk, *Was wird, wenn die Zeitbombe hochgeht? Eine sozialgeschichtliche Analyse der fremdenfeindlichen Ausschreitungen in Hoyerswerda im September 1991* (Hannah-Arendt-Institut für Totalitarismusforschung: Berichte und Studien, Bd. 66), V&R unipress, Göttingen 2014, 259 S., kart., 40,00 €.

einführt, ist keineswegs spezifisch für Hoyerswerda, sondern vielmehr ein Charakteristikum der (Ex-)DDR. Zweitens erinnert die Rede von einer verwurzelten Stadtgemeinschaft, die durch äußere Elemente – erst den Zuzug anderer DDR-Bürger*innen, dann durch Vertragsarbeiter*innen und Asylsuchende – geschwächt worden sei, stark an nationalkonservative Narrative. Zuletzt nutzt Wowtscherk die Begründung der Ausschreitungen über diese – als alleinige Ursache wie gesagt nicht überzeugenden – sozialen Kausalitäten, um rassistische Motive kleinzureden. So schreibt er etwa: »Zwar gab es eine manifeste Fremdenfeindlichkeit in Hoyerswerda. Das eigentliche Motiv für die Gewalt lag jedoch in der zunehmenden Unsicherheit der Einwohner aufgrund des radikalen Wandels des Soziallebens nach 1990.« (S. 215) Die Verantwortung für die Gewalt gibt er nicht den Täter*innen, sondern den Politikern, die Asylsuchende in das »Pulverfass« des transformationsgezeichneten Hoyerswerda aufgenommen hätten, ohne Aufklärungs- und Informationspolitik zu leisten; die Bewohner*innen hätten so kein »Einfühlungsvermögen« oder »Verständnis für die Hilfesuchenden« entwickeln können (S. 116). Klare Verantwortlichkeiten benennt Wowtscherk selten, sondern schreibt häufig von »Überforderung«. Geradezu wunderbar wird dieses Unterlassen einer Positionierung, wenn im Kontext einer Gaststätten-Schlägerei, ausgelöst durch rassistische Beleidigungen gegen eine Gruppe Vietnamesen, von denen einer schließlich schwer verletzt und tot geglaubt von seinen flüchtenden Freunden zurückgelassen werden muss, von »[tiefen] Gräben zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen« die Rede ist (S. 141).

Wowtscherks Studie erzählt einiges über die Wirkmacht derer, die an dem Pogrom beteiligt waren, aber wenig Neues über rechte Handlungen. Das liegt vor allem daran, dass er sich sowohl für die Entstehung der Skinheadszene und Fälle rechter Gewalt in der DDR als auch für die Ausschreitungen 1991 ausschließlich auf Behördenakten stützt, die, selbst gegen den Strich gelesen, vor allem Aufschluss über die (zur Genüge bekannten) Deutungsmuster des Geheimdiensts geben.⁷² Zwar problematisiert er die Nutzung von MfS-Akten in einem eigenen Unterkapitel, übernimmt im Folgenden aber dennoch weitgehend ihre Inhalte, gar ihre Zahlen und erzählt die von der Staatssicherheit dokumentierten Vorfälle teils in deren Sprache nach. Erschwerend kommt hinzu, dass Wowtscherk sich zum ganz überwiegenden Teil auf Literatur aus den 1990er-Jahren stützt und deren Ergebnisse unkritisch als Stand der Forschung präsentiert. Aussagekräftig ist die Studie hingegen in Bezug auf die Wirkungsmacht Rechter. Während die Täter*innen selbst mit Bewährungsstrafen davonkamen oder gar straffrei ausgingen, verdingen die rechten Narrative und zogen politische Konsequenzen nach sich. Wolfgang Schäuble mahnte als Bundesinnenminister, die »Sorgen in der Bevölkerung über den Missbrauch des Asylrechts ernst« (S. 220) zu nehmen. Auf Landesebene wurde die Forderung nach einer neuen Quotierung der Asylaufnahme starkgemacht. Eine weitere Folge war der Ausbau der Jugendarbeit, von der auch rechte Jugendliche profitierten: Sie erhielten einen eigenen Jugendklub, der bald als Treffort der »Deutschen Alternative« fungierte und Ausgangspunkt gewaltsamer Übergriffe wurde. Als Beleg für die

72 Zu den Leerstellen von Quellen der Staatssicherheit zu rassistischer Gewalt vgl. *Johannes Schütz*, Violence against Migrants in the GDR and the Lack of Epistemic Impact, in: *Migrant Knowledge*, URL: <<https://migrantknowledge.org/2022/08/05/violence-against-migrants-in-the-gdr/>> [5.8.2023].

Wirkmacht rechter Narrative darf schließlich auch Wowtscherks Buch selbst gelten. Neben dem bereits erwähnten Hauptnarrativ greift der Historiker noch andere rechte Erzählungen auf. So beschreibt er etwa die Bürgerwehr »Neue Deutsche Ordnung«, die 1990 ins Vakuum der geschwächten Polizei drängte, als Zeichen für die Verunsicherung der Bürger und schreibt damit das rechte Narrativ des ›besorgten Bürgers‹ fort. An keiner Stelle wird die Gruppierung selbst kritisch eingeordnet, die Kontakte zur militanten »Deutschen Alternative« unterhielt und, wie etwa in der Fernsehsendung »Klartext« zu sehen, mit Springerstiefeln und Aufnähern von schwarz-weiß-roter Reichsflagge und eisernem Kreuz auf ihren Jacken auftraten.⁷³



Abbildung 1: Nationalistische Handlung: Der künftige Kern des »Nationalsozialistischen Untergrunds« demonstriert 1998 in Dresden gegen die Wehrmachtsausstellung und wirbt um Unterstützer (apabiz).

⁷³ Vgl. Lars Maibaum, »Hoyerswerda und kein Ende«, in: Dostluk Sineması (Hrsg.), Von Mauerfall bis Nagelbombe. Der NSU-Anschlag auf die Kölner Keupstraße im Kontext der Pogrome und Anschläge der neunziger Jahre, Berlin 2014, S. 56–61; Jörg Teuscher, Jugendliche in Hoyerswerda gingen unter dem Namen »Neue deutsche Ordnung« auf Verbrecherfang, in: Klartext-Magazin [ORB], 10.6.1991 – mit Dank an Nikolai Okunew für den Hinweis.



Abbildung 2: Wirkung des Nationalismus und zugleich antinationalistische Gegenhandlung: Rund 2.000 Menschen demonstrieren am 6. Mai 2006 unter dem Motto »Kein 10. Opfer!« in Kassel (Screenshot von NSU-Watch aus der ARD-Dokumentation »Acht Türken, ein Grieche, eine Polizistin«).

Absolut zuzustimmen ist dagegen Wowtscherks forschungsleitender Hypothese, wonach Pogrome wie die in Hoyerswerda durch eine historische, mitunter viele Jahrzehnte zurückreichende Perspektivierung besser verstanden werden können.⁷⁴ Es ist gewiss kein Zufall, sondern ein geschichtswissenschaftlich zu erklärendes Phänomen, dass es in bestimmten Momenten der deutschen Geschichte zu einer Häufung rechter Gewalttaten kam. So fällt ins Auge, dass es in der Bundesrepublik um das Jahr 1980 herum nach 35 in dieser Hinsicht relativ »ruhigen« Jahren einen rapiden Anstieg rechter Mordtaten gab, von denen das Oktoberfestattentat mit seinen 13 Toten und 221 Verletzten nur die bekannteste ist.⁷⁵ Die beiden bislang erschienenen Arbeiten zur Thematik, die Pionierrecherchen des Journalisten Ulrich Chaussy zum Oktoberfestattentat und die Studie von Uffa Jensen zum Mord an Shlomo Lewin und Frida Poeschke in Erlangen⁷⁶, konzentrieren sich auf die Rekonstruktion der Tat und ihres Kontextes sowie auf die Perspektive der Opfer. Jensen skizziert darüber hinaus zwar die Nachkriegsentwicklung des deutschen »Antisemitismus« und »Rechtsextremismus« (Kap. 3 und 5), geht aber nicht der Frage nach, warum Anfang der 1980er-Jahre neben Lewin und Poeschke noch

⁷⁴ Vgl. auch Janosch Steuwer/Till Kössler, Deutscher Herbst 1991. Rechte Gewalt und nationale Selbstbetrachtung, in: APuZ 72, 2022, H. 49–50, S. 15–20, die den gesellschaftlichen Umgang mit dem Pogrom von Hoyerswerda 1991 in Beziehung zum »Deutschen Herbst« von 1977 setzten, also zur Interaktion der westdeutschen Gesellschaft mit dem Terror der RAF. Näherliegender wäre es vielleicht gewesen, eine Linie zur »Hakenkreuzschmierwelle« von 1959/60 zu ziehen, die ihren Schwerpunkt zwar ebenfalls im Westen hatte, aber auch im Osten Nachahmer fand.

⁷⁵ Vgl. Röpke/Speit, Blut und Ehre, S. 40–58.

⁷⁶ Ulrich Chaussy, Das Oktoberfest-Attentat und der Doppelmord von Erlangen. Wie Rechtsterrorismus und Antisemitismus seit 1980 verdrängt werden, Berlin 2020; Uffa Jensen, Ein antisemitischer Doppelmord. Die vergessene Geschichte des Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik, Suhrkamp, Berlin 2022, 316 S., geb., 24,00 €.

viele andere Opfer rechten Terrors wurden. Erklärt sich der Anstieg der rechten Militanz aus einer Entwicklung innerhalb des »nationalen« Lagers? Spielte eine Rolle, dass der Staat seit 1980 offensiver gegen »Wehrsportgruppen« vorging, also das innere Sicherheitsdispositiv zumindest eine Zeit lang zuungunsten der Rechten neu justiert wurde?⁷⁷ Im Fall der »Wendegewalt« nach 1990 liegen die Dinge einfacher. Hier zeigt der historische Rückblick, dass es Gewalttaten von rechts nicht nur bei der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten gab, sondern auch in anderen Perioden, in denen der Nationalstaat neu konfiguriert wurde. Nach der Reichsgründung 1871 wurden Braunschweiger Sozialdemokraten, die gegen die Annexion von Elsass-Lothringen protestiert hatten, nach Lötzen an der russischen Grenze deportiert, im Umfeld der »zweiten Reichsgründung« nach 1879 brannten in Preußen die Synagogen, beim Übergang vom Kaiserreich zur Weimarer Republik bildeten sich nationalistische Freikorps, nach der Gründung des »Dritten Reiches« wüteten SA und SS, gegen die Niederlage des Naziregimes versuchten »Werwölfe« anzukämpfen und die »Wiedervereinigung« wurde auch durch Naziskins vollzogen. Ein Desiderat besteht in einem diachronen Vergleich nationalistischer Gewalt in staatlichen Transformationsprozessen.⁷⁸

II. Von der Gegenwart zur Geschichte der deutschen Rechten

Die Sozial- und Politikwissenschaften haben auf die Erfolge der deutschen Gegenwartsrechten mit einer Reihe von Publikationen reagiert, die diese in gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklungen der letzten zwei, drei Dekaden verorten. Zu den breit rezipierten Soziolog*innen zählen Wilhelm Heitmeyer, Detlef Pollack, Philip Manow, Matthias Quent und Cornelia Koppetsch, deren Studie »Die Gesellschaft des Zorns« inzwischen wegen Plagiats vom Markt genommen wurde.⁷⁹ Außerdem wurde bekannt, dass Koppetsch ihr im Feuilleton hochgelobtes Buch nicht nur mithilfe einer Vielzahl ungekennzeichneter Zitate, sondern auch eines AfD-Politikers verfasst hat, der zugleich ihr Lebensgefährte ist. Diese Entwicklung hat die Analysen derjenigen bestätigt, die in dem Buch schon früh die Übernahme rechter Deutungsmuster unter akademischen Vorzeichen erkannt haben. Denn das Argument der Soziologin, wonach der Rechtspopulismus seine Kraft vor allem aus der Abwehr einer politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Globalisierung beziehe, die von (links-)liberalen Eliten vorangetrieben werde und dem die Rechte ein Programm der »Re-Nationalisierung«, der »Re-Souveränisierung« und der

77 Zum Kontext der Neukonfiguration 1979/80 vgl. Rigoll, Staatsschutz in Westdeutschland, Kap. IV.1 und Schluss.

78 Vgl. auch diese beiden instruktiven Texte aus dem »Wende«-Kontext: Armin Pfahl-Traugher, Nationalismus. Eine antidemokratische Integrationsideologie, in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik 29, 1990, S. 89–97; Hajo Funke, »Jetzt sind wir dran«. Nationalismus im geeinten Deutschland; Aspekte der Einigungspolitik und nationalistische Potentiale in Deutschland, Berlin 1991.

79 Cornelia Koppetsch, Die Gesellschaft des Zorns. Rechtspopulismus im globalen Zeitalter, Bielefeld 2019. Zur frühen Rezeption des Buches vgl. Patrick Bahners, Die Wiederkehr. Die AfD und der neue deutsche Nationalismus, Klett-Cotta Verlag, Stuttgart 2023, 539 S., geb., 28,00 €, S. 29, verweisend auf den Historiker Bodo Mrozek.

»Re-Vergemeinschaftung« entgegensetze, deckt sich weitgehend mit dem, was die AfD sagt, nämlich: Schuld an uns ist die Linke. Heitmeyers Team hat zum einen den Kontext analysiert, der die Erfolge eines »autoritären Radiknationalismus« möglich gemacht habe, namentlich »das Zusammenwirken von autoritärem Kapitalismus, sozialen Desintegrationsprozessen und politischer Demokratieentleerung als Ursachenmuster für die Realisierung autoritärer Sehnsüchte« und für »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« (I/S. 16 f.); zum anderen hat es »Rechte Bedrohungsallianzen« untersucht, die aus »formellen Handlungs- und informellen »Gedanken«-Bündnissen in Form von Einstellungen in der Bevölkerung« bestünden (II/S. 18)⁸⁰; Pollack vertritt in seiner Studie »Das unzufriedene Volk« die These, dass in Ostdeutschland nach 1990 eine »ressentimentgeladene Affektlage« entstanden sei, die sich inzwischen zu einer »kaum noch beeinflussbaren Mentalität« verdichte (S. 212) und von der politisch vor allem die AfD profitiere⁸¹; Manow hat eine »politische Ökonomie des Populismus« vorgelegt, die für sich beansprucht, erklären zu können, weshalb mancherorts nicht Rechts-, sondern Linkspopulisten erfolgreich sind.⁸² Quent schließlich hat mit »Deutschland rechts außen« einen sehr politisch argumentierenden Essay publiziert, der eine Synthese der Gegenwartsdeutungen versucht und im Folgenden ausführlicher besprochen wird.⁸³ Zunächst sei aber auch darauf hingewiesen, dass eine politikwissenschaftliche Verortung der deutschen Gegenwartsrechten in der jüngeren Geschichte bislang fehlt. Die einschlägigen Studien von Armin Pfahl-Traughber und Gideon Botsch verstehen sich nicht als Vorgeschichte aktueller Problemlagen, sondern als Darstellungen der bundesdeutschen Entwicklung.⁸⁴

Das Gros der zuletzt zur Gegenwart der deutschen Rechten erschienenen Untersuchungen bezeichnet diese zwar häufig als »radikalnationalistisch«, nutzt den Nationalismusbegriff jedoch nicht als Analysekategorie und verortet sich stattdessen in der Forschung zum Rechtsextremismus, Rechtsradikalismus, Rechtspopulismus, Nazismus oder Faschismus. Zuletzt kam als Lehnwort aus dem Englischen noch das Konzept der äußersten Rechten hinzu, so zum Beispiel in dem von Quent verfassten Bestseller »Deutschland rechts außen«. Das essayhafte, fußnotenarme Buch richtet sich an ein breites Publikum, will die Erfolge der deutschen Gegenwartsrechten erklären und ist auch als Handreichung zum sinnvollen Umgang mit der »rechten Gefahr« (S. 11) gedacht. Quent, der seine Dissertation über die Entstehung und gesellschaftliche Verortung des NSU geschrieben hat, nutzt »rechts außen« und »ra-

80 Wilhelm Heitmeyer, *Autoritäre Versuchungen. Signaturen der Bedrohung I*, Berlin 2018; ders./Manuela Freiheit/Peter Sitzer, *Rechte Bedrohungsallianzen. Signaturen der Bedrohung II*, Berlin 2020.

81 Detlef Pollack, *Das unzufriedene Volk. Protest und Ressentiment in Ostdeutschland von der friedlichen Revolution bis heute*, Bielefeld 2020.

82 Philip Manow, *Die politische Ökonomie des Populismus*, Bonn 2019.

83 Matthias Quent, *Deutschland rechts außen. Wie die Rechten nach der Macht greifen und wie wir sie stoppen können*, Piper-Verlag, München 2019, 300 S., brosch., 12,00 €. Vom selben Autor vgl. auch ders., *Rassismus, Radikalisierung, Rechtsterrorismus. Wie der NSU entstand und was er über die Gesellschaft verrät*, Beltz-Verlag, 2., überarb. u. erw. Aufl., Weinheim 2019, 403 S., brosch., 36,00 €.

84 Botsch, *Die extreme Rechte*; Armin Pfahl-Traughber, *Rechtsextremismus in Deutschland. Eine kritische Bestandsaufnahme*, Springer VS, Wiesbaden 2019, XVII + 366 S., brosch., 34,99 €.

dikale Rechte« als »Sammelbegriffe«, die »unterschiedliche politische und ideologische Strömungen« umfassen, wobei alle »Rechtsaußen-Akteure« von der »Ungleichwertigkeit der Menschen« ausgingen (S. 40). Den Rechtsradikalismusbegriff nutzt Quent »trotz seiner Mängel«, um auf die »Radikalisierung gesamtgesellschaftlicher Themen« durch die Rechte hinzuweisen, die »Einstellungen und Mechanismen«, die »sich auch in der ›Mitte‹ unserer Kultur und Gesellschaft finden (beispielsweise Rassismus und Sexismus)« zugleich radikalisiere und politisiere. Den Extremismusbegriff hält er für problematisch, wenn er die Verbreitung »rechtsradikaler Einstellungen« in »allen gesellschaftlichen Milieus und politischen Lagern« ausblende (S. 42). Zugleich spricht Quent (mit Theodor W. Adorno, Eric Hobsbawn und Mark Lilla) von fortschrittsfeindlichen und kulturpessimistischen »Reaktionären« (S. 45), die ihren Konservatismus nur vortäuschten und auf eine »Konterrevolution« (S. 59) hinarbeiteten, um die von den 1968ern verkörperte Liberalisierung rückgängig zu machen. Insgesamt umfasse dieser »Backlash« sieben Dimensionen: Rassismus, Nationalismus, Autoritarismus, Antifeminismus, Sozialchauvinismus, Anti-Gender- und Anti-Aufklärungs-Ideologie.

Die Frage nach der Handlungs- und Wirkungsmacht der Rechten steht auch bei Quent im Zentrum, der einerseits herausarbeitet, inwiefern es rechten Handlungsträgern gelang, zu einem Rechtsruck beizutragen, und andererseits zeigt, wie andere Akteur*innen die Handlungsspielräume begrenzen oder erweitern konnten. Um nur wenige Beispiele zu nennen: Bereits das Vorwort erinnert an das »Klima der Angst«, das Quent als Jugendlicher im thüringischen Arnstadt erlebte und an die gegensätzlichen Reaktionen der von rechter Gewalt betroffenen Menschen – von individueller Abwanderung bis zur organisierten Gegenwehr (S. 9 f). In »Lektionen aus Chemnitz« interpretiert Quent die NPD-nahen »Nein zum Heim«-Initiativen ab 2013 als »Auftakt« der beim Erscheinen des Buches gegenwärtigen »Rechtsaußen-Offensive« und kritisiert die »Gemeinsame Erklärung 2018« gegen die deutsche Einwanderungspolitik als »bürgerlich-intellektuelle Aufwertung rechtsradikaler Demonstranten und Netzwerke« (S. 33 f.). Das Kapitel »Die vielen Facetten von Deutschland rechts außen« handelt nicht nur von »zum Teil jahrzehntealten Strategiepapieren« der sogenannten Neuen Rechten, die mittlerweile die AfD prägen (S. 53), sondern thematisiert auch die »rechte Flanke der Union« (S. 56), die mit Alfred Dregger, Franz Josef Strauß, Alexander Gauland und Martin Hohmann jahrzehntelang ein politisches Spektrum abgedeckt habe, das heute die AfD repräsentiert. In »Dunkle deutsche Tradition« beginnt er die Vorgeschichte der gegenwärtigen Konstellation mit dem Scheitern der NPD bei der Bundestagswahl 1969, nach der sich »die radikale Rechte in einen neonazistisch-militanten und einen neurechten Flügel« gespalten habe, die erst 2018 in Chemnitz den Schulterschluss vollzogen hätten. Er behandelt sowohl die Morde des NSU (»Radikalisierte Rassismus«; S. 114) als auch die gegensätzlichen Reaktionen darauf: Hier antitürkisch-nationalistische Verblendung (»Döner-Morde«), dort migrantisch situiertes Wissen über die rechtsextremen Tatmotive. In »Woher kommt die Unterstützung von rechts außen?« skizziert Quent, wie die AfD »latenten Rechtsradikalismus« erfolgreich mobilisiert (S. 165), verweist aber auch auf eine Langzeitstudie der Universität Leipzig, der zufolge sich der Anteil der »rechtsextrem Eingestellten« seit 2002 »fast halbiert« habe (S. 168). Er widmet zwei Kapitel der »Angstmache« vor dem vermeintlich nahenden »Untergang«

respektive dem mit dem »Untergangswahn« eng zusammenhängenden »rechten Terror«, wird in den Kapiteln »Ostdeutschland: eine Projektionsfläche« und »Die Rechtsradikalen stoppen« aber auch nicht müde, auf die Erfolge der Gegner*innen der »rechtsradikalen Minderheit« (S. 256) hinzuweisen. Das Fazit warnt einerseits vor einem Erstarken der »Kapitalismuskritik von rechts außen« und vor einem »antiökologischen Rückschlag« unter nationalistischen Vorzeichen, rät mit dem Gesundheitswissenschaftler Hans Rosling aber auch dazu, »grundsätzlich mit schlechten Nachrichten zu rechnen, um einzelne Rückschläge in langfristige Verbesserungen einzuordnen, anstatt daraus Krisenerzählungen zu konstruieren« (S. 276).

Quent ist eine allgemeinverständliche Synthese sozial- und politikwissenschaftlicher Forschungen zur deutschen Gegenwartsrechten gelungen, in der zwar vieles nicht oder nur oberflächlich angesprochen wird, die aber ein wichtiges Thema der interessierten Öffentlichkeit zugänglich macht. »Deutschland rechts außen« steht hier als gegenwartswissenschaftliches Pendant zum geschichtswissenschaftlich argumentierenden »Zur rechten Zeit«, und es ist vielleicht kein Zufall, dass beide Bücher in Jena entstanden sind, wo nicht nur die Rechte besonders spürbar ist, sondern auch der organisierte Antinationalismus – ganz gleich, ob er sich eher als antifaschistisch, antirassistisch oder antirechtsextremistisch versteht. So geht auch der von der Rosa-Luxemburg-Stiftung Thüringen herausgegebene schmale Band »Das faschistische Echo der Vergangenheit« auf eine Tagung zurück, die an der Friedrich-Schiller-Universität Jena stattfand, nachdem 2020 mit dem FDP-Politiker Thomas Kemmerich »ein Kurzzeit-Ministerpräsident von Gnaden der Höcke-AfD gewählt« worden war (S. 7).⁸⁵ Beim Vergleich der drei Bücher wird offenbar, was die Rechtsextremismusforschung, für die Quent steht, von nationalismus- und faschismusgeschichtlichen Ansätzen lernen kann: Beide erleichtern nicht nur internationale Vergleiche und Verflechtungsanalysen, weil die Bezeichnungen der Rechten von Land zu Land stark variieren. Sie ermöglichen auch, lange Kontinuitätslinien zu ziehen – bis in die Weimarer Republik und darüber hinaus. Mit dem Wort »Rechtsextremismus«, einem Begriff aus der bundesdeutschen Politik, ist derlei kaum möglich. Der Faschismusbegriff stößt allerdings bei Bezugnahmen auf das 19. Jahrhundert an Grenzen. In einschlägigen Studien ist dann von »Präfaschismus« oder Ähnlichem die Rede. Problematisch sind schließlich auch die von Quent und vielen anderen Rechtsextremismusforscher*innen verwandten Sammeldefinitionen von Rechtsextremismus, in denen »Nationalismus« unvermittelt neben anderen Ideologien steht – Rassismus, Antisemitismus, Antikommunismus und Antifeminismus zum Beispiel. Deshalb wird in der Regel nicht klar, dass diejenigen, die Rassismus, Antisemitismus, Antikommunismus, Antifeminismus systematisch gegen die Demokratie in Stellung bringen, meist Nationalist*innen sind. Der Nationalismus bildet das politische Dach, unter dem die anderen Ismen zu einer gemeinsamen innen- und außenpolitischen Programmatik vereinigt werden können, die sich sowohl gegen äußere als auch gegen innere Feinde »der Nation« oder »des

85 Ludwig Elm/Manfred Weißbecker (Hrsg.), *Das faschistische Echo der Vergangenheit. Lehren von Weimar für linke Politik heute*, VSA-Verlag, Hamburg 2021, 124 S., brosch., 10,00 €. Die beiden Herausgeber haben sich schon zu DDR-Zeiten an der Friedrich-Schiller-Universität Jena mit dem Nazismus und der westdeutschen Rechten befasst.

Volkes« richtet. »Dünn«⁸⁶ wirkt diese Programmatik im Vergleich zu ihren sozialistischen, liberalen oder konservativen Pendanten womöglich vor allem deshalb, weil sie sich aus dem ohnehin verbreiteten Nationalismus speist.

Neben Arbeiten des »Duisburger Instituts für Sprach- und Sozialforschung« zum »völkischen Nationalismus«⁸⁷ sind die erwähnten Arbeiten von Gideon Botsch zum »radikalen Nationalismus« der »nationalistischen Rechten« (S. 3) die wichtigsten Beispiele für die gelungene Einbindung des Nationalismusparadigmas in die Rechtsextremismusforschung. Neben einer Reihe von Aufsätzen und Sammelbänden hat der historisch arbeitende Politologe eine Doppelstudie über die »Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds« vorgelegt – mit einem Fokus auf die Topoi »wahre Demokratie« und »Volksgemeinschaft«.⁸⁸ Als Ausgangspunkt dient Botsch die Diskussion um ein NPD-Verbot in den 2010er-Jahren beziehungsweise die »massive Radikalisierung« der Partei, die der Verbotsdebatte vorausging und die sich »am deutlichsten« an ihrer »Neupositionierung gegenüber dem Begriff und der Gestalt der Demokratie« und einer »Aufwertung des Volksgemeinschaftsgedankens in ihrem Programm« zeige (S. 3). Botsch historisiert diese Gegenwartsphänomene, indem er nicht nur eine große Bandbreite programmatischer und propagandistischer Dokumente auswertet (zu denen auch Songtexte rechter Bands zählen), sondern auch die Sekundärliteratur der letzten fünf Jahrzehnte. Methodisch knüpft er an den Politologen Ernst Fraenkel an, der 1969 idealtypisch zwischen konservativen, liberalen, faschistischen und pluralistischen Volksbegriffen unterschieden hat. Botsch zufolge bezogen sich sowohl die Demokratiekonzepte der NPD als auch die Volksgemeinschaftsvorstellungen des Rechtsextremismus insgesamt »durchweg« auf den konservativen Typus, von dem Fraenkel schreibt, dass er das Volk als eine »historisch gewachsene, organische Einheit« verstehe und für den »wahre Demokratie nur existiert, wenn das Volk als solches unmittelbar die politischen Entscheidungen« bestimme. Eine solche »plebiszitäre Demokratie« entsprach Fraenkel zufolge dem Wunsch nach einer »homogenen Gesellschaft« – und einer »vulgärdemokratische[n] Irrlehre von der Aufhebung der Entfremdung in der patriotischen Volksgemeinschaft« (S. 6).⁸⁹

86 Zum Populismus als »dünne« Ideologie« vgl. *Cas Mudde*, Rechtsaußen. Extreme und radikale Rechte in der heutigen Politik weltweit, Verlag J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2020 (zuerst engl. 2019), 255 S., brosch., 22,00 €, S. 46; *ders.*, The Populist Zeitgeist, in: *Government and Opposition* 39, 2004, S. 541–563; *Michael Freeden*, Is Nationalism a Distinct Ideology?, in: *Political Studies* 46, 1998, S. 748–765. Kritisch hierzu *Ralph Schroeder*, The Dangerous Myth of Populism as a Thin Ideology, in: *Populism* 3, 2020, S. 13–28.

87 *Heiko Kauffmann/Helmut Kellershohn/Jobst Paul* (Hrsg.), Völkische Bande. Dekadenz und Wiedergeburt. Analysen rechter Ideologie, Münster 2005; *Helmut Kellershohn/Alexander Häusler* (Hrsg.), Das Gesicht des völkischen Populismus. Neue Herausforderungen für eine kritische Rechtsextremismusforschung, Münster 2018.

88 *Gideon Botsch*, Wahre Demokratie und Volksgemeinschaft. Ideologie und Programmatik der NPD und ihres rechtsextremen Umfelds, Springer VS, Wiesbaden 2017, X + 126 S., brosch., 39,99 €. Eine weitere Tiefenbohrung: *ders./Christoph Kopke*, »Umvolkung« und »Volkstod«. Zur Kontinuität einer extrem rechten Paranoia, Ulm 2019.

89 Für den Faschismus war das Volk nach Fraenkel »eine amorphe Masse von Angehörigen eines politischen Verbands, in dem mittels einer manipulierten, die moderne Reklametechnik verwertenden Massenbeeinflussung ein durch den Konformismus der Lebensgewohnheiten und Denkweisen gekennzeichnete consensus omnium hergestellt wird, dessen charakteristische

Die von Botsch rekonstruierten Kontinuitätslinien zeigen eine äußerste Rechte, die nach Möglichkeiten sucht, den deutschen Nationalismus an die Bedingungen einer sich selbst als »wehrhaft« verstehenden und pluralistischer werdenden Demokratie anzupassen – mit dem Ziel, den eigenen Handlungsspielraum und die Wirkungsoptionen zu erhöhen. Der erste Teil der Doppelstudie zeichnet nach, wie sich die NPD den Demokratiebegriff aneignete, um ihn mit ihrem Nationalismus zu fusionieren. Botsch unterscheidet hier zwischen »vulgärdemokratischer Fundamentalopposition«, die unter Adolf von Thadden und Martin Mußnug dominierte, und »neo-nationalsozialistischer Mobilisierung« seit Mitte der 1990er-Jahre. In der ersten Phase bekannte sich die NPD einerseits zum Grundgesetz, das sie »um plebiszitäre Elemente in ›entscheidenden Lebensfragen‹« erweitern wollte (S. 39), und betonte andererseits, dass die Verfassung von 1949 nach einer Vereinigung von Bundesrepublik und DDR obsolet sein werde. Formeln wie diese erlaubten der Partei nicht nur, »ein Parteiverbot abzuweisen«, sondern auch »rechtsextreme Demokratiefeindschaft politisch und organisatorisch zu bündeln« (S. 37). In der zweiten Phase versuchte die NPD, das Demokratiekonzept »im Rückgriff auf eine radikalisierte völkische Weltanschauung, auf ihren ethnisch-rassistischen Volksbegriff zurück zu führen und für die eigene Ideologie zu vereinnahmen«, während sie die Verfassungsrealität in der Bundesrepublik mitunter »als ›Demoliberalismus‹ verballhornte« (S. 66). Wie Botsch in einem Exkurs zur AfD ausführt, war auch diese (jedenfalls in den ersten Jahren ihrer Existenz) »deutlich in der ›nationaldemokratischen‹ Tradition eines Vulgärdemokratismus verankert«, der »seinerseits mit zentralen Elementen der repräsentativen, parlamentarischen Demokratie im Sinne des Grundgesetzes in Spannung steht« (S. 71), sich aber deutlich vom ganzheitlich »nationalistischen Vulgärdemokratismus« (S. 76) der NPD unterschied. Der zweite Teil untersucht vor diesem Hintergrund, wie sich der für die nationalistische Rechte in der Bundesrepublik seit jeher zentrale Topos der »Volksgemeinschaft« seit 1949 entwickelte: Vom »Gegenentwurf zum demokratischen Verfassungsstaat und zur pluralistischen Gesellschaft« zum Schutzgut bei der »Abwehr von Zuwanderung« zum »handlungsleitenden Motiv, das sich nicht zuletzt im Versuch darstellte, konkrete Vergemeinschaftungsprozesse in Gang zu setzen, um der bekämpften [...] Gesellschaft quasi von unten zu begegnen« (S. 97).

Botsch unternimmt hier eine quellengesättigte Rekonstruktion der Vorgeschichte gegenwärtiger Problemlagen in der Absicht, diese besser interpretieren zu können. Der Umstand, dass er sich eines Nationalismusansatzes bedient und sich auf bestimmte Fragestellungen konzentriert, gibt dem Buch jene Kohärenz, die bei Quent mitunter fehlt, und es wäre zu wünschen, dass historische Tiefenbohrungen wie diese öfter unternommen werden. Die Erfolge der AfD etwa würden dann nicht mehr nur aus den Konstellationen der Gegenwart heraus erklärt, die für das Verständnis der Partei freilich auch von großer Wichtigkeit sind⁹⁰, sondern auch aus einer langen deutschen Nationalismusgeschichte, in deren Zuge sich die deutsche

politische Ausdrucksform die *acclamatio* ist«, also nicht mal mehr ein Plebiszit (*Ernst Fraenkel*, Strukturanalyse der modernen Demokratie [1969], in: *Gesammelte Schriften*, Bd. 5: Demokratie und Pluralismus, Baden-Baden 2007, S. 314–343, hier: S. 331).

90 Aus der Fülle an Literatur vgl. beispielsweise die frühe Arbeit von *David Bebnowski*, *Die Alternative für Deutschland. Aufstieg und gesellschaftliche Repräsentanz einer rechten populistischen*

Rechte, die in der alten Bundesrepublik und in der DDR in vielerlei Hinsicht in die liberale und sozialistische Ordnung integriert war, nach 1980 schrittweise reorganisierte. Die »Patriotischen Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes« (PEGIDA) etwa würden dann nicht mehr nur als primär ostdeutsches Phänomen untersucht, zu dem in der Politikwissenschaft entgegengesetzte Deutungen existieren⁹¹, sondern als nationalistischer Orientalismus, der in der langen Tradition rechter »Abendland«-Mobilisierung steht.⁹² Die Geschichte der »Reichsbürger« würde nicht mehr um 1980 mit Wolfgang Ebel beginnen, der in dem wichtigen Band von Christoph und Sophie Schönberger als der »erste« (S. 40) seiner Art erscheint, sondern mit den zahlreichen Initiativen zur Restauration des Reiches seit 1945, auf die Sebastian Lotto-Kusche in diesem Band hinweist, ja mit dem reaktionären »Reichsbürgerrat«, der in der Weimarer Republik eine wichtige Rolle spielte.⁹³ Bei den »Rechtsparteien in Brandenburg« seit 1990, denen Gideon Botsch und Christoph Schulze einen Sammelband gewidmet haben, würde sich zum Beispiel die Frage nach politischen Dis-/Kontinuitäten zum organisierten Nationalismus in der Bundesrepublik sowie zur ostdeutschen NDPD stellen.⁹⁴ Als Vorbild dienen kann Botschs Studie aber auch mit Blick auf seine Materialbasis, die nicht nur die erwähnten Primärquellen umfasst, sondern auch politikwissenschaftliche Studien, die faktisch als Sekundärquellen genutzt werden, da er aus ihnen regelmäßige Quellen indirekt zitiert. Eine solche historische Zweitauswertung gegenwartswissenschaftlicher Forschung erscheint hochgradig sinnvoll angesichts der Masse an Studien und Essays, die seit Gründung der Bundesrepublik und der DDR in beiden Staaten über die deutsche Rechte erschienen ist und die nur sehr eingeschränkt als Sekundärliteratur genutzt werden kann, da sie sich in der Regel mit anderen Forschungsfragen beschäftigt und andere Begrifflichkeiten nutzt.⁹⁵ Deshalb erscheint es angebracht, das Gros der seit 1945 erschienenen politik- und sozialwissenschaft-

schen Partei, Wiesbaden 2015, und den vergleichsweise aktuellen Stand von *Hajo Funke*, Die Höcke-AfD. Eine rechtsextreme Partei in der Zerreißprobe. Eine Flugschrift, Hamburg 2021.

91 Vgl. etwa *Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter*, Pegida. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015; *Lucius Teidelbaum*, Pegida. Die neue deutschnationale Welle auf der Straße (rechter rand, Bd. 16), Unrast-Verlag, Münster 2016, 91 S., brosch., 7,80 €; *Werner J. Patzelt/Joachim Klose* (Hrsg.), PEGIDA. Warnsignale aus Dresden, Dresden 2016.

92 *Vanessa Conze*, Abendland, in: Europäische Geschichte Online (EGO), hrsg. v. Leibniz-Institut für Europäische Geschichte (IEG), 9.3.2012, URL: <<http://www.ieg-ego.eu/conzev-2012-de>> [19.2.2023]; *Wolfgang Benz*, Auftrumpfendes Unbehagen. Der kurze Erfolg der Bewegung Pegida, in: *ZfG* 63, 2015, S. 759–776.

93 *Christoph Schönberger/Sophie Schönberger* (Hrsg.), Die Reichsbürger. Verfassungsfeinde zwischen Staatsverweigerung und Verschwörungstheorie, Frankfurt am Main/New York 2020. Zur Historisierung des Phänomens vgl. *Frieder Günther*, »Die Uhr noch einmal zurückdrehen«. Die Reichsbürgerbewegung und die rechtlichen Narrative zum Fortleben des Deutschen Reiches nach 1945, in: ebd., S. 71–91. *Hans-Joachim Bieber*, Bürgertum in der Revolution. Bürgerräte und Bürgerstreiks in Deutschland 1918–1920, Hamburg 1992; *Peter Winzen*, Friedrich Wilhelm von Loebell (1855–1931). Ein Leben gegen den Strom der Zeit, Wien/Köln etc. 2018, S. 317–366.

94 Was den Herausgebern freilich bewusst ist: *Gideon Botsch/Christoph Schulze* (Hrsg.), Rechtsparteien in Brandenburg. Zwischen Wahlalternative und Neonazismus 1990–2020, Berlin 2021, S. 13.

95 *Rüdiger Graf/Kim Christian Priemel*, Zeitgeschichte in der Welt der Sozialwissenschaften. Legitimität und Originalität einer Disziplin, in: *VfZ* 59, 2011, S. 479–508.

lichen Darstellungen zur Rechten wie die Publizistik, die Presse, die Verfassungsschutzberichte und so weiter als (besonders gehaltvolle!) Quellen zu nutzen.

Als Vorbild oder Inspiration für den historischen Zugriff auf die deutsche Rechte der Gegenwart oder der Vergangenheit dienen kann auch das Buch »The Extreme Gone Mainstream. Commercialization and Far Right Youth Culture in Germany«.⁹⁶ Die Soziologin Cynthia Miller-Idriss beschäftigt sich darin mit der Rolle von Kleidung als ästhetisierende kulturelle Produkte in der »äußerst rechten« Jugend Deutschlands in den ersten Jahren des 21. Jahrhunderts. Auf Basis von Produktkatalogen, kommerziellen Webseiten und Fotoarchiven sowie Interviews mit 51 Jugendlichen argumentiert sie, dass sich zu Beginn der 2000er-Jahre mit Marken wie Thor Steinar ein neuer Stil entwickelt habe, der es Jugendlichen ermögliche, ihre Individualität auszudrücken und gleichzeitig über ein komplexes Set codierter Symbole klandestin extrem rechte Botschaften zu verbreiten (S. 2). Miller-Idriss schlüsselt einerseits die Bedeutung der Codes unter Rückgriff auf historisches Bildmaterial auf. Andererseits geht sie in den Interviews der Frage nach, wie die Jugendlichen – Schüler*innen zweier Berliner Baufachschulen – die Ikonografie interpretieren und was sie zum Kauf bestimmter Produkte bewegt. Sie weitet mithin den Untersuchungsgegenstand der Rechten über die Ideologie und im engen Sinne politische Aktivitäten auf kulturelle Aspekte aus – ein Ansatz, der als äußerst fruchtbar für die historische Untersuchung der Rechten gelten darf. Denn während die pophistorische Forschung gezeigt hat, wie wichtig und keineswegs unpolitisch ästhetisierende und Konsumpraktiken gesellschaftshistorisch sind, wird in der Geschichtsschreibung der Rechten zumeist noch klassische Politikgeschichte betrieben.⁹⁷

Miller-Idriss begreift den Konsum von und das Schmücken mit kulturellen Produkten als Handlungen mit politischer Implikation und liefert damit historisierbares Material zum Handeln rechter Akteur*innen. Das Tragen spezifischer Kleidung diene der Herstellung von Zugehörigkeit und Gemeinschaft, könne als Ausdruck von ästhetischem Widerstand gelten und ein Gateway zum direkten politischen Engagement bilden. Kulturelle Waren befriedigten demnach emotionale Impulse, die ebenso wie das Streben nach politischer Autonomie den Nationalismus ausmachten beziehungsweise als Motivation fungierten. Miller-Idriss stellt sich explizit gegen eine Trennung von Kultur und Kommodifizierung – also das Zur-Ware-Werden hier der kulturellen Güter und Dienstleistungen –, bei der nur Ersterem eine bedeutungsvolle Funktion zukomme. So einleuchtend das ist, ist dieser angeblich marxistische Blick der Forschung zumindest in Bezug auf die deutsche Geschichtswissenschaft spätestens seit Detlef Siegfrieds Habilitationsschrift von 2006 allerdings auch ein Strohmann.⁹⁸ Für die Forschung zur Rechten ist die Einsicht allerdings wie

96 Cynthia Miller-Idriss, *The Extreme Gone Mainstream. Commercialization and Far Right Youth Culture in Germany* (Princeton Studies in Cultural Sociology, Bd. 25), Princeton University Press, Princeton 2018, 312 S., geb., 32,00 \$.

97 Vgl. Bodo Mrozek, Popgeschichte, Version: 1.0, in: Docupedia-Zeitgeschichte, 6.5.2010, URL: <http://docupedia.de/zg/mrozek_popgeschichte_v1_de_2010> [19.2.2023]; Alexa Geisthövel/Bodo Mrozek (Hrsg.), Popgeschichte, Bd. 1: Konzepte und Methoden, Bielefeld 2014; dies./Jürgen Danyel (Hrsg.), Popgeschichte, Bd. 2: Zeithistorische Fallstudien 1958–1988, Bielefeld 2014.

98 Detlef Siegfried, *Time is on My Side. Konsum und Politik in der westdeutschen Jugendkultur der 60er Jahre*, Göttingen 2006.

gesagt aufschlussreich. Anschließen könnten hier Fragen nach den Praktiken der Designer*innen und des Vertriebs sowie der Refinanzierung anderer rechter Aktivitäten über die Einnahmen aus dem Verkauf dieser niedrigschwelligen Angebote. Auch ein vergleichender Blick etwa auf den »ästhetischen Ungehorsam« jugendkultureller Gruppen in der deutschen Diktatur könnte bei aller Vorsicht mit Blick auf die grundsätzlichen Unterschiede zwischen Bundesrepublik und DDR lohnen – schließlich wähn(t)en rechte Jugendliche sich gerne als diktatorisch marginalisierte Minderheit in der Demokratie.⁹⁹ Miller-Idriss' Bemerkungen zum Gebrauch von Ché-Shirts und Pali-Tüchern in der Rechten zeigen, was hier durch eine Historisierung noch zu gewinnen ist – denn sie erklärt diese Moden rein gegenwartsbezogen. Dabei trugen Nationalist*innen derlei schon in den 1970er- und 1980er-Jahren – dabei eine Linke imitierend, die sich mit der palästinensischen Nationalbewegung solidarisierte. Durch das Sample zweier Schulen, von denen nur eine das Tragen von Szenekleidung untersagt, kann die Autorin zeigen, dass Verbote – wenn inkonsequent und ohne ausreichende Szenekenntnis durchgesetzt – eher zu Ausdifferenzierung führen, als dass sie Jugendliche vom Konsum abhalten. Die Codes werden komplexer, um die Verbote zu umgehen, was letztlich sogar die Attraktivität des Coding-Spiels erhöhe. Was das für die Wirkmacht der Kulturobjekte bedeutet, beantwortet Miller-Idriss nicht direkt. Die tabellarisch dargestellten Ergebnisse ihrer Interviews mit Jugendlichen zeigen, dass diese viele der Codes gar nicht verstehen oder auch nur der Rechten zuordnen. Das muss ihre Wirkmacht allerdings nicht zwangsläufig begrenzen – es ist vielmehr denkbar, dass die in den Slogans und Motiven transportierten Botschaften von Maskulinität und Aufopferungsbereitschaft für das Heimatland leichter eindringen, wenn sie nicht als rechts identifiziert und daher nicht als Tabu begriffen werden.

Freilich sind Mode und Kleidungskultur nur ein Handlungs- und Wirkungsort von vielen, in denen Rechte zuletzt besonders aktiv waren und wo ihnen eine Expansion des in der alten Bundesrepublik stabilisierten »nationalen« Milieus zu gelingen scheint – beziehungsweise eine Subversion und Erosion liberaler, konservativer und linker Lebenswelten. Beispielhaft verwiesen sei hier etwa auf das Phänomen, das von Andrea Röpke und Andreas Speit als »Völkische Landnahme« beschrieben worden ist, bei der »alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos« wirkten und das aus historischer Perspektive auch deshalb so interessant ist, weil sich hier eine Mischung aus Nationalismus und Ökologismus neu formiert, die im 19. Jahrhundert entstand.¹⁰⁰ Nicht ganz so erfolgreich wie von ihr erhofft war die deutsche Rechte bei dem Versuch, die Proteste gegen die Corona-Politik der Bundesregierung in ihrem Sinne zu prägen, wie die Beiträge von Volker Weiß, Barbara Hentges

99 Vgl. *Nikolai Okunew*, *Red Metal. Heavy Metal in der DDR*, Berlin 2021.

100 *Andrea Röpke/Andreas Speit*, *Völkische Landnahme. Alte Sippen, junge Siedler, rechte Ökos*, Berlin 2019. Zum Verhältnis von Nationalismus und Ökologismus vgl. *Richard Stöss*, *Vom Nationalismus zum Umweltschutz. Die Deutsche Gemeinschaft/Aktionsgemeinschaft Unabhängiger Deutscher im Parteiensystem der Bundesrepublik*, Wiesbaden 1980. Zur Vorgeschichte vgl. *Uwe Puschner/Walter Schmitz/Justus H. Ulbricht* (Hrsg.), *Handbuch zur »Völkischen Bewegung« 1871–1918*, Berlin/Boston 1996, sowie jetzt neu *Anna Danilina*, *Ethiken der Essenz. Eine Emotions- und Körpergeschichte der Rasse in inneren Kolonien (1890–1933)*, Göttingen 2023. Zu einer anderen rechtsoffenen Siedlungspolitik: *Andreas Kemper*, *Privatstädte. Labore für einen neuen Manchesterkapitalismus*, Münster 2022.

und Gerd Wiegel in dem von dem Historiker Wolfgang Benz herausgegebenen Sammelband zum »Querdenker«-Phänomen zeigen.¹⁰¹ In »Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«« untersucht der Historiker Sven Reichardt aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, wie genau diese rechten Gruppierungen das Misstrauen unter Slogans wie »Heimatschutz statt Mundschutz« politisch zu schüren versuchten.¹⁰² Erfolgreicher war die Rechte in Teilen der Arbeiterschaft, wo es ihr gelang, das nicht eingelöste Versprechen nach Gerechtigkeit und Wohlstand für Arbeiter*innen zu ethnisieren und eine soziale Frage rassistisch aufzuladen, wie der Soziologe Klaus Dörre gezeigt hat.¹⁰³ Historisch könnte man hier auch von einer Nationalisierung sozialer Konflikte sprechen. Offen ist, in welchem Umfang es der deutschen Rechten und ihren internationalen Bündnispartnern gelingen wird, jene Klimapolitik unter nationalistischen Vorzeichen zu propagieren, die von den Soziologen Matthias Quent, Axel Salheiser und Christoph Richter als Klimarassismus beschrieben worden ist.¹⁰⁴ Last, not least stellt sich die Frage, inwiefern es der Rechten gelingt, ihre finanzielle Basis zu erweitern¹⁰⁵, die in der alten Bundesrepublik eher schmal, in der Weimarer Republik dagegen sehr breit war. Ein Desiderat stellt eine Studie über nationalistische Financiers dar, die zum Beispiel von Hugo Stinnes über Fritz Thyssen und Hugo Stinnes Junior bis hin zu Peter Thiel reicht.

Wie mit alldem umgehen? Es gibt wohl keinen Untersuchungsgegenstand, anhand dessen diese Frage in den letzten Jahren ausführlicher behandelt wurde als der sogenannte NSU. Ein Buch, das aus historiografischer Sicht aus der großen Zahl wichtiger Publikationen heraussticht, ist »Wahrheit und Lüge in den polizeilichen Ermittlungen im NSU-Komplex« von Markus Mohr und Daniel Roth.¹⁰⁶ Die Autoren, die sich als Sachbuchautor und Lehrer vorstellen, verstehen ihr Werk als kleinen Beitrag zu der systematischen Auswertung des zum NSU kompilierten Materials, die von den investigativen Journalisten Stefan Aust und Dirk Laabs nach dem Zschäpe-Urteil in der »Welt« eingefordert worden war. Standen bisher die Verfassungsschutzämter im Zentrum der Recherche und Kritik, fokussieren Mohr und Roth die Polizeiarbeit. Die ist deshalb interessant, weil die Polizei – in bisweilen konflikthafter Abstimmung mit dem Inlandsgeheimdienst – nicht nur entschied,

101 Wolfgang Benz (Hrsg.), *Querdenken. Protestbewegung zwischen Demokratieverachtung, Hass und Aufruhr*, Berlin 2021.

102 Sven Reichardt (Hrsg.), *Die Misstrauensgemeinschaft der »Querdenker«*. Die Corona-Proteste aus kultur- und sozialwissenschaftlicher Perspektive, Frankfurt am Main/New York 2021.

103 Klaus Dörre, In der Warteschlange. Arbeiter*innen und die radikale Rechte, Verlag Westfälisches Dampfboot, Münster 2020, 355 S., brosch., 30,00 €; vgl. auch Karina Becker/Klaus Dörre/Peter Reif-Spirek (Hrsg.), *Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte*, Frankfurt am Main/New York 2018.

104 Matthias Quent/Axel Salheiser/Christoph Richter, *Klimarassismus. Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende*, München 2022.

105 Vgl. etwa Christian Fuchs/Paul Middelhoff, *Das Netzwerk der Neuen Rechten. Wer sie lenkt, wer sie finanziert und wie sie die Gesellschaft verändern*, Reinbek 2019, Kap. 8.

106 Markus Mohr/Daniel Roth, *Stärkere Strahlkraft. Wahrheit und Lüge in den polizeilichen Ermittlungen im NSU-Komplex 2000–2011. Limitierter Eigendruck*, [Leipzig]/[Hamburg] Oktober 2021, 380 S., brosch.; Anna Lippard, *Die Erschaffung und Verfolgung des »Phantoms von Heilbronn«*, in: ebd., S. 261–274. Vgl. auch Daniel Köhler, *Right-Wing Terrorism in the 21st Century. The »National Socialist Underground« and the History of Terror from the Far-Right in Germany*, Routledge, London 2016, 288 S., geb., 150,00 £.

in welche Richtungen ermittelt wurde, sondern auch, was die Öffentlichkeit über die Mörder und ihre Opfer wissen sollte. So habe die Presse das Wording und Framing der Polizei in der Regel übernommen. Das Buch soll rekonstruieren, was die Ermittler jeweils wissen konnten, was sie taten und nach gängigen Standards hätten tun können – und wie das Wissen der Polizei mit dem der Angehörigen kollidierte. Ein Quellenjuwel, das die beiden im Internet entdeckt und erstmals ausgewertet haben, sind die Online-Pressemittelungen des Polizeipräsidiums Mittelfranken. Systematisch genutzt haben sie ferner die Untersuchungsausschussberichte, Stellungnahmen von Angehörigen und Anwält*innen, journalistische und antifaschistische Recherchen, online recherchierbare Medien sowie Forschungsliteratur. Eine zentrale These des 376 Din-A4-Seiten und 1.505 Fußnoten umfassenden Werks lautet, dass im NSU-Komplex von jenem »Versagen des Staates« (S. 11), von dem sowohl die Sicherheitsbehörden als auch die meisten Kritiker*innen sprachen, nur eingeschränkt die Rede sein kann. Erstens tragen die beiden Autoren viele bekannte und neue Befunde zusammen, die das Handeln der Polizei oft nicht etwa als fehlerhaft erscheinen lassen, sondern »den Verdacht gezielter Sabotage und bewussten Hintertreibens« von Aufklärung aufkommen lassen, wie sich die Vorsitzende des Thüringer Ausschusses, die SPD-Politikerin Dorothea Marx, ausdrückte (S. 12). Es liegt also nahe, dass ein Teil der involvierten Behördenmitarbeiter keine Aufklärung wollte, sie also zum NSU-Komplex beitrugen, vielleicht sogar Teil eines jener rechten Netzwerke waren, die erst in den letzten Jahren vermehrt identifiziert werden. Zweitens arbeiten die beiden heraus, inwiefern zumindest große Teile der involvierten Behörden an ihren zeitgenössischen Maßstäben gemessen womöglich ebenfalls nicht versagt, sondern durch die Nichtaufklärung höchst erfolgreich jenen Imageschaden von der Bundesrepublik abgewendet hätten, der entstanden wäre, wenn die Mord- und Anschlagsserie im Vorfeld der Herrenfußball-WM 2006 aufgefliegen und eine »Welt zu Gast bei Freunden« erkannt hätte, dass die Täter*innen »von einer Vielzahl staatlich alimentierter Spitzel umstellt« (S. 340) waren.

Diese Argumente sind nachvollziehbar. Wer die Geschichte des Umgangs mit organisierten und integrierten Rechten in der Bundesrepublik kennt, weiß, dass für die Behörden der Schutz des »Ansehens im Ausland« in aller Regel viel wichtiger war als die Interessen jener, die ein Problem mit den Rechten hatten, und dass dies auch dem herrschenden Verständnis von Staats- und Verfassungsschutz entsprach.¹⁰⁷ Und es spricht einiges dafür, dass sich an dieser Grundtendenz in der »streitbaren Demokratie« erst *infolge* der Selbstenttarnung des NSU langsam etwas ändert, wie etwa die Absetzung Hans-Georg Maaßens im Jahr 2018 zeigt, weshalb für viele staatlich Handelnde im NSU-Komplex ganz ähnliche Maßstäbe gegolten haben dürften wie in der alten Bundesrepublik. Im Ergebnis enttarnte sich der NSU ganz ohne Polizeieinwirkung und Zehntausende Ausschussprotokollseiten konnten nie die parteiübergreifenden »Zweifel« daran zerstreuen, »dass der NSU nur aus drei Personen bestehen soll«, wie es Clemens Binninger, Kriminalkom-

107 Vgl. aus der Fülle an Literatur etwa *Norbert Frei*, *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996; *Rigoll*, *Staatsschutz in Westdeutschland*.

missar und für die CDU im Bundestagsausschuss, formulierte: »Und diese Zweifel sind nicht kleiner geworden. Wir glauben, dass es Tatbeteiligte gibt, die wir noch nicht kennen.« Er mochte nicht einmal »ausschließen, dass es weitere Taten gibt, von denen wir nichts wissen« (S. 302). Davon abgesehen ist das Buch für den uns interessierenden Zusammenhang auch deshalb von Bedeutung, weil es zeigt, dass die Sicherheitsbehörden die Wirkmacht des NSU über Jahre hinweg *volens nolens* nicht etwa einschränkten, sondern erweiterten, weil sie in den angegriffenen Communities das von rechts erwünschte Gefühl verstärkten, von der Polizei keine Hilfe erwarten zu können, ja im Gegenteil vom deutschen Staat ebenfalls bedroht zu sein.¹⁰⁸ Es beginnt mit der Nichtberücksichtigung von Tatzeugen, die an den Tatornten weiße Männer identifizierten, darunter einer, der »wirklich böse« geschaut habe (S. 156), und einmal sogar einen »Junkie oder Nazi« (S. 175), von Tatkontexten wie beispielsweise den Brandanschlägen einer selbsterklärten »Nationalen Bewegung« auf türkische Imbisse im Herbst 2000 und von möglichen weiteren Tatbeteiligten in jenem »Netzwerk von Kameraden«, als das sich der NSU im Selbstenttarnungsvideo bezeichnete. »Wie wurden die Tatorte ausgewählt?«, wird Binninger zitiert: »Gab es Unterstützer vor Ort? Wissen wir nicht. Wer war noch in die Produktion der Bekenner-DVDs eingebunden? All diese Punkte sind noch mehr als offen.« (S. 302) Es setzt sich fort mit den Ermittlungen gegen Angehörige der Ermordeten, gegen einen inexistenten Drogenring, der »Döner-Morde« begeht, und mit dem Ausmachen einer »schwer durchdringbaren Parallelwelt« im Umfeld der Opfer, während die Sicherheitsbehörden die Öffentlichkeit mehrfach hinters Licht führten und Akten schredderten (Kap. 13). Es endet mit dem Topos »Braune Armee Fraktion« (Kap. 14), mit dem Sicherheitsbehörden und Extremismusforscher eingestanden, dass sie die Vorbilder des Naziterrors in der linken Gewalt der 1968er-Jahre suchten – und nicht etwa im deutschen Nationalismus des 19. und 20. Jahrhunderts, auf den sich rechte Eigennamen wie »Nationalsozialistischer Untergrund«, »Blood and Honor«, »Thüringer Heimatschutz«, »Freikorps Havelland« und »Werwolf« ja beziehen. Und dies zu einer Zeit, da das Bundeskriminalamt gerade von Historikern seine »Schatten der Vergangenheit« aufarbeiten ließ.¹⁰⁹

Haben die deutschen Sicherheitsbehörden also nicht nur den NSU »nicht wirklich verstanden« (S. 338), wie der Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz, der Sozialdemokrat Heinz Fromm, nach der Selbstenttarnung des Netzwerks im Herbst 2011 einräumte, sondern auch die lange Geschichte nationalistischer Gewalt vor, während und nach dem Naziregime? In der Tat werden seit 1945 zwar der Nazismus und seine Nachgeschichte intensiv beforscht, nicht jedoch rechte Gewalt als solche und der staatliche Umgang damit. Auch die vielen Behördengeschichten, die zuletzt erschienen sind, thematisieren den Problemkomplex wenn überhaupt nur am Rande. Eine Ausnahme stellt die Geschichte der Bundesanwaltschaft aus der Feder der Historiker Friedrich Kießling und Christoph Safferling dar, die ein

108 Einen ähnlichen Effekt schildert *Barbara Manthe*, Rechtsterroristische Gewalt in den 1970er Jahren. Die Kühnen-Schulte-Wegener-Gruppe und der Bückeburger Prozess 1979, in: VfZ 68, 2020, S. 63–94: Die Nazis konnten den Gerichtssaal für ihre Propaganda nutzen.

109 Bundeskriminalamt (Hrsg.), Schatten der Vergangenheit. Das BKA und seine Gründungsgeneration in der frühen Bundesrepublik, Köln 2011.

Kapitel über »Verfahren gegen rechts« enthält.¹¹⁰ Ein Desiderat besteht hier nicht nur darin, auch den Umgang anderer sicherheitsrelevanter Stellen mit rechten Gewalttäter*innen zu untersuchen und neben Modi der Bekämpfung auch solche der Umarmung im Blick zu haben.¹¹¹ Darüber hinaus ist es an der Zeit, im Anschluss an die Pionierarbeiten von Emil Julius Gumbel zur »Geschichte und Soziologie der nationalistischen Geheimbünde« in der Weimarer Republik neben der rechten Gewalt und ihren Trägergruppen die nationalistischen Netzwerke in Staat, Gesellschaft und anderen Ländern zu rekonstruieren, die letztlich sowohl die Taten als auch deren häufige Nichttahnung ermöglichten.¹¹² In der Forschung zum Thema, die sich vor allem mit der Weimarer Republik beschäftigt hat, kommt dieser Aspekt zu kurz, sieht man von der Biografie des Filmemachers Klaus Gietinger über Waldemar Pabst ab, der unter anderem die Ermordung Rosa Luxemburgs und Karl Liebknechts organisiert hat.¹¹³ Wünschenswert wäre zum Beispiel eine ähnliche Studie über den Rechtsterroristen und Multiaktivisten Manfred Roeder und dessen bis in den palästinensischen Nationalismus hineinreichende internationale Kontakte. Geheimdienste haben über Roeder zweifellos einiges gesammelt, das auch Auskunft über den staatlichen Umgang mit ihm geben würde – wenn denn der politische Wille da wäre, es der Forschung zur Verfügung zu stellen.¹¹⁴ Neben biografischen bieten sich aber auch thematische Sondierungen an, wie etwa das Buch der Anwälte Mehmet Daimagüler und Ernst von Hirschhausen über »Die deutsche Justiz und ihre Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis« seit 1919.¹¹⁵ Zu den Desiderata zählt etwa eine Geschichte des V-Mann-Wesens, die mit Adolf Hitler beginnen könnte, der seine Karriere als »Verbindungsmann« und nationalistischer Propagandist der Reichswehr begann, oder auch mit Wilhelm Stieber, der ab 1845 im Dienst der preußischen Reaktion stand und auch international gegen »Communisten-Verschwörungen« ermittelte.¹¹⁶

110 Friedrich Kießling/Christoph Safferling, Staatsschutz im Kalten Krieg. Die Bundesanwaltschaft zwischen NS-Vergangenheit, Spiegel-Affäre und RAF, dtv-Verlag, München 2021, 607 S., geb., 34,00 €, Kap. III 3.

111 Dominik Rigoll, Wie umgehen mit den rechten Gefährdern? Antinazistische Sicherheitspolitik in Westdeutschland, 1945–1960, in: Zeitgeschichte-online, Oktober 2019, URL: <<https://zeitgeschichte-online.de/themen/wie-umgehen-mit-den-rechten-gefaehrtern>> [19.2.2023].

112 Emil Julius Gumbel, Verschwörer. Zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde 1918–1924, Heidelberg 1924; vgl. auch Dominik Rigoll, Rechte Gewalt in und aus Deutschland. Ein Jahrhundertproblem, in: Zeitschrift LuXemburg, 2020, S. 56–61.

113 Klaus Gietinger, Der Konterrevolutionär. Waldemar Pabst – eine deutsche Karriere, Hamburg 2009.

114 Zu Roeder vgl. Gräfe, Rechtsterrorismus in der Bundesrepublik Deutschland, S. 126–142, und jetzt neu Sebastian Bischoff, Nation und Perversion. Der »Anti-Porno-Anwalt« Manfred Roeder und sein Übergang in die völkisch-radikalnationalistische Rechte, 1969–1975, in: GG 48, 2023, S. 584–618.

115 Mehmet Gürcan Daimagüler/Ernst von Münchhausen, Das rechte Recht. Die deutsche Justiz und ihre Auseinandersetzung mit alten und neuen Nazis, Karl Blessing Verlag, München 2021, 591 S., geb., 26,00 €.

116 Vgl. die lesenswerte Studie von Othmar Plöckinger, Unter Soldaten und Agitatoren. Hitlers prägende Jahre im deutschen Militär 1918–1920, Paderborn/München etc. 2013, sowie die Skizze von Markus Mohr, »Unter der Leitung eines gewissen Stieber«. Über den Aufstieg eines Spitzels zum preußischen Geheimrat, in: ders./Klaus Viehmann (Hrsg.), Spitzel. Eine kleine Sozialgeschichte, Berlin 2004, S. 37–44.

Damit sind wir abschließend bei der Frage angelangt, wie die Geschichte und Gegenwart der deutschen Rechten in ihren internationalen Kontexten zu verorten ist – auch jenseits der nationalistischen Internationale, deren Konturen wir im ersten Abschnitt skizziert haben. Ein Buch, das sich für eine solche Verortung gut eignet und gleichwohl in Deutschland noch kaum rezipiert wurde, ist »Nationalism. A Religion« von Carlton J. H. Hayes, das erstmals 1960 erschien und 2016 neu ediert worden ist. Der an der New Yorker Columbia Universität lehrende Historiker begann unmittelbar nach Ausbruch des Ersten Weltkriegs damit, sich mit Nationalismus zu beschäftigen, und wurde so zum Begründer einer sowohl geschichts- als auch gegenwartswissenschaftlichen Nationalismusforschung.¹¹⁷ Hayes Ausgangspunkt ist eine ungewöhnliche, aber simple Nationalismusdefinition (S. 1–9), mit deren Hilfe man nationale Vergemeinschaftungsformen mit lokalen, regionalen, kontinentalen, globalen und digitalen in Beziehung setzen kann. Für ihn ist Nationalismus eine »Fusion« aus »Patriotismus« und dem »Bewusstsein für Nationalität« – also dem Bewusstsein dafür, einer »Nation« oder einem »Volk« anzugehören. *Patriotismus* definiert er als eine »Liebe«, also ein »Gefühl«, das seit Menschengedenken existiere, aber bis ins Mittelalter eher auf Klans, Stämme, Dörfer, Städte, Reiche, Kirchen oder Feudalstaaten bezogen worden sei. *Nationalitäten* (»nationalities«) beziehungsweise Völker sind für ihn Gemeinschaften, die sich durch Sprache, Traditionen und Sitten konstituieren. Abstammung spiele keine große Rolle, auch wenn das lateinische Wort »natio« und diverse Nationalmythen anderes suggerierten. Nationalitätsbezogener Patriotismus – sprich: Nationalismus – sei erst in der Neuzeit mit national gefassten Staaten, Ökonomien, Kirchen und Literaturen entstanden. Sei Nationalismus zunächst ein »kulturelles«, von Intellektuellen getragenes Phänomen gewesen, habe sich seit dem 16. Jahrhundert von England aus überall in Europa ein »politischer Nationalismus« entwickelt, der Nationalbewusstsein und nationalen Patriotismus systematisch organisierte. Innerhalb formierter Nationalstaaten sei ein »wirtschaftlicher Nationalismus« entstanden, der die Konkurrenz zwischen Staaten anstachelte, aber auch konstitutiv für »Wohlfahrtsstaaten« war.

Lange vor Eric Hobsbawm, Benedict Anderson und Ernest Gellner hat Hayes herausgearbeitet, wie Nation(alität)en und Nationalismen *gemacht* werden, also das Produkt menschlicher Handlungen sind, und wie sie auf die Welt um sich herum einwirkten. Er zeigt, dass kulturelle, politische und wirtschaftliche Prozesse der »Nationalisierung« (S. 39 und passim), nicht nur von Nationalist*innen vorangetrieben werden, sondern auch von den Nationalstaaten selbst, die schon aufgrund ihrer Verfasstheit stetige Nationalismusproduzenten sind – allem voran in Schulen und Armeen. Hayes zentrale These lautet, dass Nationalismus als »Substitut« für Religion (S. 43) fungierte, ja selbst zur Religion wurde, und zwar nicht erst beim »integralen Nationalismus« (S. 123) eines Hitler oder Mussolini. Schon die Nationalismen des 19. Jahrhunderts hätten mit dem Nationalstaat eine neue Kirche produziert – mit neuen Heilsversprechen, Aposteln, Heiligen, Kulte, Mythologien, mit Intoleranz gegenüber Ungläubigen und Häretikern sowie nicht zuletzt mit der an

117 Carlton J. H. Hayes, *Nationalism. A Religion*. With a New Introduction by John P. Rossi, Routledge, London/New York 2017 (zuerst 1960), 198 S., brosch., 44.99 £. Vgl. außerdem die frühen, nicht minder interessanten Arbeiten: *ders.*, *Essays on Nationalism*, New York 1926; *ders.*, *The Historical Evolution of Modern Nationalism*, New York 1931.

alle Nationsmitglieder gerichteten Forderung nach Opfern. Wirkungen des Nationalismus behandelt Hayes zum einen anhand von dessen weltweiten »Export« (S. 91). Zum anderen – und dies ist hier besonders relevant – interessiert er sich für die Nationalisierung anderer politischer Ideologien, mithin also für etwas, was wir in diesem Beitrag partialen Nationalismus nennen. Der Liberalismus etwa habe durch seine Allianz mit den Nationalbewegungen nicht selten seine Liberalität eingebüßt, die er als universell proklamierte Freiheitsrechte nationalistisch ausbuchstabierte. Wie Hayes am Beispiel Otto von Bismarcks darlegt, führte die Fusion von Konservatismus und Nationalismus zum Erstarken eines Militarismus, mit dem Kriege gewonnen und die Bevölkerung von rechts oben her nationalisiert werden konnte. Hayes kontrastiert den Reichskanzler mit Napoleon III., der zwar ebenfalls ein »nationalistischer Herrscher« gewesen sei (S. 65–72), dabei jedoch nicht nur auf Repression und Propaganda, sondern auch auf Plebiszite setzte.¹¹⁸ Dass im späten 19. Jahrhundert ein »integraler Nationalismus« entstand, führt Hayes auf die Fusion von Nationalismus und Materialismus zurück: »Nationalistische Propagandisten« hätten im Zuge einer »pseudowissenschaftlichen Generalisierung« die Befunde Charles Darwins zum »Überleben des Stärkeren« im »Kampf ums Dasein« auf Nationalitäten übertragen und einen Nationalismus geschaffen, der das Wohl des eigenen Volks allem überordnete (S. 82). Regimeform habe dieser – im Buch auch »totalitär« genannte – integrale Nationalismus zunächst in jenen Staaten angenommen, die als Verlierer des Ersten Weltkriegs gelten konnten: Deutschland, Italien – und Russland. Tatsächlich zählt Hayes neben Hitler und Mussolini auch Stalin zu den großen »nationalistischen Diktatoren«. Die Bolschewiki seien zwar »bekennende Internationalisten« gewesen, sie hätten »ihren Einfluss auf die Massen« aber letztlich durch »die Verschmelzung nationalistischer mit kommunistischer Politik« gesichert (S. 124 f.).

Obwohl die Entwicklung des deutschen Nationalismus nach 1945 in Hayes' Klassiker nur in einer Randbemerkung vorkommt, wonach es in der postfaschistischen Bundesrepublik »nicht an nationalistischem Geist gemangelt« habe (S. 137), hilft das Buch beim Verständnis der deutschen Rechten. Orientierte sich die Nationalismusforschung in der Bundesrepublik bisher oft an dem Politologen Karl W. Deutsch, der Nationalismus als Produkt von *Kommunikation* untersucht und nach seiner sozialen Funktion gefragt hat¹¹⁹, lässt sich bei Hayes lernen, wie Nationalismus als das Resultat von *Organisation* durch Nationalist*innen oder Nationalstaaten historisiert werden kann – und welche politische Bedeutung ihm zukam. Hayes' Nationalismusgeschichte ist immer zugleich Kultur, Wirtschafts- und Poli-

118 Womöglich sieht man im historischen Bonapartismus jene Mischung aus Nationalismus und Demokratismus am Werk, die man heute Rechtspopulismus nennt. Vgl. Martin Beck/Ingo Stützle (Hrsg.), Die neuen Bonapartisten. Mit Marx den Aufstieg von Trump & Co. verstehen, Berlin 2018.

119 Von dem Klassiker von Heinrich August Winkler (Hrsg.), Nationalismus, Königstein im Taunus 1978, bis hin zu Christian Jansen/Henning Borggräfe, Nation – Nationalität – Nationalismus, Frankfurt am Main 2007, und Rolf-Ulrich Kunze, Nation und Nationalismus, Darmstadt 2005, sowie ders., Nationalismus: Illusionen und Realitäten. Eine kritische Bestandsaufnahme, Stuttgart 2019. Vgl. etwa Karl W. Deutsch, Nationalism and Social Communication. An Inquiry into the Foundations of Nationality, New York 1953, sowie ders., Nationalism and Its Alternatives, New York 1969.

tikgeschichte. Seine Definition von Nationalismus besticht dadurch, dass sie – im Gegensatz zu vielen anderen – nicht normativ zwischen einem »gemäßigten Patriotismus« und einem »übertriebenen Nationalismus« unterscheidet, sondern beides zusammendenkt: Nationalismus ist für ihn nationsbezogene Vaterlandsliebe, die freilich höchst unterschiedlich ausbuchstabiert werden kann, zum Beispiel je nachdem, ob es sich um liberalen, kommunistischen oder nationalistischen (»integralen«) Nationalismus handelt. Das Augenmerk, das Hayes auf das Verhältnis von Nationalismus und Religion richtet, kann heutigen Forscher*innen beispielsweise dabei helfen, den gegenwärtigen Siegeszug christlicher, islamistischer, hinduistischer und anderer religiöser Nationalismen in einer langen Verflechtungsgeschichte von Nationalität und Religiosität zu verorten, die bis in die Frühe Neuzeit zurückreicht. Der Umstand, dass die Sowjetunion für Hayes nicht nur ein kommunistisches, sondern auch ein nationalistisches Regime war, nimmt nicht nur neuere Forschungen zur Nationalisierung des Kommunismus im Stalinismus vorweg¹²⁰, sondern auch aktuelle Debatten über den Zusammenhang zwischen dem russischen Imperialismus unter Stalin und Wladimir Putin.¹²¹ Stalin gemeinsam mit Hitler und Mussolini als integralen Nationalisten zu bezeichnen, erscheint allerdings weniger präzise, als ihn einen nationalistischen Kommunisten zu nennen, schließlich war er Mitglied in einer kommunistischen und nicht in einer nationalistischen Partei. Gut gealtert sind Hayes' Forschungen schließlich auch deshalb, weil man ihnen anmerkt, dass er – im Gegensatz zu anderen Nationalismushistorikern wie Winkler und Hobsbawm – davon ausging, dass sein Untersuchungsgegenstand auch künftig virulent bleiben und sich neu erfinden würde. Seinem hier besprochenen Spätwerk ist daher ebenso eine deutsche Übersetzung zu wünschen wie seinem Erstling »Nationalismus« eine zweite deutsche Auflage. Die erste erschien 1929 bei einem Kleinverlag, wurde 1933 verbrannt und hierzulande ebenfalls kaum rezipiert.¹²²

Einen Vorschlag, wie die internationale Entwicklung der organisierten Rechten seit den 1970er-Jahren erzählt werden könnte, also für die Periode, in die in vielen Bereichen der Geschichts-, Sozial- und Politikwissenschaften die Vorgeschichte der Gegenwart fällt, hat Eiríkur Bergmann mit »Neo-Nationalism. The Rise of Nativist Populism« vorgelegt.¹²³ In dem als Einführung konzipierten, auf Sekundärliteratur, Presse und gelegentlichen persönlichen Beobachtungen basierenden Buch führt der Politologe, der zu skandinavischem Nationalismus, nationalistischem Populismus sowie zu Verschwörungspropaganda und Desinformationspolitik publiziert hat, diese drei Forschungsstränge produktiv zusammen. Seine zentrale, unter ande-

120 *Bayerlein*, Deutscher Kommunismus und transnationaler Stalinismus, S. 233 und passim; vgl. außerdem *Jens Gieseke*, Konservatismus und Autoritarismus im Staatssozialismus. Zur Einleitung, in: *Jahrbuch für historische Kommunismusforschung*, 2022, S. 1–25, sowie die anderen Beiträge mit Nationalismusbezug.

121 Zum Putinismus als Nationalismus vgl. auch *Charles Clover*, *Black Wind, White Snow. Russia's New Nationalism*, Yale 2022 (zuerst 2016).

122 *Carlton J. H. Hayes*, *Nationalismus*, Leipzig 1929. Das Buch wurde von Josua F. Friedlaender übersetzt und von Julius Goldstein eingeleitet, die im Namen der »deutschen Nation« ermordet wurden.

123 *Eiríkur Bergmann*, *Neo-Nationalism. The Rise of Nativist Populism*, Palgrave Macmillan, Cham 2020, 235 S., brosch., 29,95 €. Insofern ist das Buch auch eine lesenswerte Ergänzung zu der inzwischen klassischen und vielfach übersetzten Einführung von *Mudde*, *Rechtsaußen*.

rem im Anschluss an die Arbeiten der Linguistin Ruth Wodak formulierte These lautet, dass sich in den letzten fünf Jahrzehnten sowohl in West- und Osteuropa als auch in Nord- und Südamerika ein Neonationalismus herausgebildet habe, der Nationalismus mit Populismus zu einem neuartigen Nativismus verschmelze: Die Neonationalist*innen gerierten sich als die Beschützer der einheimischen Bevölkerung sowohl vor gefährlicher Zuwanderung als auch gegen liberale Eliten, die weder willens noch fähig seien, das Wohl der Nation zu sichern. Das Spektrum umfasse neben »fully far right nativist populists« (S. 210), zu denen er etwa die Le Pens und Matteo Salvini zählt, Personen wie Silvio Berlusconi, Donald Trump, Beppe Grillo und Mette Frederiksen, die sich den Nationalismus nur teilweise aneigneten oder mit ihm kooperierten. Als Unterschiede zu dem vom (Post-)Faschismus geprägten Nationalismus der Zwischen- und Nachkriegszeit macht Bergmann zum einen das Bekenntnis der neuen Nationalist*innen zur Demokratie aus. Bekämpft werde vor allem der Sozialliberalismus. Nationalliberale Positionen behielten die Adepten des neuen Nationalismus jedoch oftmals bei, vor allem in einer Wirtschaftspolitik, die Sozialleistungen nur für Angehörige der Nation vorsieht, oder indem sie sich für die Rechte Homosexueller einsetzen und diese gegen die Rechte muslimischer Migrant*innen ausspielen.¹²⁴ Zugleich öffne sich dieser Nationalismus für bestimmte Migrantengruppen oder Teile der Schwarzen Community in den USA, nachdem ein kulturalistischer den alten biologistischen Rassismus ersetzt habe. Das Ziel sei kein System-Change mehr, sondern vor allem ein Eliten-Austausch und mitunter ein neuer, nationalistischerer Gesellschaftsvertrag (»contract«, S. 211).¹²⁵

Bergmann zeigt, wie der neue Nationalismus nationalistisches Handeln stetig weiterentwickelt und seine Handlungsmacht sukzessive ausgebaut hat, sodass er in der Gegenwart eine immense Wirkungsmacht entfalten kann. Wie viele Politikwissenschaftler*innen unterscheidet auch er »Wellen«, die er an anderer Stelle treffend als »Wellen der populistischen Renationalisierung« bezeichnet hat.¹²⁶ In der ersten Welle, vor dem Hintergrund der Ölkrise, ersetzten nationalistische Parteien wie der FN ihren Antikommunismus durch einen vor allem antimuslimischen Nativismus und ihre wirtschaftsliberale Programmatik durch Forderungen nach einer Reservierung des Sozialstaats für die einheimische Bevölkerung. Sollte vorher der Staat vor »kommunistischer Unterwanderung« geschützt werden, waren nun die Sozialsysteme von »unkontrollierter Einwanderung« bedroht. In den USA entstand ein nationalkonservativer »Neokonservatismus«, der für Ronald Reagan den Slogan »Make America Great Again« entwickelte. In der zweiten Welle, geprägt vom Fall des Kommunismus und der Rückkehr des Nationalismus in den ehemaligen Staaten des Ostblocks, träumte man von der »postnationalen Konstellation« (Jürgen Haber-

124 Zu diesem neuartigen »Homonationalismus« vgl. auch *Gabriele Magni/Andrew Reynolds*, Why Europe's Right Embraces Gay Rights, in: *Journal of Democracy* 34, 2023, S. 50–64.

125 Zu der Frage, inwiefern momentan ein neuer Herrschaftsvertrag ausgehandelt wird, vgl. *Matthias Middell*, Gesellschaftlicher Zusammenhalt – einige Beobachtungen und offene Fragen, in: Denkströme. *Journal der sächsischen Akademie der Wissenschaften* 22, 2020, S. 130–136, sowie *Dominik Rigoll* in: Wir-Gefühl? Weg damit!, *STUDIO KOMPLEX Podcast*, HR info, 4.12.2022.

126 *Eirikur Bergmann*, *Nordic Nationalism and Right-Wing Populist Politics. Imperial Relationships and National Sentiments*, London 2017, S. 15. Erstmals von rechtsextremen »Wellen« sprach wohl der westdeutsche Politikwissenschaftler *Klaus von Beyme*, *Right-Wing Extremism in Post-War Europe*, in: *West European Politics* 11, 1988, S. 1–18.

mas), während in Ex-Jugoslawien und woanders Nationalitätenkriege wüteten. Zugleich gelang es Rechtsparteien häufig, ehemalige Arbeiterklasse-Wähler*innen der Linksparteien zu gewinnen und zu einer relevanten Kraft zu werden, auf deren rechter Flanke sich ein (mitunter nazistischer) Ultranationalismus herausbildete. Mit Berlusconi, Viktor Orbán, Putin und den Kaczyński-Brüdern kamen Nationalisten an die Macht. In der dritten Welle, vor dem Hintergrund der Finanz- und Flüchtlingskrise, verstärkte die Rechte ihre globale Vernetzung, speiste ihre bislang randständigen Verschwörungsmythen und Fake News über die sozialen Medien in den Mainstream ein, dessen Skandalisierungslogik die Reichweite der nationalistischen Propaganda noch erhöhte. Im Digitalen wuchs ein neues rechtes Milieu heran, das auch Terrorismus produzierte. In einigen Ländern wurde die nationalistische Rechte stärkste Kraft, mit der sich Regierungskoalitionen bildeten, etwa in Österreich. In den USA, Großbritannien und Brasilien wurden Populisten an die Spitze der konservativen Partei gewählt, die in der Lage waren, das rechte Lager zu mobilisieren. In der Bundesrepublik wurde mit der AfD erstmals seit 1930 eine nationalistische Sammlungspartei ins nationale Parlament gewählt. In Dänemark gelang es den Sozialdemokraten, durch eine Nationalisierung ihrer Programmatik den Erfolg der Rechten zu mindern. Im Ergebnis zeichne sich ein »Paradigmenwechsel« (S. 133) hin zu einer »neo-nationalistischen Ordnung« ab, in der Rechtsparteien »die politische Agenda des Westens« oftmals »diktiert« (S. 209) und auch in Ländern wie Frankreich und Deutschland, in denen sie die rechte Opposition bilden, zu institutionellen Transformationen beitragen – etwa zum Erfolg von Emmanuel Macrons Mitte-Partei und zur Vervielfältigung »Großer Koalitionen«.

Bergmanns Buch bietet eine plausible transnationale Vorgeschichte des politischen Gegenwartsnationalismus, die sowohl an die zeithistorische Nationalismusforschung anschlussfähig ist als auch an die Rechtsextremismus- und Rechtspopulismusforschung. Allerdings verliert man in dem Werk leicht den Überblick, denn die Abschnitte zu den einzelnen Phasen enthalten viele kleine Kurzkapitel, die recht unvermittelt von Land zu Land springen und dabei zwar beachtlich viele, mitnichten aber alle Neonationalismen behandeln. Um etwas mehr Systematik in seine gleichwohl anregende Darstellung zu bringen, hätte sich Bergmann zum Beispiel an dem Buch »The New Nationalism« des Historikers Louis L. Snyder orientieren können, das erstmals 1968 erschien, im Jahr 2003 eine Neuauflage erfuhr und mit Afrika und Asien auch solche Kontinente im Blick hat, die in »Neo-Nationalism« nur am Rande vorkommen. Aus deutscher Perspektive ist das Werk des Hayes-Schülers unter anderem deshalb von Interesse, weil Snyder den vermeintlichen »Gaullismus« eines Franz Josef Strauß als neuen, mit der liberalen Demokratie kompatiblen politischen Nationalismus untersucht, wie dies in der Bundesrepublik leicht zeitversetzt auch Kurt Sontheimer und Abraham Ashkenasi taten.¹²⁷ Sucht man auf dem deutschen Buchmarkt des Jahres 2023 nach Gegenwartsdeutungen, die sich eines Nationalismusansatzes bedienen, wird man interessanterweise zunächst bei Journalisten fündig: Michael Thumann, seit 2021 zum dritten Mal als

¹²⁷ Louis L. Snyder, *The New Nationalism*, London 2003 (zuerst 1968), S. 85–95. Vgl. auch ders., *From Bismarck to Hitler. The Background of Modern German Nationalism*, Williamsport 1935. Zu Sontheimer und Ashkenasi vgl. Rigoll/Haßler, *Forschungen und Quellen zur deutschen Rechten*, Teil 1.

Korrespondent der ZEIT in Moskau tätig, hat ein Buch vorgelegt, das vor allem Radovan Karadžić, Wladimir Putin, Recep Tayyip Erdoğan und Donald Trump, aber auch Viktor Orbán und Boris Johnson als »neue Nationalisten« porträtiert, wobei er zum Teil auf Interviews zurückgreift, die er mit den Betroffenen geführt hat. »Rechtspopulismus« sei ein »verharmlosender Begriff, weil er den Populismus in den Vordergrund rückt« (S. 9). Thumann, der zwischen »genuinen Nationalisten« und »Gelegenheitsnationalisten« unterscheidet, will »das Trugbild eines ›guten‹ Nationalismus widerlegen« (S. 14) und wendet sich dabei vor allem gegen liberale Intellektuelle wie Yael Tamir.¹²⁸ Ein deutsches Gegenstück zu Thumanns internationalem Panorama hat Patrick Bahners vorgelegt, Journalist bei der Frankfurter Allgemeinen Zeitung.¹²⁹ Der studierte Historiker will mit seiner dezidiert zeitgeschichtlichen, wenn auch ohne Fußnoten auskommenden Herangehensweise »präzise bestimmen, worin die Gefährdung der Demokratie durch den neuerdings wieder parteiförmig organisierten Nationalismus eigentlich besteht« (S. 23). Er nimmt dafür insbesondere die »Gestalten des neuen Nationalismus« (S. 323) in der AfD in den Blick – allen voran Alexander Gauland, dessen politische Herkunft aus der Kohl-CDU er nachzeichnet. Bei der Lektüre bekommt man eine Ahnung davon, warum die Bundesrepublik in Bergmanns Überblickswerk kaum vorkommt: Bis zur Merkel-Ära war hier der neue Nationalismus auf eine Weise in die demokratischen Parteien integriert, die nationalpopulistischen Konkurrenzparteien das Leben schwer machte und die zu untersuchen sicherlich zu den drängendsten Desiderata der deutschen Nationalismusforschung zählt.

Schluss: Wie erkennt und historisiert man deutsche Rechte?

Wer zählt zur deutschen Rechten? Zu Beginn dieses Forschungs- und Quellenberichts haben wir vorgeschlagen, diese Frage mithilfe von Konzepten zu beantworten, die in der historischen Nationalismusforschung entwickelt wurden. Denn der Nationalismus verbindet jene Phänomene miteinander, die seit 1945 mithilfe von vielen Fremdbezeichnungen wie Neonazismus, Neofaschismus, Rechtsradikalismus, Rechtsextremismus, Rechtspopulismus, äußerste Rechte, Rechts- und Radikalkonservatismus beschrieben und bekämpft werden. Auch rassistische und christliche Rechte sind in aller Regel nationalistische Rechte und werden deshalb im Englischen auch als »White« und »Christian Nationalists« bezeichnet. Deutsche Rechte sind historisch betrachtet also deutsche Nationalist*innen. Es sind Personen, die sich wünschen und mitunter auch etwas dafür tun, dass ihr Heimatland in Gänze oder bestimmten Bereichen nationalistischer wird. Ihr Nationalismus wendet sich dabei nicht nur gegen äußere, sondern auch gegen innere Gegner*innen, meist aus dem linken und liberalen Spektrum, die sie etwa als »Reichsfeinde« und »Volksverräter« aus der Nation ausschließen wollen. Wenn sich deutsche Rechte

128 Michael Thumann, *Der neue Nationalismus. Die Wiederkehr einer totgeglaubten Ideologie*, Die Andere Bibliothek, Berlin 2020, 285 S., geb., 22,00 €. Vgl. aber auch Jasper M. Trautsch (Hrsg.), *Civic Nationalisms in Global Perspective* (Routledge Studies in Modern History, Bd. 50), Routledge, London 2019, 222 S., geb., 130,00 £.

129 Bahners, *Die Wiederkehr*.

den Schutz »der Nation« oder »des Volkes« auf die Fahnen schreiben, hat dies aber auch eine inklusive Seite, die vor allem »patriotische«, »gesunde« und »anständige« Deutsche unterstützen will. In diesem Sinne arbeiten deutsche Nationalist*innen auf eine Nationalisierung von Deutschland und den Deutschen hin, so wie Liberale Liberalisierungen und Sozialist*innen Sozialisierungen einfordern. Politischer Nationalismus glorifiziert also nicht nur die eigene Nation und setzt andere Nationen herab. Vielmehr handelt es sich um eine komplexe politische Bewegung – ganz wie der Liberalismus, Sozialismus und Konservatismus, die mit ihm konkurrieren.

Verkompliziert wird die Historisierung des Phänomens dadurch, dass sich die wenigsten Rechten als nationalistisch bezeichnen, ja viele ein solches Attribut ebenso ablehnen würden wie völkisch oder nazistisch. Schließlich gilt Nationalismus spätestens seit 1945 bei den meisten Menschen als diskreditiert. Üblicher waren und sind daher Selbstbeschreibungen als »national«, »vaterländisch«, »patriotisch« und »deutsch« (»amerikanisch«, »schwedisch«), ja als »konservativ«. Ein bekanntes Beispiel ist der nationalistische Historiker Armin Mohler, der die deutschen Nationalrevolutionäre und eine ganze Reihe weiterer Intellektueller aus dem »nationalen« Spektrum kurzerhand zu Adepten einer »Konservativen Revolution« erklärte. Diese pseudokonservative Mimikry, die in ähnlicher Weise auch in anderen Ländern existierte, ist aber nur einer der Gründe, weshalb es in den Jahrzehnten seit 1945 nur wenige Forscher*innen gab, die sich der Zeitgeschichte des deutschen Nationalismus widmeten. Eine andere Ursache liegt in dem weitverbreiteten Wunsch, dass der Nationalismus als erfolgreiche politische Bewegung der Vergangenheit angehören würde – und an dem vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, aber auch in der DDR unternommenen Versuch, nationalistische Bevölkerungsteile für den Aufbau einer »antitotalitären« respektive »antifaschistischen« Ordnung zu gewinnen. Deshalb dominierte im Westen ein Radikalismusparadigma, das es erlaubte, »radikale« von »gemäßigten« Rechten (und Linken) zu unterscheiden – und letztere zu integrieren. Im Osten war dagegen ein Faschismusparadigma hegemonial, dem zufolge die DDR zwar dem Faschismus jegliche kapitalistische Existenzgrundlage entzogen habe, das Land aber weiterhin durch »Neofaschisten«, »Reaktionäre« und »Imperialisten« bedroht sei, die in der Bundesrepublik und den anderen liberalen Demokratien das Erbe des Faschismus angetreten hätten.

Wie wir im ersten Abschnitt des ersten Berichtsteils anhand ausgewählter Literatur aus den letzten Jahrzehnten (ohne Anspruch auf Vollständigkeit!) ausgeführt haben, hatte die politische Systemkonkurrenz auch zur Folge, dass sich die wissenschaftlichen Ansätze, mit denen Nationalismus untersucht wurde, nicht arbeitsteilig ergänzten, sondern sich ignorierten oder sogar bekämpften. Eine (in erster Linie) nationalismusgeschichtliche Verortung der deutschen Nachkriegsrechten nahmen nur wenige Forscher*innen vor, namentlich Kurt P. Tauber, Kurt Sontheimer, Lutz Niethammer und Abraham Ashkenasi sowie mit internationalem Fokus der amerikanische Hayes-Schüler Louis L. Snyder. Der Mainstream der westdeutschen Nationalismusforschung hat diese verstreuten Nationalismusstudien, die im Fall von Tauber auch den »Nationalneutralismus« in der DDR und grenzüberschreitende Netzwerke einer »Nationalistischen Internationale« miteinbezogen, meist nicht rezipiert und sich stattdessen auf das 19. und frühe 20. Jahrhundert konzentriert – was angesichts der zeitgenössischen Brisanz der Thematik durchaus nachvollzieh-

bar ist. Den Nazismus und seine Nachgeschichte erforschte in der Regel eine spezialisierte NS-Forschung, den organisierten Nationalismus in der Bundesrepublik eine politik- und sozialwissenschaftliche Rechtsextremismusforschung. Letztere hat nationalismusgeschichtliche Ansätze ebenfalls nur selten in ihre Forschungen integriert, so etwa im Fall von Albrecht Langer¹³⁰, Richard Stöss, Helmut Kellershohn und Gideon Botsch. Viele andere sprechen zwar von radikalem oder autoritärem Nationalismus, verzichten aber auf eine historische Herleitung des Begriffs.

Im zweiten Abschnitt des ersten Teils haben wir die Literatur darauf hin befragt, welche Akteur*innen es in der deutschen Nachkriegsrechten gab und welchem Wandel nationalistisch handelnde Personen, Organisationen und Netzwerke aus welchen Gründen unterworfen waren. Dabei wurde deutlich, dass die Aggregatzustände (Lutz Niethammer) der Rechten stark von den Aktionsräumen abhingen, die diesen von ihren Gegnern überlassen wurden – angefangen bei den denationalisierenden Maßnahmen der Alliierten (Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, Dekartellisierung), die von den Sicherheitsbehörden beider deutscher Staaten mit mal mehr (DDR) und mal weniger Verve (Bundesrepublik Deutschland) fortgesetzt wurden. Darüber hinaus haben wir gezeigt, wie Phänomene, die bislang mit unscharfen und zugleich normativ aufgeladenen Begriffen wie »NS-Belastung« oder »autoritärer Überhang« in den Blick genommen wurden, als integrierter Nationalismus historisiert werden können, und weshalb Personen, die bislang als »ehemalige Nationalsozialisten« und »Belastete« untersucht wurden, nationalismusgeschichtlich als integrierte Rechte analysiert werden sollten. Hieran unmittelbar anknüpfend haben wir herausgearbeitet, weshalb es erkenntnisfördernd, präziser und weniger normativ ist, Akteur*innen, die bislang als rechtsextrem, rechtsradikal oder rechtspopulistisch untersucht wurden, als integral-, plural- und/oder partial-nationalistisch zu historisieren. Mithilfe des vorgeschlagenen Begriffsinstrumentariums können nicht nur Nationalismen in beiden deutschen Staaten gemeinsam untersucht werden, sondern auch in verschiedenen Ländern und Perioden. Begriffe wie Rechtsradikalismus behindern eine solche Historisierung eher beziehungsweise sollte ihr sich stetig wandelnder Gebrauch ein Gegenstand der Nationalismusforschung sein. Ihren Platz haben sie vor allem in der politischen Auseinandersetzung und in der an diese anknüpfenden Gegenwartsforschung.

Im zweiten Berichtsteil haben wir zunächst die Beantwortung einer Frage nachgeholt, die wir im ersten Teil noch offengelassen hatten: Wie verhält sich Nationalismus zu Rassismus? Unsere Antwort lautet, dass Nationalismus eine politische Bewegung ist, die mit anderen Bewegungen konkurriert, während es sich beim Rassismus um einen Wissensbestand und eine Vorurteilsstruktur handelt, die als gesellschaftliche Realität weit über die Rechte hinausgeht, in aller Regel aber von Rechten in politische Handlungen überführt wird. Nationalist*innen waren es, die im 19. Jahrhundert den Rassismus systematisch in ihre politischen Programme und (Propaganda-)Praktiken integrierten, während sich die Linke (mit mehr oder weniger großer Glaubhaftigkeit) den Antirassismus auf die Fahnen schrieb. Ganz ähnlich verhält sich der Nationalismus, wie wir ihn verstehen, zu einigen

130 Albrecht Langer, Nationalismus in der Bundesrepublik. Gegenwartsaspekte der Demokratie, Köln 1969. Diesen Band haben wir erst nach Erscheinen des ersten Berichtsteils »entdeckt«.

anderen Wissensbeständen und Vorurteilsstrukturen, die in Sammeldefinitionen von Rechtsradikalismus genannt werden, namentlich Antisemitismus, Antiegalitarismus, Antikommunismus, Antiliberalismus, Antirationalismus, Antifeminismus, Antidemokratismus und nicht zuletzt Autoritarismus, dem Adorno und Horkheimer ab 1950 mithilfe von Gruppendiskussionen auf den Grund gehen wollten, »um dem aufkeimenden deutschen Nationalismus zu begegnen«.

Im ersten Abschnitt des zweiten Teils haben wir neun Werke vorgestellt, die sich mit sehr unterschiedlichen Aspekten der Geschichte der deutschen Rechten seit 1945 beschäftigen, haben herausgearbeitet, was man in ihnen über die Handlungs- und Wirkungsmacht organisierter und integrierter Nationalist*innen erfahren kann, um sie zuletzt in der Forschung zu verorten und Verbindungen zum Gegenwartsnationalismus aufzuzeigen. Dabei wurde deutlich, dass selbst Studien, die sich nicht explizit mit den Handlungen und Wirkungen der deutschen Rechten nach 1945 beschäftigen, sehr viele Informationen über beide enthalten. So zum Beispiel, wenn man das Agieren von »NS-Belasteten« in den Institutionen der Bundesrepublik und der DDR als das von integrierten Nationalist*innen historisiert, die sich mehr oder weniger anpassten und mitunter rechte Akzente setzten. An der ostdeutschen NDPD lässt sich ablesen, wie Nationalismus in der DDR mit dem Sozialismus fusionierte, und es wird sichtbar, dass es auch dort Nationalisierungsprozesse gab. Anhand von Politikerinnen der westdeutschen NPD wird evident, wie sich Nationalistinnen Feminismus aneigneten und welche Schwierigkeiten sie hatten, ihre Partei zu prägen. Ausgehend von konservativen Intellektuellen-Zeitschriften haben wir die Nationalisierung des westdeutschen Konservatismus durch die »Neue Rechte« nachvollzogen. Der Fall des Multiaktivisten Helmut Rieger zeigt, dass schon einzelne Nationalisten die Handlungsmacht der westdeutschen Rechten erweitern konnten, wenn sie sich beständig organisierten und vernetzten. Dasselbe gilt für eine Handvoll westdeutsche Negationisten, die sich weltweit verbündeten und so neben der Lüge von der Nichtexistenz von Gaskammern noch viele andere Propagandainhalte verbreiteten. Auch rechtsterroristische Gewalthandlungen werden in aller Regel nicht von unorganisierten »Einzeltätern« begangen, sondern müssen ebenfalls organisiert werden. In der deutschen Zeitgeschichte setzen sie nicht erst in den 1968er-Jahren ein, sondern in den 1945ern.

Im zweiten Abschnitt haben wir neben fünf Arbeiten zur deutschen Gegenwartsrechten zwei Studien vorgestellt, deren Ansätze sich für eine internationale Verortung der deutschen Nationalismusgeschichte vor und nach 1945 besonders eignen. Obwohl sich auch diese Literatur nicht ausdrücklich mit der Handlungs- und Wirkungsmacht der Rechten beschäftigt, lässt auch sie sich zu diesem Aspekt befragen. Dabei standen zunächst rechte Aktionsräume und die Möglichkeiten ihrer Begrenzung im Zentrum des Interesses. Sodann konnten wir am Beispiel der Topoi »wahre Demokratie« und »Volksgemeinschaft« nachvollziehen, wie die NPD seit Jahren versucht, das Demokratische zu nationalisieren und damit möglicherweise dazu beigetragen hat, den Boden für die AfD zu bereiten. Auch auf dem Gebiet der Jugend- und Popkultur entfaltete die organisierte Rechte zwar erst seit einigen Jahren verstärkt Wirkungsmacht, sie beschreitet dabei womöglich aber Pfade, die sie in den 1960er-Jahren einschlug – parallel zu den von Volker Weiß erforschten Entwicklungen in der Ideologieproduktion. Mit Blick auf den staatlichen Umgang mit rechtem

Terrorismus erscheint es ebenfalls lohnend, diesen stärker in historischer Perspektive zu betrachten. Dass es der Polizei und dem Verfassungsschutz zum Beispiel im NSU-Komplex nicht gelang, die Täter und das um sie herum existierende »Netzwerk von Kameraden« zu ermitteln, kann dann als ein staatliches Handeln interpretiert werden, das in der Tradition einer »wehrhaften Demokratie« steht, für die der Schutz des »Ansehens der Bundesrepublik« nolens volens mehr zählte als die Interessen von Opfern rechter Gewalt. Die Beispiele dafür sind in der Geschichte des Landes jedenfalls Legion. In die internationale Nationalismusgeschichte verortet werden kann die deutsche Gegenwartsrechte zum einen in *moyenne durée*, wobei einiges dafür spricht, dass die aktuelle Konjunktur des Nationalismus nicht nur in Deutschland, sondern auch in anderen Ländern um 1980 herum einsetzte. In der Bundesrepublik brachte dieses Jahr nicht nur das Oktoberfestattentat, sondern auch die Niederlage von Franz Josef Strauß, also des letzten großen Hoffnungsträgers der deutschen Rechten, bei der Bundestagswahl. Zum anderen sollte der Blick aber auch mit Carlton J. H. Hayes auf die *longue durée* gerichtet und nach den Strukturen des Nationalismus gefragt werden, die sich seit der Frühen Neuzeit herausbildeten. Die feudalistische Rechte sträubte sich zunächst gegen diesen Prozess, weil vor allem Liberale und Linke ihn trugen, eignete sich den Nationalismus dann aber an und brachte im 19. Jahrhundert sowohl den Nationalkonservatismus als auch den integralen, nationalistischen Nationalismus hervor.

Mit Blick auf die Frage schließlich, mit welchen Quellen eine zeithistorische Nationalismusforschung arbeiten kann, schließen wir uns einmal mehr dem Urteil von Gideon Botsch an, denn was er mit Blick auf die Historisierung der extremen Rechten geschrieben hat, gilt auch für andere Facetten des nationalistischen Spektrums. Tatsächlich ist das schriftliche Quellenmaterial für die empirische Untersuchung der gesamten Rechten »überwältigend und Probleme ergeben sich eher aus der Unüberschaubarkeit des Materials«. In besonderem Maße gilt dies nicht nur für partielle Rechte, die von den Behörden in der Regel nicht als »extremistisch« angesehen werden und daher in gleichem Maße zugängliche primäre Quellenbestände (Nachlässe, Partei- und Verbandsschriftgut et cetera) produzieren wie Akteur*innen jenseits der Rechten. Zu integrierten Nationalist*innen sind Primärquellen aus denselben Gründen ebenfalls nicht schwerer zugänglich als die von integrierten Linken oder Liberalen. Doch selbst bei der Historisierung der integralen Rechten, die einen Teil ihrer Primärquellen aufgrund der Repression durch die Sicherheitsbehörden abschottet, steht der Forschung ein »ganzer Kosmos rechtsextremer Buchveröffentlichungen, Periodika, Zirkulare und Ephemera« zur Verfügung, darunter »Flugblätter, Klebezettel, Droh- und Einschüchterungsschreiben«. Es gilt aber freilich, »diese spezifische Überlieferung zu dokumentieren, zu ordnen, zu erschließen und zu heben«, wie dies etwa das erwähnte apabiz und das »Antifaschistische Bildungszentrum und Archiv Göttingen« tun.¹³¹ Als Desiderat erscheint uns vor diesem Hintergrund die systematische Digitalisierung sowohl nationalistischer Medienerzeugnisse als auch solcher Medien, die – im Gegensatz zur Mainstreampresse etwa – ein besonderes Augenmerk auf organisierte und integrierte Rechte haben, die Presse der »Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes« oder des »Zentralrats der Juden

131 Botsch, Zeitgeschichtliche Impulse für die Rechtsextremismus-Forschung.

in Deutschland« etwa. Darüber hinaus – und davon hat auch das Gros der von uns gesichteten Arbeiten profitiert – gibt es eine schier unüberschaubare Vielzahl an sekundären Quellen, die seriell oder punktuell Auskunft über die deutsche Rechte im Allgemeinen und die extreme im Besonderen geben: »von Ermittlungsakten und Gerichtsurteilen über Verbotsverfügungen bis zu Beobachtungsprotokollen staatlicher oder gesellschaftlicher Akteure, in denen rechtsextreme schriftliche und verbale Äußerungen oder auch binnenkulturelle Interaktionen dokumentiert worden sind«. ¹³² Zu ergänzen wäre hier lediglich, dass auch ein Großteil der seit 1945 produzierten wissenschaftlichen Analysen von historisch arbeitenden Forscher*innen als Sekundärquellen genutzt werden können und nicht etwa als Sekundärliteratur gelesen werden sollten, denn in aller Regel nutzen diese Arbeiten eine vollkommen andere Begrifflichkeit und behandeln vollkommen andere Fragestellungen als die, die wir in diesem Forschungs- und Quellenbericht für die Zeitgeschichte des Nationalismus vorgeschlagen haben.

Ein Ziel unserer gemeinsamen Besprechung historischer und zeitdiagnostischer Studien war es schließlich auch, ein Licht auf gegenseitige Anknüpfungspunkte und Impulsmöglichkeiten zu werfen. In der stärkeren interdisziplinären Vernetzung liegt das Potenzial, trotz methodisch-begrifflicher Differenzen die arbeitsteilige Erforschung der Rechten in Deutschland und in der Welt voranzutreiben.

132 Ebd.

